

Ludwig-Maximilians-Universität München  
Osteuropastudien

Magisterarbeit

Erster Korrektor: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel

Zweiter Korrektor: Prof. Dr. Michael Brenner

**Juden – Russen – Deutsche**

**Der Wahrnehmungswandel der russischen Juden in den deutschen Medien  
1989 – 2006 vor dem Hintergrund der deutsch-jüdischen Beziehungen**

von Lena Gorelik

Studiengang: Osteuropastudien: HF: Geschichte; NF: Politik, Volkswirtschaft

Adresse: Bazeillesstr. 15, 81669 München  
Telefonnr.: 089/62423404; 0177/3255731  
E-Mail: lenagorelik@gmx.de

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. EINLEITUNG</b>	<b>3</b>
<b>2. JUDEN IN DEUTSCHLAND – EINE KOMPLIZIERTE GESCHICHTE</b>	<b>8</b>
2.1. JUDEN IN DEUTSCHLAND 1945 – 1989	8
2.2. DAS DEUTSCH-JÜDISCHE VERHÄLTNIS NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG	10
2.3. JUDEN IN DEN DEUTSCHEN MEDIEN	12
<b>3. DIE RUSSISCH-JÜDISCHE ZUWANDERUNG NACH DEUTSCHLAND</b>	<b>14</b>
3.1. „DEUTSCHLAND NIMMT“ – DIE ENTSTEHUNG DES KONTINGENTFLÜCHTLINGSGESETZES FÜR JÜDISCHE EMIGRANTEN	14
3.2. OFFIZIELLE BESTIMMUNGEN FÜR JÜDISCHE KONTINGENTFLÜCHTLINGE	18
3.3. KONSEQUENZEN UND PROBLEME DER RUSSISCH-JÜDISCHEN ZUWANDERUNG	20
<b>4. DIE DISKUSSION UM DIE AUFNAHME DER RUSSISCHEN JUDEN</b>	<b>25</b>
4.1. DIE DEBATTE IN DER POLITIK	25
4.2. DIE DEBATTE IN DEN MEDIEN	29
<b>5. RUSSISCHE JUDEN IN DEN DEUTSCHEN MEDIEN 1992 – 2006</b>	<b>32</b>
5.1. MEDIENUNTERSUCHUNGEN ZU RUSSISCHEN JUDEN	32
5.2. DIE FÄLSCHUNGSDEBATTE	34
5.3. DER FALL GOLLWITZ – KONTINGENTFLÜCHTLINGE ALS OPFER	38
5.4. DIE BEGRENZUNGSDEBATTE	44
5.5. AKADEMIKER VS. ABZOCKER – DAS BILD DER ZUWANDERER IN DEN MEDIEN	50
5.5.1. DIE NEGATIVEN BEISPIELE	50
5.5.2. DIE POSITIVEN BEISPIELE	54
5.5.3. DIE „OBJEKTIVE“ BERICHTERSTATTUNG	59
5.6. ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE	61
<b>6. SCHLUSSBETRACHTUNG</b>	<b>63</b>
<b>7. LITERATURVERZEICHNIS</b>	<b>66</b>
7.1. QUELLEN	66
7.2. MEDIEN	67
7.3. SEKUNDÄRLITERATUR	75

# 1. Einleitung

„Im Sommer 1990 breitete sich in Moskau ein Gerücht aus: Honecker nimmt Juden aus der Sowjetunion auf, als eine Art Wiedergutmachung dafür, dass die DDR sich nie an den deutschen Zahlungen für Israel beteiligte. [...] Es sprach sich schnell herum, alle wussten Bescheid, außer Honecker vielleicht.“<sup>1</sup>

Dieses Zitat des russisch-jüdischen Schriftstellers Wladimir Kaminer beschreibt auf literarische Weise – wenn auch nicht unbedingt faktengetreu – eine für das deutsche Judentum wichtige Entwicklung: Über 200.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion<sup>2</sup> sind nach Deutschland eingereist, seit die erste gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz 1991 ihre Aufnahme als so genannte Kontingentflüchtlinge beschlossen hat. Diese Zuwanderung hat das jüdische Leben in Deutschland grundlegend verändert: Einerseits hat sie viele jüdische Gemeinden wiederaufleben lassen, andererseits hat sie auch zu Problemen geführt.

In dieser Arbeit wird anhand der Berichterstattung der Tageszeitungen Frankfurter Rundschau, der Süddeutschen Zeitung, des Tagesspiegel, der *tageszeitung* sowie der Nachrichtenmagazine Spiegel und Focus, die als diskursvermittelnde Instanzen zur öffentlichen Wahrnehmung beitragen, das – sich im Laufe der Zeit wandelnde – Bild der russischen Juden untersucht. Dabei findet diese Untersuchung vor dem Hintergrund der Frage nach dem deutsch-jüdischen Verhältnis statt, das von der Erinnerung an den Holocaust normiert wird. Weiterhin soll am Beispiel der russischen Juden und ihrer Darstellung in den Medien die Frage beantwortet werden, ob das aus dem belasteten deutsch-jüdischen Verhältnis resultierende vermeintliche Tabu, man dürfe in Deutschland keine Kritik an Juden üben, tatsächlich existiert. Dazu soll auf der einen Seite aufgezeigt werden, wie die Aufnahmeregelung der jüdischen Kontingentflüchtlinge vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte entstanden ist, auf der anderen Seite wird anhand der Medienanalyse deutlich, wie sich das Bild der Zuwanderer im Laufe der Zeit verändert hat. Methodisch wird dabei neben der systematischen Medienauswertung auf qualitative, halbstrukturierte Experteninterviews mit zeitgeschichtlichen Persönlichkeiten, die an den Entscheidungen um die Aufnahme der russischen Juden beteiligt waren, zurückgegriffen.

In Bezug auf die Geschichte der Juden in Deutschland wird dabei hauptsächlich auf die Darstellungen von Michael Brenner, Monika Richarz und Wolfgang Wippermann

---

<sup>1</sup> Siehe KAMINER, Wladimir (2002): Russendisko. München 2002; S. 9.

<sup>2</sup> Im Folgenden werden die Begriffe „sowjetische Juden“, „russische Juden“, „Kontingentflüchtlinge“ sowie „russisch-jüdische Zuwanderer/Einwanderer“ synonym verwendet. Diese Begriffe haben sich sowohl in der Forschungsliteratur als auch in den Medien eingebürgert.

verwiesen.<sup>3</sup> Mit dem deutsch-jüdischen Verhältnis beschäftigen sich auffallend wenige deutsche Wissenschaftler, was möglicherweise auf eine beidseitige, aus der Geschichte resultierende Zurückhaltung zurückzuführen ist. In diesem Zusammenhang stellt Dan Diner die These von der negativen deutsch-jüdischen Symbiose auf.<sup>4</sup> Auch Michael Bodemann widmet sich dem Thema der deutsch-jüdischen Beziehungen und beschäftigt sich vor allem mit der Instrumentalisierung des Judentums hierzulande.<sup>5</sup> Im Rahmen seiner Studien zum Antisemitismus widmet sich auch Wolfgang Benz diesem Thema, wobei er vor allem auf aktuelle Themen wie z. B. die Müllemann-Debatte eingeht.<sup>6</sup> Interessante Quellen stellen auch autobiografische Essays von in Deutschland lebenden Juden.<sup>7</sup>

Seit ihrer Ankunft in den 90er Jahren stellen die russischen Juden einen Untersuchungsgegenstand dar, mit dem sich Soziologen, Historiker, Ethnologen und Kulturwissenschaftler befassen. Die wohl umfassendste Studie führten dabei Julius Schoeps, Willi Jasper und Bernhard Vogt durch, die mit Methoden der qualitativen Sozialforschung die Migrationsmotive und Erwartungen der Kontingentflüchtlinge in den Jahren 1994 und 1998 erfragt haben.<sup>8</sup> Ziel der Studie war es, Vorschläge für Politiker und für jüdische Gemeinden zur leichteren Integration der Zuwanderer zu erarbeiten. Empfehlungen sowie Erkenntnisse über Auswanderungsmotive und Hintergrund der Zuwanderer enthält auch die Arbeit von Judith Kessler, die seit 1990 russischsprachige Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Berlin befragt hat.<sup>9</sup> Jeroen Doomernik beschäftigt sich in seiner 1997 erschienenen Studie mit den Integrationsstrategien der Neuankömmlinge und unterscheidet dabei zwischen „innovative

---

<sup>3</sup> Vgl. BRENNER, Michael (1995): Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945-1950. München 1995; WIPPERMANN, Wolfgang (1994): Geschichte der deutschen Juden. Darstellung und Dokumente. Berlin 1994; RICHARZ, Monika (1988): Juden in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945, In: BRUMLIK, Micha u. a. (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945. Frankfurt am Main 1988, S. 13-30. Auf die Geschichte der Juden in der DDR wird hier nicht eingegangen. Dazu vgl. ARNDT, Theodor A. u. a. (Hrsg.) (1988): Juden in der DDR. Geschichte – Probleme – Perspektiven. Leiden 1988; OSTOW, Robin (1988): Jüdisches Leben in der DDR, Frankfurt am Main 1988.

<sup>4</sup> Vgl. DINER, Dan (1986): Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz, In: DINER, Dan (Hrsg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zur Historisierung und Historikerstreit. Frankfurt am Main 1987, S. 185-197.

<sup>5</sup> Vgl. BODEMANN, Y. Michael (1996): Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung. Hamburg 1996.

<sup>6</sup> Vgl. BENZ, Wolfgang (2004b): Was ist Antisemitismus?. München 2004.

<sup>7</sup> Vgl. u. a. BRODER, Henryk M./LANG, Michel R. (Hrsg.) (1979): Fremd im eigenen Land. Juden in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main 1979; BRUMLIK, Micha (1996): Kein Weg als Deutscher und Jude. Eine bundesrepublikanische Erfahrung. München 1996.

<sup>8</sup> Vgl. SCHOEPS, Julius H./JASPER, Willi /VOGT, Bernhard (Hrsg.) (1996): Russische Juden in Deutschland. Integration und Selbstbehauptung in einem fremden Land. Weinheim 1996 sowie SCHOEPS, Julius H./JASPER, Willi/VOGT, Bernhard (1999): Jüdische Zuwanderung aus der GUS – zur Problematik von sozio-kultureller und generationsspezifischer Integration. Eine empirische Studie des Moses Mendelssohn Zentrum 1997-1999, In: SCHOEPS, Julius H./JASPER, Willi/VOGT, Bernhard (Hrsg.): Ein neues Judentum in Deutschland?. Fremd- und Eigenbilder der russisch-jüdischen Einwanderer. (Bd. 2), Potsdam 1999.

<sup>9</sup> Vgl. KESSLER, Judith (1997): Jüdische Immigration seit 1990. Resümee einer Studie über 4000 jüdische Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion in Berlin, In: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit. Neue Zuwanderung ins Bundesgebiet, 1997, Nr. 1, S. 40-46.

participant“, „conservative partisipant““ und „soviet consumer“, die sich seiner Ansicht nach auf verschiedene Weisen in die deutsche Gesellschaft eingliedern.<sup>10</sup>

Susanne Spülbecks 1997 veröffentlichte Studie basiert auf Feldforschung: In einem thüringischen Dorf hat sie die Reaktionen der Dorfbewohner auf die Ankunft russischer Juden untersucht.<sup>11</sup> Eine ähnliche Untersuchung führte Karin Körber durch, wobei sie sich vor allem mit Identitätskonflikten der Zuwanderer auseinandersetzt.<sup>12</sup> Franziska Becker versucht in ihrer Studie, sowohl die Neuankömmlinge als auch die aufnehmende Gesellschaft unter die Lupe zu nehmen und geht auf die politischen und diskursiven Rahmenbedingungen des Aufnahmeprozesses ein.<sup>13</sup> Becker und Körber untersuchen als Einzige auch die Berichterstattung der deutschen Medien zum Thema Kontingentflüchtlinge. Mit der Geschichte der russisch-jüdischen Zuwanderung beschäftigt sich Irene Runge in ihrem 1995 erschienenen Werk, wobei sie ausführlich auf die Aufnahmebedingungen eingeht.<sup>14</sup>

Dem internationalen Vergleich russischer Juden in Deutschland und USA widmen sich die Studien von Madelaine Tress.<sup>15</sup> Die Auswirkungen der russisch-jüdischen Zuwanderung auf die jüdischen Gemeinden untersucht Barbara Dietz.<sup>16</sup> Ein weiteres umfassendes Werk zu diesem Thema liefern Rainer Hess und Jarden Kranz 2000.<sup>17</sup> Weiterhin existieren regionale Studien, die sich mit der Integration der russischen Juden in einzelne Gemeinden beschäftigen. Stellvertretend soll hier die Arbeit von Natalia Tchernina und Efim

---

<sup>10</sup> Vgl. DOOMERNIK, Jeroen (1997): *Going West: Soviet Jewish Immigrants in Berlin since 1990*. Aldershot u. a. 1997. Dabei definiert Doomernik den „soviet consumer“ als „those who do not have an academic, professional, or artistic background“ und „lack an ascribed Jewish identity and could, therefore, love an assimilated life in the Soviet union“, vgl. S. 142. „Innovative participants“ kommen seiner Definition nach aus jüdischen Familien, haben „greater than average intellectual capacities“ und sind erfolgreich darin, die gesetzten Ziele zu erreichen, vgl. S. 98. In die Gruppe der „conservative partisipants“ ordnet Doomernik hauptsächlich Ingenieure und Ärzte ein, vgl. S. 115.

<sup>11</sup> Vgl. SPÜLBECK, Susanne (1997): *Ordnung und Angst. Russische Juden aus der Sicht eines ostdeutschen Dorfes nach der Wende*. Frankfurt am Main/New York 1997.

<sup>12</sup> Vgl. KÖRBER, Karin: *Juden, Russen, Emigranten. Identitätskonflikte jüdischer Einwanderer in einer ostdeutschen Stadt*. Frankfurt am Main/New York 2005.

<sup>13</sup> Vgl. BECKER, Franziska (2001): *Ankommen in Deutschland. Einwanderungspolitik als biographische Erfahrung im Migrationsprozeß russischer Juden*. Berlin 2001; BECKER, Franziska (2003): *Migration and Recognition: Russian Jews in Germany*, In: *East European Jewish Affairs*, Bd. 33 Winter 2003, Nr. 2, S. 20-34.

<sup>14</sup> Vgl. RUNGE, Irene (1995): *„Ich bin kein Russe“: Jüdische Zuwanderung zwischen 1989 und 1994*. Berlin 1995.

<sup>15</sup> Vgl. TRESS, Madeleine (1997): *Foreigners or Jews?. The Soviet Refugee Populations in Germany and the United States*, In: *East European Jewish Affairs*, Bd. 27 Winter 1997, Nr. 2, S. 21-38; TRESS, Madeleine (1998): *Welfare state type, labour markets and refugees: a comparison of Jews from the former Soviet Union in the United States and the Federal Republic of Germany*, In: *Ethnic and Racial Studies*, Bd. 21 Januar 1998, S. 116-135.

<sup>16</sup> Vgl. DIETZ, Barbara (2000): *German and Jewish migration from the former Soviet Union to Germany: background, trends and implications*, In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Bd. 26 October 2000, Nr. 4, S. 635-652; DIETZ, Barbara (2003): *Jewish Immigrants from the Former Soviet Union in Germany: History, Politics and Social Integration*, in: *East European Jewish Affairs*, Bd. 33 Winter 2003, Nr. 2, S. 7-17.

<sup>17</sup> Vgl. HESS, Rainer/KRANZ, Jarden (2000): *Jüdische Existenz in Deutschland heute. Probleme des Wandels der Jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland infolge der Zuwanderung russischer Juden nach 1989*. Berlin 2000.

Tchernin genannt werden, die sich der Bremer Gemeinde widmet.<sup>18</sup> Die Arbeitsmarktintegration und die berufliche Situation der meist hoch qualifizierten Zuwanderer untersuchen Sabine Gruber und Harald Rübler.<sup>19</sup>

Als Grundlage für die weitere Arbeit sollen im ersten Abschnitt die deutsch-jüdischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg dargestellt werden. Dabei wird nach einem kurzen historischen Überblick darauf eingegangen, in welcher Weise der Holocaust das deutsch-jüdische Verhältnis auf beiden Seiten dominiert, und wie daraus auf deutscher Seite das vermeintliche Tabu entstehen konnte, Juden nicht kritisieren zu dürfen. Weiterhin werden Untersuchungen zum Thema Juden in deutschen Medien vorgestellt.

Anschließend soll die russisch-jüdische Einwanderung nach Deutschland betrachtet werden. Dabei wird die Entscheidung, die Juden aus der Sowjetunion erst in der DDR und dann in der Bundesrepublik aufzunehmen, in den historischen Zusammenhang eingeordnet. Weiterhin werden die Einreiseregulungen für die russischen Juden dargelegt, und es werden die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen zu den Zuwanderern zusammengefasst.

Um die Forschungsfrage zu beantworten, wird im vierten Abschnitt die Anfang der 90er Jahre stattgefundene Diskussion um die mögliche Aufnahme der Juden aus der Sowjetunion in Deutschland analysiert. Dabei werden für die politische Diskussion Interviews mit zeitgeschichtlichen Persönlichkeiten sowie die Protokolle der zu diesem Thema stattgefundenen Bundestagsdebatten ausgewertet. Im zweiten Teilabschnitt wird die Diskussion zu diesem Thema in den Medien dargelegt.

Im fünften Abschnitt wird dann die Berichterstattung der Frankfurter Rundschau, der Süddeutschen Zeitung, des Tagesspiegel, der *tageszeitung* sowie der Nachrichtenmagazine Spiegel und Focus auf Artikel zum Thema Kontingentflüchtlinge in den Jahren 1992 – 2006 untersucht. Da die Medien über dieses Thema immer nach einem aktuellen Ereignis oder dann berichten, wenn eine öffentliche Diskussion dazu stattfindet, werden einerseits Artikel zu diesen Themenbereichen analysiert, andererseits wird das allgemeine Bild herausgearbeitet, das die Medien von den Zuwanderern wiedergeben. Abschließend sollen die Untersuchungsergebnisse zusammengefasst und eingeordnet werden; es werden außerdem mögliche Forschungslücken aufgezeigt.

---

<sup>18</sup> Vgl. TCHERNINA, Natalia/TCHERNIN, Efim (2004): Traditionelle Rollen im Wechsel. Integration und Adaption jüdischer Immigranten aus der früheren Sowjetunion in Bremen, In: SCHOEPS, Julius H. u. a. (Hrsg.): Russische Juden und transnationale Diaspora. (Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 2004), Berlin u. a. 2005, S. 199-234.

<sup>19</sup> Vgl. GRUBER, Sabine/RÜBLER, Harald (2002): Hochqualifiziert und arbeitslos. Jüdische Kontingentflüchtlinge in Nordrhein-Westfalen. Problemaspekte ihrer beruflichen Integration. Eine empirische Studie. Opladen 2002.

Diese Arbeit stellt die erste ausführliche systematische Untersuchung zum Bild der russischen Juden in der Öffentlichkeit dar. Die Ergebnisse geben einen Überblick über die öffentliche Wahrnehmung dieser Zuwanderer und lassen Schlüsse auf das deutsch-jüdische Verhältnis zu.

## 2. Juden in Deutschland – eine komplizierte Geschichte

Als Einführung in das Thema dieser Arbeit soll kurz auf die deutsch-jüdische Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg eingegangen werden. Nach einem historischen Überblick wird das Problem der deutsch-jüdischen Beziehungen dargelegt, da dieses die Aufnahmeregelung der russischen Juden maßgeblich beeinflusst hat. Im Anschluss wird – im Hinblick auf die Fragestellung dieser Arbeit – die Forschungsliteratur zum Thema Juden in den deutschen Medien untersucht.

### 2.1. Juden in Deutschland 1945 – 1989

Um den Einfluss der russisch-jüdischen Zuwanderung auf das jüdische Leben in Deutschland besser verstehen und einordnen zu können, soll hier kurz auf die jüdische Geschichte hierzulande nach dem Zweiten Weltkrieg und damit auf die Situation 1989, vor der Ankunft der russischen Juden, eingegangen werden.<sup>20</sup>

Vor der nationalsozialistischen Verfolgung lebten mehr als eine halbe Million Juden in Deutschland.<sup>21</sup> Ungefähr 15.000 Juden überlebten den Holocaust in Deutschland, entweder weil sie versteckt wurden oder in Mischehen lebten.<sup>22</sup> Etwa 200.000 Juden kamen zwischen 1945 und 1950 als so genannte Displaced Persons (DPs)<sup>23</sup> nach Deutschland, die meisten von ihnen waren Zwangsarbeiter, kamen aus dem Osten oder wurden auf Todesmärschen befreit. Sie wurden in Lagern – aus Platzmangel waren es teilweise ehemalige Konzentrationslager – untergebracht. Viele osteuropäische Juden wollten aufgrund der antijüdischen Pogrome und der kriegsbedingten Zerstörungen in ihren Heimatländern nicht in diese zurückkehren und versuchten, nach Palästina oder in die USA auszuwandern. Jüdische Organisationen weltweit, die die Juden in Deutschland bei der Auswanderung unterstützten, sprachen sich gegen die Vorstellung aus, auf dem deutschen „blutgetränkten“<sup>24</sup> Boden könnte wieder jüdisches Leben entstehen.<sup>25</sup> Dennoch entwickelte sich bereits in den DP-Lagern jüdisches Leben, jiddische Zeitungen wurden herausgegeben,

---

<sup>20</sup> Zur Nachkriegsgeschichte der Juden in Deutschland vgl. Brenner (1995). Einen kurzen, prägnanten Überblick über die Geschichte der Juden in Deutschland geben Wippermann (1994) sowie Richarz (1988).

<sup>21</sup> Vgl. BENZ, Wolfgang (1991a): Der schwierige Status der jüdischen Minderheit in Deutschland nach 1945, In: BENZ, Wolfgang (Hrsg.): Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik. Berlin 1991, S. 9-21; S. 10.

<sup>22</sup> Vgl. Wippermann (1994), S. 93. Hess/Kranz sprechen von 5.000 – 7.000 überlebenden Juden in Deutschland. Vgl. Hess/Kranz (2000), S. 29.

<sup>23</sup> Als Displaced Persons werden Zivilpersonen bezeichnet, die sich aufgrund von Kriegsfolgen zwangsweise außerhalb ihres Heimatstaates aufhalten.

<sup>24</sup> Zit. nach BRENNER, Michael (1998): Mehr als ein Epilog. Deutsch-jüdische Geschichte nach 1945, In: Die politische Meinung, 43. Jg. August 1998, S. 83-88; S. 85.

<sup>25</sup> 1950 forderte die Jewish Agency die Juden in Deutschland auf, das Land zu verlassen. Zur Reaktion jüdischer Organisationen auf den Wiederaufbau jüdischen Lebens in Deutschland vgl. Brenner (1995), S. 99-102.



zionistische Organisationen gegründet, es entstanden jüdische Schulen und Sportvereine.<sup>26</sup> 1951 bekannte sich der Landesverband der Jüdischen Gemeinden Nordwestdeutschlands offiziell zum jüdischen Leben in Deutschland.

1956 wurde das letzte DP-Lager in Föhrenwald geschlossen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich etwa 15.000 Juden dazu entschlossen, in Deutschland zu bleiben, entweder, weil sie zu alt und krank für eine Auswanderung waren oder inzwischen eine private und berufliche Existenz in Deutschland aufgebaut hatten. Bezeichnend für das jüdische Leben in Deutschland vor allem in der Anfangszeit war, dass, obwohl Synagogen wieder aufgebaut und Gemeinden wieder gegründet wurden, viele Juden sich nicht zu ihrem Leben in Deutschland bekennen wollten. Aus dieser Haltung heraus resultiert die gängige Feststellung, dass die Juden in Deutschland „auf gepackten Koffern“ saßen.<sup>27</sup> Ab Mitte der 50er Jahre begann eine Rückwanderung deutscher Juden: Viele waren zu Beginn des Nationalsozialismus geflüchtet und kamen nun – auch auf Drängen von Freunden – zurück. 1952 verpflichtete sich die Bundesrepublik im Rahmen des Luxemburger Abkommens trotz Protesten aus der Bevölkerung, Wiedergutmachungsleistungen an im Nationalsozialismus verfolgte Juden zu zahlen.<sup>28</sup>

Obwohl die Sterberate unter den Juden in Deutschland weitaus höher war als die Geburtenrate, pendelte sich ihre Zahl im Laufe der Zeit aufgrund der ständigen Zuwanderung vor allem aus den osteuropäischen Ländern auf etwa 30.000 ein: So kamen in den 50er Jahren aufgrund gelockerter Ausreisebestimmungen rumänische Juden, Ende der 60er Jahre flüchteten Juden aus Polen vor dem zunehmenden Antisemitismus, während des Prager Frühlings kamen jüdische Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei. 1989 gab es 28.000 Mitglieder in den jüdischen Gemeinden.<sup>29</sup> Bereits in den 50er Jahren entwickelte sich Deutschland also zu einem Einwandererland für Juden.

Die „Koffer-Mentalität“ der Juden in Deutschland wurde in den 80er Jahren einem Bewusstseinswandel unterzogen: Die Koffer wurden sozusagen wieder ausgepackt, die jüdischen Repräsentanten entwickelten politisches Selbstbewusstsein, jüdische Schulen wurden eröffnet, mit der Gründung liberaler jüdischer Gemeinden entstand zudem eine weitere religiöse Strömung innerhalb des deutschen Judentums. Abschließend lässt sich feststellen, dass bei Ankunft der russischen Juden Anfang der 90er jüdisches Leben in Deutschland wieder existierte. Einschränkend schreibt jedoch Wippermann, dass die Zahl der jüdischen Intellektuellen verschwindend gering sei und man sich vor einer Idealisierung

---

<sup>26</sup> Vgl. ausführlich Richarz (1988), S. 17.

<sup>27</sup> Ein weiteres Beispiel für das unsichere Gefühl der Juden in Deutschland ist die Bezeichnung der jüdischen Gemeinde Berlin als „Abbruchgemeinde“. Vgl. Wippermann (1994), S. 97.

<sup>28</sup> Der Begriff „Wiedergutmachung“ wird üblicherweise verwendet, auch wenn Autoren bewusst ist, dass eine Wiedergutmachung im tatsächlichen Sinne des Wortes nicht möglich ist.

<sup>29</sup> Darin sind selbstverständlich diejenigen Juden nicht einberechnet, die nicht Gemeindemitglieder waren. Vgl. Brenner (1995), S. 206f.

hüten solle.<sup>30</sup> Und Brenner prophezeit für die Zukunft: „Eine Rückkehr zum deutschen Judentum, wie es einmal bestand, wird nicht mehr möglich, ja in einem sich vereinenden Europa anachronistisch sein.“<sup>31</sup>

## 2.2. Das deutsch-jüdische Verhältnis nach dem Zweiten Weltkrieg

Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte man in der Wissenschaft über eine deutsch-jüdische Symbiose diskutiert, aber nach dem Holocaust war das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen mehr als vorbelastet. Diner spricht in diesem Zusammenhang von einer negativen deutsch-jüdischen Symbiose, weil sich die Massenvernichtung für beide zum Ausgangspunkt des Selbstverständnisses entwickelt habe.<sup>32</sup> Die Schuldgefühle bzw. deren Abwehr unter den Deutschen sowie die Erinnerung an den Holocaust und die Angst vor erneuten Antisemitismuswellen unter den Juden bestimmen diese belastete Beziehung.

Das prekäre Verhältnis lässt sich auf deutscher Seite plakativ als eine Gratwanderung zwischen Antisemitismus und Philosemitismus beschreiben.<sup>33</sup> So wurde es – nach der antisemitischen Zeit des Nationalsozialismus – nach dem Krieg plötzlich schick, jüdische Verwandte zu haben.<sup>34</sup> Diese plötzlich entdeckte Liebe zu allem Jüdischen äußert sich unter anderem darin, dass Deutsche ausgesprochen gerne jüdische Kulturveranstaltungen besuchen, Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit gründen und immer wieder ihren Urlaub in Israel verbringen. Diese Entwicklung beschreibt Brenner folgendermaßen: „Waren einst die deutschen Juden darauf bedacht, deutscher zu erscheinen als die Deutschen, so versuchen nun manche Nichtjuden, jüdischer zu sein als die Juden.“<sup>35</sup> Bodemann spricht in diesem Zusammenhang von einem „judaisierenden Milieu“ voller „Berufs-fast-Juden“, zu dem auch der Kult um das deutsche Judentum vor dem Nationalsozialismus gehöre, der eine Diskussion um Auschwitz verdrängen würde.<sup>36</sup> Der Umgang der Philosemiten mit den Juden drängt ebendiesen einen Status der Exoten auf.

Gleichzeitig ist der Antisemitismus mit der deutschen Kapitulation am 9. Mai 1945 nicht ausgerottet worden. Meinungsumfragen zeigen, dass etwa 20 Prozent der Deutschen

---

<sup>30</sup> Vgl. Wippermann (1994), S. 109.

<sup>31</sup> S. Brenner (1998), S. 87.

<sup>32</sup> Vgl. Diner (1986), S. 185.

<sup>33</sup> So heißt auch das von Benz herausgegebene Buch zum Thema Juden in Deutschland: BENZ, Wolfgang (Hrsg.) (1991b): Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik. Berlin 1991.

<sup>34</sup> Vgl. Brenner (1995), S. 77. Nach Stern versuchten sich gerade nach dem Krieg viele Deutsche mithilfe des Philosemitismus von der deutschen Vergangenheit zu distanzieren. Vgl. STERN, Frank (1991): Philosemitismus statt Antisemitismus: Entstehung und Funktion einer neuen Ideologie in Westdeutschland, In: BENZ, Wolfgang (Hrsg.): Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik. Berlin 1991, S. 47-61.

<sup>35</sup> S. Brenner (1995), S. 220.

<sup>36</sup> S. Bodemann (1996), S. 50f.

noch heute Vorurteile gegenüber Juden haben.<sup>37</sup> Eine Rolle spielt dabei die Tatsache, dass viele Deutsche das Gefühl haben, von Juden – schon viel zu lange – an die Last der deutschen Geschichte erinnert zu werden. In diesen Zusammenhang kann die so genannte Schlusstrich-Debatte gestellt werden, die bereits kurz nach Kriegsende ihren Anfang nahm, als viele Deutsche behaupteten, nichts mit dem Holocaust zu tun gehabt zu haben.<sup>38</sup>

Auf der anderen Seite befinden sich die Juden in Deutschland, die aus einer – verständlichen – Angst vor einem erneuten Anstieg des Antisemitismus<sup>39</sup> heraus nicht nur „auf gepackten Koffern“ saßen, sondern sich in ihrer Mehrheit nicht als deutsche Juden, sondern als Juden in Deutschland bezeichnen lassen wollten.<sup>40</sup> Viele von ihnen tragen seit Jahren ein schlechtes Gewissen mit sich, weil sie sich dazu entschlossen haben, sich im Land der Täter niederzulassen, und sich für diese Tatsache immer wieder vor Juden außerhalb Deutschland rechtfertigen müssen. In einer Umfrage äußerten etwa 84 Prozent der deutschen Juden, kein Heimatgefühl gegenüber Deutschland entwickelt zu haben, nur 21,7 Prozent sagten, dass sie volles Vertrauen zu Deutschen hätten.<sup>41</sup> Das schwierige Verhältnis der Juden zu ihrem „Heimatland“ lässt sich an den Aufsatzüberschriften eines Sammelbandes mit Erfahrungen deutscher Juden ablesen, die da z. B. lauten: „Fremd im eigenen Land“, „Warum ich lieber kein Jude wäre; und wenn schon unbedingt – dann lieber nicht in Deutschland“ oder „Jude, Deutscher – deutscher Jude?“.<sup>42</sup>

Da beide Seiten jeweils auf ihre Weise vorbelastet sind, gestaltet sich ein normales Verhältnis schwierig. Dieses beschreibt Brandt folgendermaßen:

---

<sup>37</sup> Vgl. BENZ, Wolfgang (2004a): Die Juden und die nationale Identität. Antisemitismus als gesellschaftliches Problem in Deutschland, In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Bd. 1 2004, S. 475-484; S. 483. Benz spricht dabei von einem latenten Antisemitismus, d. h. von vorhandenen Ressentiments, die aber politisch nicht umgesetzt werden.

<sup>38</sup> In diesem Zusammenhang spricht Schwan von der „beschwiegenen Schuld“: Man fühle sich solange unschuldig, solange man keine konkreten Handlungen durchgeführt habe. Vgl. SCHWAN, Gesine (1997): Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens. Frankfurt am Main 1997; S. 101-103.

<sup>39</sup> Dazu schreibt der jüdische Journalist Leon Brandt: „Als Jude ist man hellhörig – ja sogar überempfindlich in Deutschland. Diese (verständliche) Sensibilität schlägt immer wieder durch und wird zur Belastung im engeren Bereich zwischenmenschlicher Beziehungen.“ S. BRANDT, Leon (1979): Ein anormales Miteinander, ein Zustand ohne Zukunft, In: BRODER, Henryk M./LANG, Michel R. (Hrsg): Fremd im eigenen Land. Juden in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main 1979, S. 69-75; S. 73. Auch Burgauer spricht von einem „tiefgreifenden Mißtrauen gegen jeden Deutschen“, das die Beziehungen zwischen Deutschen und Juden bedrohe. S. BURGAUER, Eva (1992): Jüdisches Leben in Deutschland (BRD und DDR). 1945 – 1990. Zürich 1992.

<sup>40</sup> Ein Beispiel hierfür ist die immer wieder aufkommende Diskussion, ob der Zentralrat der Juden in Deutschland in den Zentralrat der deutschen Juden umbenannt werden sollte. In den 80ern hatten vor allem der Historiker Julius Schoeps und der Publizist Rafael Seligmann dazu aufgerufen, dass Juden sich mit ihrem Dasein als deutsche Juden identifizieren sollten.

<sup>41</sup> Vgl. KUSCHNER, Doris (1977): Die jüdische Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Analyse. Köln 1977; S. 123, 134. Zu einem anderen Ergebnis kommen Sallen/Silbermann in ihrer Studie über die Selbstwahrnehmung der Juden in Deutschland, die feststellen, dass die Juden hierzulande eine eigenständige, von Israel unabhängige Identität bewahren. Vgl. SALLEN, Herbert/SILBERMANN, Alphons (1991): Bekenntnis zur jüdischen Identität. Selbstbild und Fremdbild der Juden in Westdeutschland 1990, In: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 30. Jg. 1991, Nr. 18, S. 122-130; S. 128.

<sup>42</sup> Vgl. Broder/Lang (1979).

„Ein Trauma, das kein Jude bewältigen und kein Deutscher zu verstehen vermag, erstickt jede Unbefangenheit schon im Keim der Annäherung. Da genügt schon eine gewisse Tonlage oder ein bestimmtes Verhalten gegenüber Juden, um Erinnerungen zu wecken, Gefühle zu verletzen und Spannungen auszulösen.“<sup>43</sup>

Und Diner urteilt pessimistisch, „alle Versuche, das Leben nach und trotz Auschwitz zu normalisieren, aus dem Schatten dieses monströsen Ereignisses zu treten“<sup>44</sup> müssten notwendig scheitern. Wolfssohn spricht in diesem Zusammenhang von einer „Holocaust-Fixierung“<sup>45</sup> in den deutsch-jüdischen und den deutsch-israelischen Beziehungen. Bodemann stellt einen Wechsel im deutsch-jüdischen Verhältnis in den letzten Jahren fest: Seiner Ansicht nach stehen die Juden in Deutschland nicht mehr als Opfer im Mittelpunkt des Interesses, sondern entwickeln sich vielmehr zusammen mit den „guten Deutschen“ zu Mahnern gegen rassistische Gewalt. Gleichzeitig seien sie „Erinnerungsherolde einer glorreichen deutsch-jüdischen Vergangenheit“<sup>46</sup>.

### 2.3. Juden in den deutschen Medien

Die Untersuchungen, die sich mit Juden in den deutschen Medien beschäftigen, widmen sich meistens dem Thema Antisemitismus. So überprüfen Soziologen, Historiker oder Linguisten deutsche Medien auf „latente Vorurteile, Anspielungen, Peinlichkeiten und implizite Drohungen“<sup>47</sup>. Dabei stellt u. a. Bellers fest, dass eine direkte Befürwortung von Antisemitismus in deutschen Medien nicht vorkommt.<sup>48</sup> Bellers spricht in diesem Zusammenhang davon, dass alle antisemitischen Äußerungen aufgrund der deutschen Geschichte „wegselektiert“<sup>49</sup> werden. In ihrer Studie kommen Dichanz/Breidenbach zu einem anderen Schluss, wenn sie feststellen, dass 74 Prozent der von ihnen untersuchten Medienerzeugnisse zum Thema Juden Stereotypen wie die vom religiösen und reichen Juden oder dem internationalen Judentum aufweisen.<sup>50</sup> Erb stellt fest, dass antisemitische

---

<sup>43</sup> S. Brandt (1979), S. 73.

<sup>44</sup> S. Diner (1986), S. 191.

<sup>45</sup> S. WOLFSSOHN, Michael (1998): Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen. München 1998.

<sup>46</sup> S. Bodemann (1996), S. 55.

<sup>47</sup> S. WODAK, Ruth (1988): Textlinguistische Analyse öffentlichen Sprachgebrauchs in den Medien im Österreich des Jahres 1986, In: Sozialforschung, Jg. 28 1988, Nr. 1, S. 117-136; S. 117.

<sup>48</sup> Vgl. BELLERS, Jürgen (1990): Moralkommunikation und Kommunikationsmoral. Über Kommunikationslatenzen, Antisemitismus und politisches System, In: BERGMANN, Werner/ERB, Rainer (Hrsg.): Antisemitismus in der politischen Kultur. Opladen 1990; S. 278.

<sup>49</sup> S. ebd., S. 279. Bellers stellt fest, dass Antisemiten sich aufgrund des in den Medien nicht abgebildeten Antisemitismus in ihrer Theorie von der jüdischen Weltverschwörung bestätigt fühlen. Vgl. ebd., S. 289.

<sup>50</sup> Vgl. DICHANZ, Horst/BREIDENBACH, Barbara (2001): Antisemitismus in den Medien. Beispiele und Analysen, In: TUOR-KURTH, Christina (Hrsg.): Neuer Antisemitismus – alte Vorurteile. Stuttgart u. a. 2001, S. 117-136; S. 121-123.

Äußerungen in der Öffentlichkeit zu einer Debatte in den Medien führen; dabei würden die Antisemiten jedoch von der Diskussion ausgeschlossen.<sup>51</sup>

Kurz nachdem 1945 alle antisemitischen Medien verboten worden sind, kam es zu einer Diskussion darüber, ob Antisemitismus besser durch eine offene Debatte oder Unterdrücken bekämpft werden sollte.<sup>52</sup> Nachdem der Abdruck eines antisemitischen Leserbriefs in der Süddeutschen Zeitung 1949 aber große Gegendemonstrationen von jüdischer Seite und einen Ruf nach einem Zeitungsverbot nach sich gezogen hatte, wurde laut Bergmann ein Lernprozess für Journalisten in Gang gesetzt, der zu einer Selbstkontrolle führte.<sup>53</sup>

Diese Selbstkontrolle gepaart mit dem vorbelasteten deutsch-jüdischen Verhältnis scheint bei Journalisten eine Zeit lang zu einem vermeintlichen Tabu geführt zu haben: In der Angst, unter Antisemitismusverdacht zu geraten, wurde weitestgehend eine Kritik an den Juden vermieden. Als Beispiel einer derartigen Selbstkontrolle soll hier die Idee des NDR dienen, eine jüdische TV-Reihe auszustrahlen. Das Magazin, das den Namen „Chuzpe“ tragen sollte, wurde in letzter Sekunde abgesetzt, weil NDR-Redakteure befürchteten, einzelne Aussagen der Beiträge könnten antisemitisch wirken.<sup>54</sup> Zu dem angeblichen Tabu schreibt Brandt (allerdings schon 1979; wie diese Arbeit zeigt, trifft diese Aussage – zumindest für die Medien – nicht mehr zu): „Kein Deutscher kann am Wesen der jüdischen Gemeinschaft (oder eines Juden) Kritik üben, ohne in den Verruf des „Antisemiten“ zu geraten – und wer setzt sich dann schon einem solchen Risiko aus.“<sup>55</sup> Benz macht darauf aufmerksam, dass dieses Tabu in der heutigen Bundesrepublik schon lange nicht mehr existiere, dafür aber um so mehr von Antisemiten instrumentalisiert werde: „Denkverbote und Meinungsmonopole werden behauptet, um sie brechen zu können.“<sup>56</sup> Es bleibt also fraglich, ob dieses Tabu – für Medien und Bevölkerung – tatsächlich existiert oder nur „herbeigeredet“ wird. Die Untersuchung dieser Arbeit könnte am Exempel der russischen Juden zu einer Antwort beitragen.

---

<sup>51</sup> Vgl. ERB, Rainer (1995): Gesellschaftliche Reaktionen auf Antisemitismus, In: BENZ, Wolfgang (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils. München 1995, S.217-230; S. 219f.

<sup>52</sup> Vgl. BERGMANN; Werner (1997): Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989. Frankfurt am Main/New York 1997; S. 71, 73.

<sup>53</sup> Vgl. ebd., S. 86.

<sup>54</sup> Vgl. Krauß (10.12.1998).

<sup>55</sup> S. Brandt (1979), S. 72.

<sup>56</sup> S. Benz (2004), S. 148. Als Beispiel hierfür dient ihm der Fall Jürgen Möllemann und sein antiisraelisches Pamphlet aus dem Jahr 2002. Zu diesem merkt Knobloch an, dass Möllemann die Medien in dieser Diskussion instrumentalisiert habe. KNOBLOCH, Clemens (2005): Der „Fall Möllemann“ und der „Fall Schirmmacher/Walser“: Vom „Tod eines Kritikers“ zum Tod eines Fallschirmspringers. Der Antisemitismus-Vorwurf als diskursive Ressource, In: DÖRING, Jörg (Hrsg.): Antisemitismus in der Medienkommunikation. Frankfurt am Main 2005, S. 85-108; S. 88.

### 3. Die russisch-jüdische Zuwanderung nach Deutschland

„Kontingentflüchtling – was ist das denn?“, ist eine Frage, die jüdische Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion oft zu hören bekommen. Dieser Abschnitt widmet sich der Darstellung dieses Typus der Zuwanderung. Dazu sollen zunächst die Anfänge der Migration sowie die Entstehung des Kontingentflüchtlingsgesetzes vor ihrem historischen Hintergrund beschrieben werden. Des Weiteren werden die gesetzlichen Regelungen für jüdische Kontingentflüchtlinge erläutert und bewertet. Schließlich wird Bilanz gezogen und die Konsequenzen sowie Probleme der Zuwanderung dargestellt.

#### 3.1. „Deutschland nimmt“<sup>57</sup> – Die Entstehung des Kontingentflüchtlingsgesetzes für jüdische Emigranten

Die Perestroika Ende der 80er Jahre in der Sowjetunion, die das politische und wirtschaftliche System im größten Land der Erde umstürzen sollte, führte zu einer allumfassenden Verunsicherung und Existenzängsten in der Bevölkerung. In dieser Zeit der extremen Mangelwirtschaft wurden unter anderem Juden zu Sündenböcken erklärt – der Antisemitismus nahm zu. Diese Entwicklung verstärkte unter den Juden in der Sowjetunion den Wunsch, das Land zu verlassen. Die Ausreisezahlen nach Israel und in die USA stiegen an.<sup>58</sup> In dieser Zeit kursierte unter der jüdischen Bevölkerung das hinter vorgehaltener Hand verbreitete Gerücht: „Deutschland nimmt.“<sup>59</sup>

Ende der 80er versuchten viele Sowjetbürger, mit Touristenvisa in die ehemalige DDR, vor allem nach Ostberlin, einzuwandern in der Hoffnung, vor Ort eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. Unter diesen Einwanderern befanden sich auch viele Juden. In der DDR hatte nach dem Sturz des Systems eine bis dahin vermiedene Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus begonnen, darüber hinaus wurde die DDR-Politik des Antizionismus von der Regierung Lothar de Maizière aufgegeben.<sup>60</sup> Bis Ende 1990 waren bereits 9.000 Juden aus der Sowjetunion in die DDR eingewandert.<sup>61</sup> Diese

---

<sup>57</sup> Russ.: „Germanija prinimajet“.

<sup>58</sup> Vgl. Tress (1997), S. 23.

<sup>59</sup> S. Runge (1995), S. 73. Russ.: „Germanija prinimajet“.

<sup>60</sup> So sagte Lothar de Maizière am 19.04.1990: „Aber unsere Geschichte, das sind nicht nur die letzten fünf Jahre. Als freie Regierung und freies Parlament verneigen wir uns vor den Opfern des Faschismus. Wir denken an die Opfer der Konzentrationslager und des Krieges.“ S. Regierungserklärung von Ministerpräsident Lothar de Maizière, 19.04.1990, In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, Bd. 5 Mai 1990, S. 795-809; S. 797. Zur Israel-Politik der DDR vgl. DITTMAR, Peter (1977): DDR und Israel. Ambivalenz einer Nichtbeziehung, Teil 1. In: Deutschland Archiv, Bd. 10 1977, S. 736-754.

<sup>61</sup> Vgl. HARRIS, Paul A. (1997): Jüdische Einwanderung nach Deutschland. Politische Debatte und administrative Umsetzung, In: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit. Neue Zuwanderung ins Bundesgebiet, 1997, Nr. 1, S. 36-39; S. 37. Die meisten kamen nach Berlin: Ende Februar 1991 lebten dort bereits 3.500 jüdische Einwanderer. Das Sozialministerium beschloss, dass sie nur ein 90-Tage-Visum erhalten können. Vgl.

Ereignisse sorgten für internationale Schlagzeilen: Die Presseagentur Reuters verbreitete in einer Eilmeldung: „Russische Juden in Berlin“<sup>62</sup>. In der DDR machten Gerüchte die Runde, die Moskauer DDR-Botschaft werde von Juden belagert. Diese sich überstürzende Entwicklung setzte die Politik unter Handlungsdruck. Da die DDR niemals die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hatte und über kein Asylgesetz verfügte, musste die Regierung de Maizière eine neue Regelung für die russischen Juden finden. Im Juli 1990 erklärte sich die DDR offiziell dazu bereit, bedrohte Juden unbürokratisch aufzunehmen. Aufgrund der außergewöhnlich hektischen politischen Situation – die DDR stand kurz vor ihrem Ende – fand diese Entwicklung kaum Beachtung in der Öffentlichkeit.

In der alten Bundesrepublik wurden die ankommenden sowjetischen Juden von offizieller Seite nur geduldet. Angesichts der zunehmenden Zahlen von Einwanderern sowie Einwanderungswilligen wies die Bundesregierung die deutschen Konsulate im August 1990 an, Aufnahmeanträge jüdischer Sowjetunionbürger vorerst nicht mehr zu bearbeiten. Trotz des verhängten Einreisestops reisten alleine im Dezember 1990 1.600 Juden mit Touristenvisa nach Berlin ein<sup>63</sup>, an manchen Tagen (auch an Heiligabend) kamen bis zu Hundert Menschen. Die Tatsache, dass diese ohne Wohnmöglichkeiten um jeden Preis in Westberlin bleiben wollten, erzeugte Aufmerksamkeit in den Medien. Dies nahm Heinz Galinski, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Berlins und des Zentralrats der Juden in Deutschland, zum Anlass, mit der Regierung über den dauerhaften Verbleib der russischen Juden in Deutschland zu verhandeln.<sup>64</sup> Bekannte Künstler, Kirchenvertreter, Wissenschaftler setzten sich für die Einreise der Juden ein.

Bereits 1987 hatte sich die israelische Regierung mit der Bitte an die Weltgemeinschaft gewandt, Juden aus der Sowjetunion, die auf dem Weg nach Israel – ins „gelobte Land“ – einen Umweg über Transitländer nahmen, nicht dauerhaft aufzunehmen. So sagte der damalige israelische Generalkonsul Mordechay Lewy: „Alle Juden haben ein Heimatland. Und das ist Israel.“<sup>65</sup> Dieser Bitte kam Deutschland mit dem Verweis auf die eigene Geschichte nicht nach.<sup>66</sup> In der jüdisch-amerikanischen Öffentlichkeit sowie in zionistischen Organisationen weltweit löste die Vorstellung, dass Juden ins „Land der Täter“ zurückkehren sollten, Empörung aus. Auch der Zentralrat der Juden in Deutschland wurde

---

BODEMANN, Y. Michael/OSTOW, Robin (1993): Federal Republic of Germany, In: The American Jewish Committee (Hrsg.): American Jewish Year Book 1993, Bd. 93 1993, New York u. a., S. 282-300; S. 288.

<sup>62</sup> Zit. nach Runge (1995), S. 78.

<sup>63</sup> KESSLER, Judith (1995): Von Aizenberg bis Zaidelman. Jüdische Zuwanderer aus Osteuropa in Berlin und die Jüdische Gemeinde heute, In: Die Ausländerbeauftragte des Senats (Hrsg.): Miteinander leben in Berlin. Berlin 1995; S. 18.

<sup>64</sup> Im Januar 1991 bekam Galinski wegen seines Einsatzes für die russischen Juden Morddrohungen. Vgl. Bodemann (1993), S. 286.

<sup>65</sup> Zit. nach Runge (1995), S. 83.

<sup>66</sup> Hierbei waren sich alle Parteien einig. Vgl. u. a. Becker (2003), S. 22. Zur Debatte vgl. Abschnitt 4.1.

stark kritisiert.<sup>67</sup> Deutschland befand sich also in einer außenpolitisch brenzligen Lage: Auf der einen Seite wollte man die ohnehin belasteten Beziehungen mit dem Staat Israel nicht weiter gefährden, andererseits wollte man den Zentralrat der Juden im eigenen Land nicht verärgern und einem der deutschen Geschichte entsprungenen Verantwortungsgefühl gerecht werden. Eine Kompromisslösung fand man darin, nur eine begrenzte Zahl russischer Juden aufzunehmen.

Für die Bundesregierung stellte sich die konkrete Frage, welchen gesetzlichen Aufenthaltsstatus die russischen Juden bekommen sollten. Deutschland verstand sich damals nicht als ein Einwanderungsland. Die Aufnahme der russischen Juden musste sich also einerseits an der vorgegebenen Gesetzgebung orientieren; gleichzeitig stand die Regierung unter dem enormen Druck, der geschichtlich bedingten Verantwortung Deutschlands gerecht werden zu wollen. Darüber hinaus gab es bei den Politikern bei ihrer Suche nach einer unbefristeten Aufnahmeregelung parteiübergreifend die starke Befürchtung, diese Einwanderung könne zu einem Anstieg des Antisemitismus führen.<sup>68</sup> Deswegen wurde von einer auf Juden gemünzten, religiös ausgelegten Gesetzgebung Abstand genommen. Eine politische Verfolgung der russischen Juden als Begründung kam wegen der dadurch eventuell gefährdeten diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion nicht in Frage. Ein Flüchtlingsstatus hätte außerdem zur Konsequenz gehabt, dass jeder Einwanderer einzeln auf seine Herkunft hätte überprüft werden müssen. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte war an diese Art der Überprüfung nicht zu denken. Auch der Gedanke, eine Quotenregelung für Juden einzuführen, schien „unerträglich“<sup>69</sup>.

Nach zahlreichen Diskussionen wurde auf das Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge, das so genannte Kontingentflüchtlingsgesetz, zurückgegriffen.<sup>70</sup> Nach wie vor wird diese Begriffswahl kritisiert, weil die jüdischen Einwanderer erstens keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention sind, und zweitens keine Kontingentierung für ihren Zuzug existiert. Becker merkt außerdem an, dieser Begriff würde die Zuwanderer in eine Opferrolle drängen und somit das Verhältnis zwischen Deutschen und den jüdischen Migranten normieren.<sup>71</sup> Im Januar 1991 beschloss die erste

---

<sup>67</sup> Dieses Problem wurde noch verschärft, als Israelis (meist ebenfalls ehemalige russische Juden) auch nach Deutschland einwandern wollten.

<sup>68</sup> Vgl. Harris (1997), S. 38; Becker (2001), S. 50. Runge sagt dazu: „Ursache und Wirkung vertauschend, wurde nicht selten gefragt, ob Deutschland nicht besser ohne Juden bleiben solle, die Zuwanderung der Juden könne schließlich Feindseligkeiten aufs neue beleben.“ Vgl. Runge (1995), S. 84. Zur Debatte vgl. Abschnitt 4.1.

<sup>69</sup> S. HARRIS, Paul A. (1999): Russische Juden und Aussiedler: Integrationspolitik und lokale Verantwortung, In: BADE, Klaus J./OLTMER, Jochen (Hrsg.): Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. (Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Bd. 8). Osnabrück 1999, S. 247-263; S. 252.

<sup>70</sup> Vgl. Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge (1980). Dieses ist im Rahmen der Flüchtlingseinwanderung der so genannten „Boat People“ entstanden und wurde durch das Zuwanderungsgesetz vom 01.01.2005 außer Kraft gesetzt.

<sup>71</sup> Vgl. Becker (2001), S. 10, 53, 60, 63.



gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz die Aufnahme der jüdischen Migranten. Nachträglich erreichte Galinski, dass auch die vor November 1991 als Touristen eingereiste Juden in diese Regelung aufgenommen wurden.

Dabei durften sich damals als Kontingentflüchtlinge all diejenigen bewerben, die ihre jüdische Identität nachweisen konnten, sowie deren Angehörige. Als Nachweis gilt entweder die Geburtsurkunde, die eine jüdische Mutter oder einen jüdischen Vater belegt, oder der so genannte „fünfte Punkt.“ Dieser hielt in einem sowjetischen Pass die (gegebenenfalls auch jüdische) Nationalität fest.<sup>72</sup> Damit richtet sich die Regelung nicht nach den jüdisch-religiösen Halacha<sup>73</sup>-Gesetzen, nach denen nur derjenige als jüdisch gilt, der eine jüdische Mutter hat.

Eine wichtige Rolle in dieser Debatte spielte das Argument, man wolle die kleinen und überalterten jüdischen Gemeinden in Deutschland wieder zum neuen Leben erwecken.<sup>74</sup> Gleichzeitig fiel die Debatte Anfang der 90er Jahre in die Zeit ausländerfeindlicher Übergriffe (z. B. Solingen, Rostock, Mölln) und politischer Diskussionen um eine Verschärfung der Asylgesetze. Dabei fällt auf, dass die jüdischen Einwanderer in der öffentlichen Diskussion im Gegensatz zu Asylbewerbern nicht unter den Generalverdacht gerieten, den deutschen Sozialstaat ausnutzen zu wollen.<sup>75</sup>

Das, was als spontane Auswanderung begonnen hatte, entwickelte sich zu einem Zuwanderungsprozess, den das Nicht-Einwanderungsland Deutschland bis dato so nicht gekannt hatte. Runge beschreibt die Lage der deutschen Politiker folgendermaßen: „Deutschland ist aus historischen Gründen erpressbar; eine Deportation jüdischer Flüchtlinge wird es nicht geben.“<sup>76</sup> Dass diese Zuwanderung von historischer Verantwortung geprägt ist, unterscheidet diese Migrantengruppe von anderen. Die Möglichkeit, russischen Juden Zuflucht zu gewähren, wurde in Deutschland als Chance zur Wiedergutmachung und öffentlichkeitswirksame Versöhnung wahrgenommen. Oder um es mit den Worten eines

---

<sup>72</sup> Judentum galt in der Sowjetunion als Nationalität und nicht als Religion. Der so genannte „fünfte Punkt“ war für Juden von großem Nachteil, weil er die Nationalität offen legte und damit Tür und Tor für Antisemitismus öffnete. Für russische Juden ist es fast makaber, dass ebendieser Punkt sich zu einem „Migrationstor“ entwickelte. S. SALEIN, Kirsten (2005): Was heißt Russisch?, In: *Anthropolitan*, Mitteilungsblatt der Frankfurter Gesellschaft zur Förderung der Kulturanthropologie e.V., 2005, Nr. 2, S. 5-11; S. 7.

<sup>73</sup> Halacha ist der Teil des Talmuds, der Verhaltensregeln für Juden enthält.

<sup>74</sup> Vgl. u. a. Becker (2001), S. 66; DIETZ, Barbara/LEBOK, Uwe/POLIAN, Pavel (2002): *The Jewish Emigration from the Former Soviet Union to Germany*, In: *International Migration*, Bd. 40 2002, Nr. 2, S. 29-48; S. 30; Dietz (2003), S. 11, 30; OSTOW, Robin (2003): *From Objects of Administration to Agents of Change: Fourteen years of Post-Soviet Jewish Immigration to Germany*, In: *East European Jewish Affairs*, Bd. 33 Winter 2003, Nr. 2, S. 1-6; S. 2. 1989 waren 42,3 % der 27.552 jüdischen Gemeindeglieder in Deutschland über 50 Jahre alt. Vgl. Hess/Kranz (2000), S. 125. Wie sehr der Zustrom der Einwanderer zu einem Wachstum der Gemeinden tatsächlich beigetragen hat, zeigt eine Grafik in: Schoeps/Jasper/Vogt (1999), S. 24.

<sup>75</sup> Vgl. Doomernik (1997), S. 82.

<sup>76</sup> S. Runge (1995), S. 94.

Kindes zu sagen: „Die Deutschen haben die Juden in Lager geschickt und getötet. Also, ich verstehe das jetzt so, dass sie sich bessern wollen.“<sup>77</sup>

### 3.2. Offizielle Bestimmungen für jüdische Kontingentflüchtlinge

Die Einreiseregulierung für Kontingentflüchtlinge sieht vor, dass potentielle Einwanderer in den GUS-Ländern einen Aufnahmeantrag stellen und ihre Zugehörigkeit zum Judentum durch Vorlage der Pässe und der Geburtsurkunden beweisen.<sup>78</sup> Bei dem Aufnahmeantrag fällt auf, dass er aus nur vier Seiten besteht, während Spätaussiedler 48 Seiten ausfüllen müssen. Diese Regelung ist aus der Angst heraus entstanden, mit einer genauen Überprüfung von Juden Erinnerungen an den Holocaust hervorzurufen und Kritik auf sich zu ziehen. Der Antrag wird von Konsularbeamten vorgeprüft und anschließend an das Referat III/4 des Kölner Bundesverwaltungsamtes weitergeleitet. Dieses überprüft, ob es sicherheitsrelevante Bedenken gegenüber der Einreise gibt, und ob Wünsche bezüglich Aufenthaltsort bzw. Familienzusammenführung berücksichtigt werden müssen. Am Ende werden die Einreisenden nach dem Asylverteilungsschlüssel („Königsteiner Schlüssel“) auf diese verteilt.<sup>79</sup> Stimmen die Länderbehörden der Aufnahme zu, stellt das Konsulat Einreisevisa aus. Insgesamt haben die jüdischen Zuwanderer 15 Monate Zeit, um ihre Ausreise vorzubereiten. Da viele sich zwar um eine Einwanderung bewerben, den letzten Schritt dann aber doch nicht wagen, sind die Länderbehörden niemals auf genaue Einreisezahlen vorbereitet.<sup>80</sup>

Jüdische Kontingentflüchtlinge erhalten eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung sowie eine Arbeitserlaubnis. Sie werden anfangs in Wohnheimen untergebracht und nehmen an Deutschkursen<sup>81</sup> teil. Sozialhilferechtlich sind sie Deutschen gleichgestellt. Bei erfolgloser Arbeitssuche erhalten sie weiterhin die Möglichkeit, an einer beruflichen Fortbildung bzw. Umschulung teilzunehmen. Einen Anspruch auf Rente haben die Kontingentflüchtlinge

---

<sup>77</sup> Zwölfjähriges Mädchen (Kontingentflüchtling), zit. nach DUWIDOWITSCH, Ljudmila (1996): „Alles oder nichts“ – Die Emigration ist wie ein Spiel – Gespräche mit russisch-jüdischen Kindern und Jugendlichen, In: SCHOEPS, Julius H./JASPER, Willi /VOGT, Bernhard (Hrsg.): Russische Juden in Deutschland. Integration und Selbstbehauptung in einem fremden Land. Weinheim 1996, S. 324-339; S. 332.

<sup>78</sup> Nach der geltenden Gesetzeslage „sind Personen zuwanderungsberechtigt, die nach staatlichen Personenstandsunterlagen selbst jüdischer Nationalität sind oder von mindestens einem jüdischen Elternteil abstammen.“ S. Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2005): Migrationsbericht 2004. Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 15/5090. Berlin 2005; S. 27.

<sup>79</sup> D. h. die Verteilung orientiert sich an der Bevölkerungszahl der einzelnen Bundesländer. Diese Regelung wurde eingeführt, um eine ausartende Einwanderung zu verhindern.

<sup>80</sup> Eine Tabelle über gestellte und akzeptierte Anträge im Vergleich zu tatsächlichen Einwandererzahlen findet sich bei Dietz/Lebok/Polian (2002), S. 37.

<sup>81</sup> Dieser dauert im Regelfall sechs Monate. In dieser Zeit erhalten die russischen Juden eine Eingliederungshilfe.

allerdings nicht.<sup>82</sup> Eine Einbürgerung erfolgt nach acht Jahren. Dabei ist – und das ist eine große Ausnahme in Deutschland – eine doppelte Staatsbürgerschaft erlaubt.<sup>83</sup>

Diese Regelungen orientieren sich an jenen für Aussiedler, unterscheiden sich aber dadurch, dass Letztere – trotz ihrer Deutschstämmigkeit – einen Deutschtest im Heimatland absolvieren müssen. Selbiges gilt auch für Quotenregelungen, die bei den russischen Juden entfallen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Begriff „Quote“ im Zusammenhang mit Juden im Nachkriegsdeutschland inadäquat erschien und die zuständigen Politiker Antisemitismuskritik befürchteten. Betrachtet man diese Gesetzgebung, fällt auf, dass die Zuzugsbeschränkungen für russische Juden niedrig sind und die staatliche Unterstützung großzügig ausfällt.<sup>84</sup> Diese Regelungen, die als Integrationserleichterung gesehen werden, führen aber nicht zwingend dazu, dass sich die Integration der russischen Juden einfach gestaltet.<sup>85</sup>

Diese – aus historischem Bewusstsein entstandene – großzügige Regelung kritisiert Laurence. In seiner die Gesetzgebung für türkische Migranten und russische Juden in Berlin vergleichenden Studie kritisiert er die Tatsache, dass die in Deutschland lebenden Türken, deren Zahl die der jüdischen Zuwanderer um 20 Mal übersteigt, und die aber mit ähnlichen Voraussetzungen nach Deutschland kommen – sie sind keine EU-Bürger, haben keine deutschen Vorfahren und kaum Deutschkenntnisse – mit anderen Regelungen konfrontiert werden.<sup>86</sup> Er wirft die Frage auf, ob es die Juden oder die schuldbewussten Deutschen seien, die diese besonderen Regelungen brauchten. Als Argument für seine These führt er u. a. die Tatsache an, dass das Bundesland Berlin 20 Prozent seines Budgets für religiöse Fragen an jüdische Einrichtungen auszahle (dabei machen Juden aber nur 0,58 Prozent der Berliner Bevölkerung aus), und für russische Juden in Berlin der Kultursenat zuständig sei, während sich um die Türken die Ausländerbeauftragte kümmern würde. Weiterhin sind seiner Meinung nach kulturelle Unterschiede bei Juden erlaubt, während sie bei Türken unerwünscht bleiben. Er geht sogar so weit, die gesamte jüdische Zuwanderung aufgrund des von ihm bezweiferten Antisemitismus in den GUS-Ländern in Frage zu stellen, und bezeichnet die russischen Juden als „Ersatzjuden“<sup>87</sup>.<sup>88</sup> Damit unterstellt er deutschen Politikern, Juden aus Geschichtsbewusstsein und Öffentlichkeitswirksamkeit anderen Migrantengruppen vorzuziehen. Als Gegenargument zur These, diese Bestimmungen seien

---

<sup>82</sup> Bestimmungen für jüdische Zuwanderer vgl. Migrationsbericht 2004 (2005), S. 26-28.

<sup>83</sup> Vgl. Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (1990), 09.07.1990; § 87, S. 42f.

<sup>84</sup> Diese Bewertung findet sich bei Doomernik (1997), S. 2f; Gruber/Rüßler (2002), S. 10; LUBRICH, Oliver: Are Russian Jews Post-Colonial? Wladimir Kaminer and Identity Politics, In: East European Jewish Affairs, Bd. 33 Winter 2003, Nr. 2, S. 35-53; S. 37.

<sup>85</sup> Doomernik macht diese Regelungen sogar verantwortlich dafür, dass die Integration oft nicht gelingt. Sie würden dazu verleiten, passiv auf staatliche Hilfe zu warten. Vgl. Doomernik (1997), S. 3.

<sup>86</sup> Vgl. LAURENCE, Jonathan (1999): (Re)constructing Community in Berlin. Of Jews, Turks and German Responsibility, In: Discussion Paper FS III 99-102, Wissenschaftszentrum Berlin 1999.

<sup>87</sup> S. Laurence (1999), S. 14.

<sup>88</sup> Vgl. Laurence (1999), S. 2-7, 11f.

nur aus dem deutschen Schuldbewusstsein entstanden, kann man auf ähnliche Regelungen für russische Juden in den USA verweisen.<sup>89</sup>

Zwischen 1991 und 2004 sind über 219.000 russische Juden nach Deutschland eingereist.<sup>90</sup> Weil diese Zahlen die erwarteten Zahlen weit überschreiten, sind in den vergangenen Jahren immer wieder Forderungen nach Zuzugsbeschränkungen laut geworden.<sup>91</sup>

### 3.3. Konsequenzen und Probleme der russisch-jüdischen Zuwanderung

Im Jahr 2002 sind mehr Juden aus den GUS-Ländern nach Deutschland als nach Israel oder in die USA eingewandert.<sup>92</sup> Diese Art der Zuwanderung hat das jüdische Leben in Deutschland von Grund auf verändert und auch diverse Probleme nach sich gezogen.

Verschiedene Studien haben die Auswanderungsmotive der jüdischen Zuwanderer untersucht. Einig sind sich alle Autoren darüber, dass ökonomische Gründe sowie die besorgniserregende Unsicherheit angesichts der instabilen politischen und wirtschaftlichen Situation in der ehemaligen Sowjetunion eine große Rolle bei der Auswanderungsentcheidung spielen. Auch die Angst vor ökologischen Krisen wie Tschernobyl und vor der zunehmenden Kriminalität spielt als Motiv eine Rolle. In den vergangenen Jahren kam zudem auch der Wunsch nach Familienzusammenführung als Begründung hinzu.<sup>93</sup> Im Vergleich zu anderen Studien spielt in der Langzeituntersuchung von Schoeps u. a. der Antisemitismus als Auswanderungsgrund eine große Rolle.<sup>94</sup> Für Deutschland als Einwanderungsland spricht laut Gruber/Rüßler außerdem die Tatsache, dass man hier eine unbeschränkte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis bekommt.<sup>95</sup> Hinzu kommen das im Gegensatz zu Israel angenehme, gemäßigte Klima und die Tatsache, dass Deutschland in Europa und damit nicht weit entfernt von der Heimat liege.

Aus diesen Motiven lässt sich bereits das erste Problem herauslesen: Den jüdischen Zuwanderern wird oftmals vorgeworfen, mit einer Anspruchshaltung nach Deutschland

---

<sup>89</sup> Auch in den USA werden russische Juden als Kontingentflüchtlinge nach der Genfer Konvention aufgenommen und bekommen mehr staatliche Hilfen als andere Einwanderer. Vgl. Tress (1998), S. 117, 121.

<sup>90</sup> Vgl. HAUG, Sonja (2005): Jüdische Zuwanderer in Deutschland. Ein Überblick über den Stand der Forschung, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.), Working Papers 3/2005; S. 6. Heute ist Deutschland das einzige europäische Land mit einer wachsenden jüdischen Gemeinde. Vgl. Schoeps/Jasper/Vogt (1999), S. 99.

<sup>91</sup> Zur Diskussion vgl. Abschnitt 5.5. Am 1. Juli 2006 sind Änderungen in Kraft in getreten. Vgl. Eckpunkte für die Neuregelung eines Verfahrens zur Aufnahme jüdischer Emigranten (2003).

<sup>92</sup> Vgl. SCHOEPS, Julius H. (2004): Ein neues Judentum in Deutschland?. Zur Debatte um die Zukunftsperspektiven jüdischer Zuwanderer aus der früheren Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten, In: SCHOEPS, Julius H. u. a. (Hrsg.): Russische Juden und transnationale Diaspora. (Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 2004), Berlin u. a. 2005, S. 119-132; S. 130.

<sup>93</sup> Zu Auswanderungsmotiven vgl. u. a. Dietz (2000), S. 643; Doornik (1997), S. 19-25; Gruber/Rüßler (2002), S. 15; Hess/Kranz (2000), S. 53; Schoeps/Jasper/Vogt (1996), S. 61.

<sup>94</sup> Vgl. Schoeps/Jasper/Vogt (1996), S. 11f; Schoeps/Jasper/Vogt (1999), S. 50.

<sup>95</sup> Vgl. Gruber/Rüßler (2002), S. 15.

einzureisen. Deutschland gilt in der ehemaligen Sowjetunion als das Land der Dichter und Denker, im positiven Sinne des Begriffs wird es als „europäisch“ bezeichnet, es wird aber auch als reich wahrgenommen. Die Erwartungen der Einwanderer sind oft unrealistisch: Sie erhoffen sich z. B. eine bessere ökonomische Stellung; die Bittsteller-Position, die sie stattdessen hierzulande erfahren, trifft sie unvorbereitet und führt zuweilen zu Lethargie oder somatischen Erkrankungen.<sup>96</sup> Die Lebensziele der Einwanderer unterscheiden sich zwar häufig gar nicht von denen der deutschen Gesellschaft, aber sie sind vom kommunistischen Erbe belastet: Es ist für Zuwanderer oft schwer, sich an westliche Verhaltensweisen anzupassen.<sup>97</sup>

Der größte Teil der jüdischen Zuwanderer stammt aus urbanen Gegenden und ist überdurchschnittlich hoch gebildet<sup>98</sup>. Die meisten haben naturwissenschaftliche oder technische Berufe, sie sind entweder Ingenieure, Informatiker, Ärzte oder aber auch Künstler.<sup>99</sup> Diese auffallend akademisch/künstlerische Berufsstruktur geht aber mit einem gleichzeitig überdurchschnittlich hohen Einwanderungsalter einher: Der durchschnittliche Berliner Zuwanderer kommt mit 44,3 Jahren nach Deutschland, 27 Prozent der Zuwanderer sind über sechzig Jahre alt.<sup>100</sup> Dies ist auch ein Grund dafür, dass die Arbeitslosenzahlen unter den Kontingentflüchtlingen alarmierend hoch sind. Kessler geht davon aus, dass über drei Viertel der von ihr befragten Zuwanderer arbeitslos sind, während drei Viertel der arbeitenden Juden aus den GUS-Staaten einen Job ausüben, der nicht ihrem Beruf entspricht und unter dem jeweiligen Ausbildungsniveau liegt.<sup>101</sup> Hierfür werden diverse Gründe angegeben. Zusätzlich zur momentan allgemein schwierigen Arbeitsmarktlage und dem hohen Durchschnittsalter der Zuwanderer sind an dieser Stelle ihre fehlenden marktwirtschaftlichen Erfahrungen sowie mangelnde Sprachkenntnisse zu nennen. Hinzu kommt die Tatsache, dass der deutsche Staat dieses „Greencard-Potential“<sup>102</sup> nicht nutzt und die meisten akademischen Abschlüsse nicht anerkennt, so dass die Wahrscheinlichkeit, einen der Ausbildung entsprechenden Job zu finden, sehr gering ist. Bedingt durch die

---

<sup>96</sup> Vgl. Kessler (1997), S. 40, 42. Tabelle mit den Erwartungen der Russen s. Schoeps/Jasper/Vogt (1999), S. 53.

<sup>97</sup> Vgl. DOOMERNIK, Jeroen (1995): Soviet Jewish Immigrants in Berlin and their Strategies of Adaption to German Society, In: CLAUSEN, Lars (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995. Frankfurt u. a. 1995, S. 413-426; S. 424.

<sup>98</sup> Die einzelnen Zahlen variieren zwar von Studie zu Studie, gehen aber allesamt von hohen Akademikeranteilen unter den jüdischen Kontingentflüchtlingen aus. So spricht Kessler z. B. davon, dass 68 % der von ihr befragten Zuwanderer eine akademische Ausbildung haben. Vgl. Kessler (1997), S. 41. Tchernina u. a. sprechen in ihrer Studie von 83,3% Zuwanderern mit einem Hochschulabschluss. Vgl. Tchernina/Tchenin (2004), S. 210. In der Studie von Schoeps u. a. ist von 71,2% der Befragten mit Hochschulabschluss die Rede. Vgl. Schoeps/Jasper/Vogt (1996), S. 42.

<sup>99</sup> Eine Übersicht über die Berufsstruktur russischer Juden findet sich bei Tress (1998), S. 128.

<sup>100</sup> Vgl. Kessler (1997), S. 41. Auch hier unterscheiden sich die Durchschnittszahlen in den diversen Studien nur marginal voneinander. So sprechen z. B. Schoeps u. a. von einem Durchschnittsalter von 42 Jahren. Vgl. Schoeps/Jasper/Vogt (1996), S. 37.

<sup>101</sup> Hierbei handelt es sich um Zahlen, bei denen informelle Erwerbstätigkeiten unberücksichtigt sind. Vgl. Kessler (1997), S. 43. Schoeps u. a. sprechen von einer Arbeitslosigkeitsquote von 48%. 60 bis 70% sind es ihren Ergebnissen nach, wenn man die „stille Reserve“ berücksichtigt. Vgl. Schoeps/Jasper/Vogt (1999), S. 66.

<sup>102</sup> S. Gruber/Rüßler (2002), S. 11.

Versorgungssicherheit durch den deutschen Staat ist es nur natürlich, dass die Anreize zur Arbeitssuche sinken. Einzelne Zuwanderer gehen illegalen Erwerbstätigkeiten nach oder suchen sich russischsprachige Arbeitgeber.<sup>103</sup> Auf der anderen Seite sind aber auch viele dazu bereit, in der Hoffnung ihren Arbeitsmarktwert zu verbessern, Praktika oder Umschulungen zu absolvieren. Zwischen 75 und 80 Prozent der Zuwanderer sind auf soziale Leistungen des Staates angewiesen, in Ostdeutschland liegt dieser Anteil sogar höher.<sup>104</sup>

Ein weiteres Problem stellen die mangelnden Deutschkenntnisse der Zuwanderer dar und die partiell kaum vorhandene Bereitschaft, diese zu erwerben. Die meisten Zuwanderer lesen russische Zeitungen, suchen russischsprachige Ärzte auf, sprechen auch in den jüdischen Gemeinden Russisch.<sup>105</sup> Studien ergeben, dass nur etwa 15 Prozent der Zuwanderer die deutsche Sprache beherrschen.<sup>106</sup> Hieraus resultiert die Tatsache, dass sie oft nur geringen Kontakt zu Deutschen haben, es findet also kaum soziale Integration statt.<sup>107</sup> Die Interaktion mit Deutschen findet meist unter formellen Voraussetzungen statt, also z. B. in Ämtern; dabei werden die deutschen Beamten von den Zuwanderern als unfreundlich, bürokratisch und restriktiv charakterisiert.<sup>108</sup> Es entstehen russische Kulturenklaven, so genannte „Russian Mini States“<sup>109</sup>, die zu einer Abschottung von deutschem Leben führen. Mit dieser sprachlichen und sozialen Isolation gehen ein hoher Statusverlust und als dessen Konsequenz psychologische Probleme einher.<sup>110</sup> Wie andere Migranten geben die Kontingentflüchtlinge ihre Heimat auf, finden in Deutschland aber nicht zwangsläufig eine neue. Ein Beleg hierfür sind die von 45,4 Prozent der Zuwanderer geäußerten Zweifel daran, ob Deutschland das richtige Land für ihre Kinder sei.<sup>111</sup>

Problematisch gestaltet sich auch das Zusammenleben in den jüdischen Gemeinden. Da Judentum in der ehemaligen Sowjetunion nicht als Religion, sondern als Nationalität galt,

---

<sup>103</sup> Tress spricht davon, dass etwa 60% der russisch-jüdischen Zuwanderer auf Schwarzarbeit angewiesen sind. Vgl. Tress (1998), S. 131. Die meisten arbeiten dabei als Küchenhilfen oder Reinigungskräfte.

<sup>104</sup> Vgl. Schoeps/Jasper/Vogt (1999), S. 68.

<sup>105</sup> Vgl. GLADILINA, Nataliya/BROVKINE Vadim (2005): Sprache und Identität jüdischer Immigranten in Deutschland, In: SCHOEPS, Julius H. u. a. (Hrsg.): Russische Juden und transnationale Diaspora. (Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 2004), Berlin u. a. 2005, S. 151-182; S. 167f. Gladilina u. a. führen diese Unwilligkeit, die deutsche Sprache zu lernen, darauf zurück, dass die Zuwanderer durch die Auswanderung einen enormen sozialen Abstieg erfahren mussten. In der russischen Sprache spüren sie keinen Anpassungsdruck, können ihren Gedanken in einer gewählten Sprache Ausdruck geben und fühlen sich wertvoller.

<sup>106</sup> Vgl. Dietz (2000), S. 648.

<sup>107</sup> Nach Dietz finden 70% der jüdischen Kontingentflüchtlinge ihren Umgang mit Deutschen unangenehm. Vgl. Dietz (2000), S. 648. Zu Konsequenzen dieser mangelnden Interaktion mit Deutschen schreiben Schoeps u. a.: „Die Motivation, sich in die deutsche Gesellschaft einzugliedern und einzubringen, geht in Ermangelung von Erfolgserlebnissen in zahlreichen Fällen in eine Haltung über, die zwischen einem pragmatischen „Sich-in-die-widrigen-Umstände-fügen“ und einem resignierten Rückzug schwankt.“ Vgl. Schoeps/Jasper/Vogt (1999), S. 82.

<sup>108</sup> Vgl. Kessler (1997), S. 44. Der deutschen Bevölkerung im Allgemeinen sprechen die Kontingentflüchtlinge Eigenschaften wie „humorlos“ und „arrogant“ zu. S. ebd., S. 45.

<sup>109</sup> S. Schoeps (2004), S. 127.

<sup>110</sup> Schoeps u. a. sprechen von einer doppelten Isolation: „zum einen in Wohnheimen, wo man unter sich lebt und in der Regel Russisch spricht, zum anderen in schwachen jüdischen Gemeinschaften, die nicht automatisch integrativ sind.“ S. Schoeps/Jasper/Vogt (1996), S. 21.

<sup>111</sup> Vgl. Tchernina/Tchernin (2004), S. 229.

und Religionsausübung vom sozialistischen Regime verhöhnt wurde, praktizierten die meisten Zuwanderer die jüdische Religion nicht und bringen höchstens kulturelles Wissen über das Judentum mit.<sup>112</sup> Hinzu kommt die Tatsache, dass ein Teil der Zuwanderer gar nicht jüdisch ist und somit noch weniger über das Judentum weiß. Dazu gehören einerseits nichtjüdische Familienangehörige, andererseits aber auch die so genannten „Fälscher“, die sich die jüdische Zugehörigkeit in der ehemaligen Sowjetunion „gekauft“ haben.<sup>113</sup> Die alteingesessenen Gemeindemitglieder belächeln einerseits oft das so genannte „Küchenjudentum“ der Zuwanderer, andererseits werfen sie ihnen vor, die Gemeinden zu „russifizieren“. Dieser Vorwurf bezieht sich z. B. auf die Tatsache, dass viele Veranstaltungen in den jüdischen Gemeinden in russischer Sprache abgehalten werden. Die Gemeinden sind mit den unerwarteten Strömen von Kontingentflüchtlingen überfordert, eine Minderheit hat plötzlich die Aufgabe, eine Mehrheit zu integrieren. Zu Konflikten zwischen Alteingesessenen – zu einem Großteil Holocaust-Überlebende und deren Nachfahren – und Neueinwanderern führt auch die Tatsache, dass ältere Zuwanderer, die den Zweiten Weltkrieg miterlebt haben, sich oft als Sieger dieses sehen und daher auch kein Opfer-Täter-Verhältnis zu Deutschen entwickelt haben.<sup>114</sup> Den russischen Juden wird also vorgeworfen, sie sähen die Gemeinden nur als soziale Anlaufstellen und russische Kulturclubs.<sup>115</sup>

Auf der anderen Seite widerstrebt es den Zuwanderern, dass sie sowohl in den Gemeinden als auch von den deutschen Behörden als Russen betrachtet werden. Sie, die in der Sowjetunion als Juden galten und ob dieser Tatsache diskriminiert worden sind, werden hierzulande als Russen klassifiziert.<sup>116</sup> Für viele findet in Deutschland eine Rückbesinnung auf die jüdische Religion statt.<sup>117</sup> Laut Becker existiert weiterhin das Problem der Erwartungen der deutschen Öffentlichkeit an die Zuwanderer: Jüdische Kontingentflüchtlinge (wobei die Betonung auf dem Begriff „Flüchtlinge“ liegt) sollten folgendermaßen sein:

---

<sup>112</sup> In der Studie von Schoeps u. a. gaben nur 3,9% der Befragten an, im Herkunftsland regelmäßig die Synagoge besucht zu haben. 64,4% sagten aus, niemals eine Synagoge betreten zu haben. Vgl. Schoeps/Jasper/Vogt (1996), S. 146. Nur 22% fühlen eine starke jüdische Identität. Vgl. Doomernik (1995), S. 417.

<sup>113</sup> In der Studie von Doomernik konnten 20% der befragten Kontingentflüchtlinge ihre Zugehörigkeit zum Judentum nicht nachweisen. Vgl. Doomernik (1997), S. 83. Der Fälschungsdebatte widmet sich Abschnitt 5.2.

<sup>114</sup> Hess u. a. beschreiben das Verhältnis der alteingesessenen Juden zu Deutschland folgendermaßen: „Das der Alteingesessenen ist gekennzeichnet vom Zwiespalt zwischen einem unabdingbaren, aus der faschistischen Vorvergangenheit begründeten Belastungsvorbehalt und bisweilen nahezu selbstverständlichen Teilhabe an der Gestaltung Deutschlands.“ S. Hess/Kranz (2000), S. 116.

<sup>115</sup> Vgl. Bodemann (1993), S. 290; Dietz (2000), S. 648; Tress (1998), S. 125. Studien zeigen, dass Kontingentflüchtlinge, die jüdische Gemeinden aufsuchen, mehr soziale Kontakte haben als Russen ohne Gemeindemitgliedschaft. Vgl. Schoeps/Jasper/Vogt (1996), S. 131f.

<sup>116</sup> Sehr deutlich macht diesen Sachverhalt der Buchtitel von Irene Runge: „Ich bin kein Russe.“ Darin zitiert sie einen Kontingentflüchtling mit folgender Aussage: „Zuhause waren wir immer die Juden. Hier in Deutschland sind wir Russen. Aber ich bin kein Russe.“ S. Runge (1995), S. 118.

<sup>117</sup> Dafür spricht u. a. die Tatsache, dass 13,3% der russischen Juden einmal wöchentlich eine Synagoge besuchen und 42,9% sich zumindest als „schwach religiös“ einschätzen. Vgl. Schoeps/Jasper/Vogt (1996), S. 147, 149.

„[...] highly educated and highly skilled, religious but not orthodox, or at least prepared to observe Jewish traditions again, poor and willing to integrate, largely without any ties to his land of origin, modest and grateful for the assistance given by the new society, and, above all, someone who had emigrated because of anti-Semitic persecution and knew about the Holocaust or had even experienced it personally“<sup>118</sup>.

Diesem Bild des „Musterjuden“<sup>119</sup> widersprechen aber die ökonomischen Auswanderungsmotive, die „Pendeleinwanderer“ (manche Zuwanderer fahren immer wieder in die alte Heimat) oder die fehlende Religiosität vieler Juden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Einwanderung von russischen Juden sich keinesfalls unproblematisch gestaltet, auch wenn sie zweifellos zu einer Renaissance des jüdischen Lebens in Deutschland geführt hat.

---

<sup>118</sup> S. Becker (2003), S. 23.

<sup>119</sup> S. Schoeps/Jasper/Vogt (1999), S. 31.



## 4. Die Diskussion um die Aufnahme der russischen Juden

In diesem Abschnitt sollen die Diskussionen um eine mögliche Aufnahme der Juden aus der Sowjetunion in den Jahren 1990 – 1991 sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik analysiert werden. In Bezug auf die Debatte in der DDR wird dabei hauptsächlich auf qualitative, halbstrukturierte Interviews mit den Verantwortlichen der damaligen DDR-Regierung zurückgegriffen. Des Weiteren werden für die Bundesrepublik die Bundestagsdebatten ausgewertet. Im zweiten Teilabschnitt wird die Reaktion der Medien auf den Vorschlag, Juden aus der Sowjetunion aufzunehmen, untersucht.

### 4.1. Die Debatte in der Politik

Man kann feststellen, dass die politische Debatte um die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge zwei Mal stattgefunden hat: Einmal in der DDR und einmal im wiedervereinigten Deutschland. Dabei ist die Diskussion in der DDR vor allem im Zusammenhang mit der sich damals überstürzenden Situation zu sehen: Der real existierende Sozialismus war zusammengebrochen, die erste frei gewählte Volkskammer wollte mit dem Geschichtsbild der DDR aufräumen und sich zur deutschen Geschichte des Nationalsozialismus bekennen. Die Ankunft der Juden, die Ende 1989 und Anfang 1990 mit Touristenvisa in die DDR eingereist waren, kam also zu einem günstigen Zeitpunkt. Die damalige Ausländerbeauftragte der DDR Almuth Berger sagt dazu: „Schon am Runden Tisch, in der Arbeitsgruppe Ausländer, haben wir über die sowjetischen Juden diskutiert und haben festgestellt, es gibt eine dringende Situation, und wir sind der Meinung, dass die DDR sich da auch zu ihrer Verantwortung bekennen muss. Wir haben dann erreicht, dass in der ersten frei gewählten Volkskammer eine Erklärung abgegeben worden ist, in der sich die Abgeordneten zu ihrer Verantwortung bekannt haben.“<sup>120</sup> Und auch der letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, verweist auf den Wandel im Umgang mit der Geschichte und spricht von einem Gefühl, „wir müssen unsere Position in Ordnung bringen, wir können nicht weiterleben mit diesen Lügen der DDR-Geschichte“<sup>121</sup>. Zu einer politischen Entscheidung drängte auch die damalige Situation: Die sowjetischen Juden reisten in immer höheren Zahlen ein und übernachteten teilweise auf den Bahnhöfen Lichtenberg und Ostbahnhof.<sup>122</sup>

Während sich also die zuständigen Politiker darüber einig waren<sup>123</sup>, dass sie den russischen Juden Aufenthaltsgenehmigungen gewähren wollten, war diese Entscheidung –

---

<sup>120</sup> S. Interview mit Almuth Berger (28.07.2006), Ausländerbeauftragte der letzten DDR-Regierung, 28.07.2006.

<sup>121</sup> S. Interview mit Dr. Lothar de Maizière (03.08.2006), letzter Ministerpräsident der DDR, 03.08.2006.

<sup>122</sup> Vgl. ebd. Er erklärt weiterhin zur Dringlichkeit des Problems: „Es traten auch schwierige Zustände ein, was die Versorgung von den Menschen anbelangte, so dass dann mein Kabinett damit befasst wurde.“

<sup>123</sup> Laut Lothar de Maizière und Almuth Berger stimmten zwar nicht alle Abgeordneten der Aufnahmeregelung zu; dies habe aber vor allem daran gelegen, dass viele Ostdeutsche so gut wie gar nichts über Juden wussten. Vgl. Interview mit Almuth Berger (28.07.2006); Interview mit Dr. Lothar de Maizière (03.08.2006).

genauso wie später in der Bundesrepublik – aus diplomatischen Gründen problematisch. Auf der einen Seite stand die Sowjetunion, das sozialistische Partnerland, mit dem man über die 2+4-Verträge verhandelte. Da man die Beziehungen zum „großen Bruder“ nicht gefährden wollte, musste man davon absehen, die russischen Juden als Flüchtlinge zu kategorisieren. Laut Lothar de Maizière wurde dieses Problem jedoch auf einer anderen Ebene gelöst:

„Ich weiß, dass es auf der unteren Ebene Absprachen mit der Sowjetunion gegeben hat, die in etwa so lauteten: Wenn es geräuschlos passiert, dann kann es passieren. Und wenn ihr also nicht behauptet, die Juden würden in der Sowjetunion gequält und geknechtet, sondern wenn sie gehen wollen, weil sie sich da wohler fühlen, dann bitte schön. Deshalb haben wir die Asylfrage nicht erneut in die Volkskammer gebracht und damit in die große Öffentlichkeit, sondern haben sie durch einen Ministerratsbeschluss vom 11. Juli beschlossen.“<sup>124</sup>

Auf der anderen Seite stand die israelische Regierung, die verlangt hatte, dass Juden nach Israel und nicht in andere Länder, schon gar nicht nach Deutschland, einwandern sollten. Die Bitte, sowjetische Juden aus Deutschland auszuweisen, wurde jedoch abgewiesen. Lothar de Maizière erklärt zur deutschen Verantwortung gegenüber Juden: „Wenn Juden in Deutschland um Asyl bitten, oder um Aufenthalt bitten, dann sind wir Deutschen die Letzten, die das Recht haben, sie weg zu schieben.“<sup>125</sup>

In der Öffentlichkeit wurde die russisch-jüdische Zuwanderung kaum diskutiert oder wahrgenommen, weil dies alles in einer politisch aufgeladenen und aufregenden Zeit passierte, in der andere Probleme dringlicher schienen. Laut Lothar de Maizière wurden die Neuankömmlinge vor allem als Ausländer und Osteuropäer wahrgenommen und nicht als Juden.<sup>126</sup> Berger, die einige Flüchtlinge persönlich kennen gelernt hat, erzählt:

„Ich habe Menschen erlebt, die ihre Geschichten erzählt haben. Das waren zu Anfang Menschen, die in der Sowjetunion Diskriminierung erlebten, die Beschimpfungen, Angriffe erlebten, Drohbriefe in ihren Briefkästen fanden usw. Außerdem war für uns deutlich: Sie waren zum Großteil gut ausgebildete Leute, Künstler, Akademiker.“<sup>127</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die großzügige und für die DDR ungewöhnliche Regelung für die russisch-jüdischen Flüchtlinge ihren Ursprung in der damals stattfindenden Auseinandersetzung der DDR mit der deutschen Geschichte hatte. Mit dieser Aufnahme-

---

<sup>124</sup> S. Interview mit Dr. Lothar de Maizière (03.08.2006).

<sup>125</sup> S. ebd.. Seiner Meinung nach zeigten sich auch die jüdischen Gemeinden anfangs nicht gerade begeistert von der Zuwanderung, weil sie sich dem israelischen Druck beugten.

<sup>126</sup> Vgl. ebd. Er erklärt darin wörtlich: „Ich glaube, für den Großteil der Bevölkerung waren da in der DDR einfach Ausländer. Und die sprachen dann eben Russisch. Insofern war es für uns schon schwierig zu sagen, da gibt es Unterschiede bei denen, die zu uns kommen.“

<sup>127</sup> S. Interview mit Almuth Berger (28.07.2006).

regelung konnte die neu gewählte Regierung unter Beweis stellen, dass sie den Worten über das Bekennen zur deutschen Geschichte auch Taten folgen ließ.

Nach der Wiedervereinigung stand die Bundesrepublik vor demselben Problem: Sie musste – vor dem Hintergrund der deutsch-israelischen und der deutsch-sowjetischen Beziehungen – einen Weg finden, mit der DDR-Regelung umzugehen. Nachdem die von der DDR-Regierung angestrebte Übernahme der Aufnahmeregelung in den Einigungsvertrag gescheitert war, setzten sich vor allem die Staatsminister der DDR dafür ein, die Aufnahme der russischen Juden auch im wiedervereinigten Deutschland fortzusetzen.<sup>128</sup> Auch die jüdische Seite hatte bereits im Vorfeld gehofft, dass die Bundesrepublik die Bestimmungen der DDR übernehmen würde. So erklärt der damalige juristische Berater des Zentralrats der Juden Axel Azzola, er habe zu den Verantwortlichen auf der jüdischen Seite gesagt: „Keine deutsche Behörde wird sich trauen, eine von einer deutschen Behörde in der DDR ausgestellte Aufenthaltsgenehmigung für einen Juden zurückzunehmen. Eine Regelung in der DDR ist genauso gut wie eine in der BRD, sie ist nur vorgezogen.“<sup>129</sup>

Die Bundestagssitzung vom 25. Oktober 1990 zum Thema Aufnahme sowjetischer Juden in Deutschland war von einer ungewohnten Einigkeit der Politiker aller Parteilinien bestimmt. In den moralisch aufgeladenen Reden der Bundestagsabgeordneten zeigte sich deutlich, dass die Politiker in dem zu treffenden Beschluss über die Zukunft der Flüchtlinge eine Art Prüfstein für das neue Deutschland sahen.<sup>130</sup> Dabei spielte auch der Gedanke an internationale Reaktionen auf eine solche Geste eine Rolle. So sagte der Grünen-Politiker Dietrich Wetzel: „Diese Antwort wird auch international als Auskunft darüber verstanden werden, inwieweit die Vorbehalte und Ängste vor dem neuen Deutschland berechtigt sind.“<sup>131</sup> Als wichtiges Argument diente in der Debatte die Erinnerung an die historisch bedingte Verantwortung und an die Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland vor dem Nationalsozialismus.<sup>132</sup> Dabei haben vor allem die Grünen betont, dass dieser Akt nicht als Wiedergutmachung zu sehen sei, denn eine Wiedergutmachung des Geschehenen könne es nicht geben.<sup>133</sup> Als Antwort auf die kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom

---

<sup>128</sup> Vgl. Interview mit Dr. Lothar de Maizière (03.08.2006). Die letztendlich gefundene Regelung kommentiert der ehemalige Ministerpräsident mit den Worten: „Diese Regelung war viel großzügiger als die bisherigen Regelungen der Bundesrepublik, aber nicht so großzügig wie die der DDR.“

<sup>129</sup> S. Interview mit Prof. Dr. Axel Azzola (03.08.2006), juristischer Berater des Zentralrats der Juden in Deutschland, 03.08.2006.

<sup>130</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (25.10.1990): 11. Wahlperiode, 231. Sitzung, 25.10.1990; S. 18360. So spricht z. B. der Grünen-Politiker Dietrich Wetzel davon, dass Deutschland mit dem Einreisestopp für sowjetische Juden den Eindruck erwecke, man wolle einen „judenreinen“ Staat herstellen.

<sup>131</sup> S. ebd.

<sup>132</sup> Dies wiederholte Dietrich Wetzel von den Grünen, Peter Glotz von der SPD, Burkhard Hirsch von der FDP, Ingrid Bittner von der PDS sowie Johannes Gerster von der CDU/CSU.

<sup>133</sup> Vgl. ebd.

25.10.1990, ob sich die Bundesregierung aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Verantwortung gegenüber sowjetischen Juden sieht<sup>134</sup>, hieß es:

„Die Bundesregierung ist sich der historischen Verantwortung Deutschlands für die Verbrechen des Nationalsozialismus bewußt. Sie steht dem Wunsch sowjetischer Juden, auch in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Heimat zu gründen, daher im Grundsatz aufgeschlossen gegenüber.“<sup>135</sup>

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei und die Aufnahmeregelungen mit dieser Tatsache übereinstimmen müssten.

Erinnert wurde in der Debatte auch immer wieder an antisemitische Überfälle in der Sowjetunion. Die SPD verlangte jedoch hier Vorsicht bei der Formulierung: „Wir sollten nämlich nicht den Eindruck erwecken, als ob die Perestroika für Nationalismus oder Antisemitismus verantwortlich wäre.“<sup>136</sup> Einig war man sich auch darüber, dass die Aufnahme sowjetischer Juden keinesfalls als Affront gegen Israel angesehen werden sollte. Gleichzeitig wollte man aufpassen, dass keine Konkurrenzsituation zu Israel entstand.

Die FDP machte darauf aufmerksam, dass eine polemische Diskussion in der Öffentlichkeit bei diesem Thema unbedingt zu vermeiden sei.<sup>137</sup> Auch andere Parteien zeigen Angst vor einer öffentlichen Debatte. So sagte Dietrich Gerster von der CDU/CSU: „Ich glaube, daß dieses Thema weder geeignet ist, in den Wahlkampf gezogen zu werden, noch geeignet ist, mit großem Geräusch behandelt zu werden.“<sup>138</sup> Alle Politiker machten außerdem darauf aufmerksam, dass es besonders wichtig sei, geeignete Unterkünfte für die jüdischen Zuwanderer zu finden, um nicht in die Verlegenheit kommen zu müssen, sie in lagerähnlichen Wohnheimen unterzubringen. Parteiübergreifend wurde auch Freude darüber geäußert, dass die jüdischen Gemeinden wieder erstarken würden.

Anfangs äußerten sich Politiker aller Parteien positiv und geradezu euphorisch über den Gedanken, dass Juden aus der Sowjetunion nach Deutschland einwandern wollten: Mit deren Aufnahme konnte man sich selbst und der Welt beweisen, wie viel sich in Deutschland verändert hatte. Zu diesem Zeitpunkt wurden die Neuankömmlinge dabei als Juden und keinesfalls als Russen wahrgenommen. Dabei scheinen sich die Politiker in ihrer Freude kaum Gedanken darüber gemacht zu haben, wie diese Gruppe der Einreisenden aussehen würde und wie man sie bei der Integration unterstützen könnte.

---

<sup>134</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (1990a): 11. Wahlperiode. Drucksache 11/8315. Bonn 1990; S. 1f.

<sup>135</sup> S. Deutscher Bundestag (1990b): 11. Wahlperiode. Drucksache 11/8439. Bonn 1990; S. 2.

<sup>136</sup> S. Deutscher Bundestag (25.10.1990), S. 18361.

<sup>137</sup> Vgl. ebd., S. 18362.

<sup>138</sup> S. ebd., S. 18363.

## 4.2. Die Debatte in den Medien

Das erste Mal wird in den Medien der Bundesrepublik ausführlich über die Einreise der sowjetischen Juden im Zusammenhang mit dem von Bonn verhängten Einreisestopp für diese berichtet.<sup>139</sup> Auch nach den Bundestagsdebatten zu diesem Thema berichten die Medien meist kommentarlos darüber – dabei fällt auf, dass die überraschende Nachricht aus Sicht der Journalisten nicht die Tatsache zu sein scheint, dass sowjetische Juden aufgenommen werden sollen, sondern, dass die Parteien sich alle darüber einig waren.<sup>140</sup> Interessant bei der politischen Debatte ist auch, dass aus den zuständigen Kreisen damals das Gerücht verbreitet wird, 10.000 sowjetische Juden hätten einen Aufnahmeantrag gestellt. Dieses wird von den Medien zuerst ohne Recherchen über<sup>141</sup> und später zurückgenommen<sup>142</sup>.

Bei der Lektüre der ersten Reportagen über die russischen Juden fällt auf, dass viel Wert darauf gelegt wird, sie als hoch gebildete, aus urbanen Gegenden stammende Flüchtlinge zu beschreiben, die vor dem Antisemitismus geflohen sind: Wann immer einzelne Personen beschrieben werden, wird auf ihre Vergangenheit eingegangen – sowohl auf die berufliche, als auch auf ihre persönlichen Erfahrungen mit antisemitischen Vorfällen.<sup>143</sup> Die meisten berichten dabei von zunehmenden, täglichen Übergriffen als Gegensatz zum staatlichen Antisemitismus, an den man sich bereits gewöhnt hatte.<sup>144</sup> In diesem Zusammenhang wird den Zuwanderern auch oft die Frage gestellt, warum sie nicht nach Israel ausgewandert waren. Die Zuwanderer betonen auf diese Frage hin, sie hielten Deutschland für ein Zentrum europäischer Kultur.<sup>145</sup> Es wird des Weiteren darauf aufmerksam gemacht, was für große Umstellungen die Einwanderer auf sich nehmen mussten, wenn der Tagesspiegel z. B. von „Wunden“<sup>146</sup> spricht, die die Emigration verursache. Die Zuwanderer werden dennoch mit Aussagen zitiert, wie dankbar sie Deutschland seien. Nur zögernd wird am Anfang darauf hingewiesen, dass die meisten der Zuwanderer nichts über die jüdische Religion wüssten.

---

<sup>139</sup> Dies geschah jedoch nur in Form kurzer Nachrichten. Vgl. Bonn bremst Einreise von Juden aus der Sowjetunion (14.09.1990); Bonn will Einreise von Juden aus der Sowjetunion stoppen (13.09.1990). Nur die *tageszeitung* kommentiert diese Entwicklung, indem sie darauf aufmerksam macht, dass Politiker zwar jederzeit bereit seien, in ihren öffentlichen Reden an das deutsch-jüdische Erbe zu erinnern, aber den Worten nicht Taten folgen lassen. Vgl. Bodemann (14.09.1990).

<sup>140</sup> Vgl. DPA/AP (01.11.1990); Bundesrepublik bereit zur Aufnahme von Juden aus der UdSSR (26.10.1990).

<sup>141</sup> Vgl. u. a. AP (05.12.1990); Bundesrepublik bereit zur Aufnahme von Juden aus der UdSSR (26.10.1990).

<sup>142</sup> Vgl. Stoop (06.12.1990).

<sup>143</sup> Vgl. u. a. „Geht doch nach Israel“ (05.03.1990); Kugler (17.07.1990); Kugler (01.10.1990); Wegen Pogromstimmung nach Deutschland geflüchtet (14.10.1990); Stoop (06.12.1990).

<sup>144</sup> Vgl. u. a. Binder (12.01.1991); „Geht doch nach Israel“ (05.03.1990); Stoop (05.12.1990).

<sup>145</sup> Auch eine Sozialarbeiterin erzählt von der Begeisterung der sowjetischen Juden von Deutschland, wenn sie sie beschreibt. Vgl. Binder (12.01.1991).

<sup>146</sup> S. Stoop (06.12.1990).

Kritisch wird in dieser Zeit angemerkt, dass das Bonner Innenministerium sich nicht entscheiden konnte, wie man mit den Neuankömmlingen umgehen sollte – dabei entsteht das Bild von bedauernswerten Einwanderern, die in unverdienter Ungewissheit auf eine Antwort warten müssten.<sup>147</sup> In Bezug auf den Umgang mit den Neuankömmlingen schreibt der Tagesspiegel, die sowjetische Botschaft würde die Juden bei den Gemeinden „abliefern“; diese wiederum seien mit der Aufnahme überfordert. Die deutschen Behörden wiederum würden aufgrund fehlender Regelungen anfangs unverständliche Entscheidungen treffen, als Beispiel kann die Beschreibung folgender Familie gelten: „Der Vater erhielt eine Aufenthaltserlaubnis für vier Wochen, die Mutter für fünf Jahre, die Tochter für sechs und der Sohn für drei Monate.“<sup>148</sup> Auch die Tatsache, dass sich die Beratungsstelle für die ankommenden Juden im ehemaligen NS-Propagandaministerium befindet, wird kritisch angemerkt.<sup>149</sup> Zu den zahlreichen Kritikpunkten der Medien gehört auch die Regelung, dass die jüdischen Gemeinden entscheiden sollten, wer Jude ist. Dazu schreibt die *taz*: „Dieses Bescheinungswesen, ausgehandelt durch die ‚Vereinbarung‘ ist ein Unding, denn die Jüdische Gemeinde ist keine säkulare Institution und nicht alle Juden sind religiös.“<sup>150</sup>

Im Gegensatz zum Bild der bedauernswerten und gebildeten Flüchtlinge steht die Beschreibung im Tagesspiegel: „Auf dem Parkplatz von Hessenwinkel stehen die Autos der Neuankömmlinge, darunter große Limousinen. Wenn die Fernsehteams aus aller Welt anrücken, für die diese Flüchtlinge derzeit ein großes Thema sind, fahren die Leute sie hinter das Haus, weil sie nicht ins Bild passen, erzählt ein junger Mitarbeiter [...].“<sup>151</sup> Dieser Text ist wohl mit dem Streben der Medien zu erklären, kritisch und hinterfragend zu berichten.<sup>152</sup>

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Medien Anfang der 90er die Bonner Regierung ob ihrer Handlungslosigkeit kritisieren. Gleichzeitig werden viele Reportagen aus den Übergangwohnheimen veröffentlicht, die Kontingentflüchtlinge werden häufig interviewt, so dass die Sicht der Neuankömmlinge dargestellt wird.<sup>153</sup> Die Zuwanderer erscheinen als gebildete, kulturell interessierte Juden (wobei die Betonung auf dem Wort „Juden“ liegt),

---

<sup>147</sup> Vgl. u. a. „Geht doch nach Israel“ (05.03.1990); Wegen Pogromstimmung nach Deutschland geflüchtet (14.10.1990). Der Tagesspiegel zitiert hierbei einen Anwalt, der von einer „Aufschiebung der Abschiebung“ spricht. S. Stoop (06.12.1990).

<sup>148</sup> Vgl. ebd.

<sup>149</sup> Vgl. „Geht doch nach Israel“ (05.03.1990).

<sup>150</sup> S. Kugler (02.06.1990).

<sup>151</sup> S. Binder (12.01.1991). Weitere Kritik übte die *tageszeitung* bereits 1989 an der Regierung, als die Bundesstaatsanwaltschaft gegen jüdische Aussiedler wegen Verdacht auf Urkundefälschung ermittelte: „Dieser Tatbestand ist an sich schon ungeheuerlich. Noch ungeheuerlicher aber ist seine ‚Begründung‘.“ S. Oesterle-Schwerin (27.04.1989).

<sup>152</sup> Am besten wird dies deutlich aus den Worten einer Journalistin, die eine Reportage über die russischen Juden in Ich-Form veröffentlichte: „Ich soll für unsere nächste Sendung, ein politisches Magazin, einen Bericht über die Situation sowjetischer Juden in Deutschland machen, einen *kritischen* natürlich.“ Die Autorin berichtet, dass die Journalisten nach einer mediengerechten jüdischen Familie für ihre Artikel suchen. S. Stamer (11.06.1991).

<sup>153</sup> Ein Beispiel ist die Berichterstattung der *tageszeitung*, die 1991 Porträts von russischen Juden veröffentlichte. Stellvertretend für die vielen Reportagen soll hier auf den Artikel von Kugler (08.06.1991) verwiesen werden.

die – wenn die Regierung sich endlich zu ihrer Rettung bequemen würde – zu einer neuen jüdischen Kultur beitragen würden, so implizieren die Medien.

## 5. Russische Juden in den deutschen Medien 1992 – 2006

Das Thema Kontingentflüchtlinge kommt in den deutschen Medien immer wieder auf, meist in Wellen. Bestimmte Ereignisse und Diskussionen, wie z. B. antisemitische Vorfälle, wiederholte Forderungen von Politikern nach Zuzugsbeschränkungen oder die Debatte um Fälschungen unter den Juden, ziehen eine verstärkte Berichterstattung nach sich. Nachdem auf die bereits vorhandenen Untersuchungen zum Thema russische Juden in den Medien eingegangen wird, sollen in diesem Abschnitt die Berichte der Frankfurter Rundschau, der Süddeutschen Zeitung, des Tagesspiegel, der *tageszeitung* sowie der Magazine Spiegel und Focus auf ihr Bild von den Kontingentflüchtlingen hin untersucht werden. Im letzten Teilabschnitt werden die nach Themen unterteilten Ergebnisse zusammengefasst.

### 5.1. Medienuntersuchungen zu russischen Juden

In der Forschung existieren kaum Studien, die sich mit dem Bild der russischen Juden in deutschen Medien beschäftigen. Einige Autoren, vor allem Becker und Körber, gehen in ihren Werken jedoch auf dieses Thema ein.<sup>154</sup> Dabei konstatieren beide einen Wandel in der Berichterstattung im Laufe der Jahre. So sei das Bild der russischen Juden zu Beginn der 90er vor allem positiv gewesen, die Kontingentflüchtlinge würden „als kulturell gebildete, akademisch geschulte Gruppe geschildert, die einem urbanen Milieu entstammt“<sup>155</sup>. Besonderen Wert legten die Medien auf die hohe Bildung der Zuwanderer, – damit werden laut Körber nicht nur die Emigranten, sondern auch das Aufnahmeland Deutschland aufgewertet.<sup>156</sup> Die russischen Juden erscheinen als ideale Flüchtlingsgruppe. Gleichzeitig werde in den Medien betont, dass die russischen Juden nach Deutschland geflohen sind, also ihren beruflichen Status und Wohlstand hinter sich lassen, um in Deutschland zu leben. Dadurch entstehe ein Entwurf der russischen Juden als Opfer.<sup>157</sup>

Das Bild des gebildeten jüdischen Flüchtlings wird Mitte der 90er Jahre jedoch revidiert. Becker spricht von einer Enttabuisierung der Zuwanderung ab Mitte der 90er Jahre, als zunehmend Berichte über Dokumentenfälschungen unter russischen Juden und Konflikte in jüdischen Gemeinden erscheinen.<sup>158</sup> Damit impliziert sie, es gäbe in Deutschland das

---

<sup>154</sup> Beide analysieren eine systematische Pressesammlung des Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, die etwa 500 Zeitschriften- und Zeitungsartikel zum Thema Einwanderung der russischen Juden nach Deutschland umfasst. Vgl. Körber (2005), S. 60.

<sup>155</sup> S. Körber (2005), S. 65.

<sup>156</sup> S. ebd.

<sup>157</sup> Vgl. Körber (2005), S. 66. Becker stellt die These auf, dass dieser Entwurf der jüdischen Einwanderer als Opfer die Beziehung zwischen ihnen und den Deutschen normiert. Der asymmetrische Entwurf sieht vor, dass die einen Schutz suchen, und die anderen eben diesen geben können. Vgl. Becker (2001), S. 53, 63.

<sup>158</sup> Vgl. Becker (2001), S. 78f. Körber schreibt dazu: „An die Stelle der medientauglichen Künstler und Professoren tritt der Typus des osteuropäischen Ingenieurs, der auf dem deutschen Arbeitsmarkt bald als ‚schwer vermittelbar‘ gilt.“ S. Körber (2005), S. 66.



Tabu, Juden aufgrund der Geschichte nicht kritisieren zu dürfen. Mit der Zeit würden die russischen Juden in den Medien als belastend für die deutsche Gesellschaft dargestellt. Damit gehe eine Gleichsetzung der Kontingentflüchtlinge mit Russen und damit ihre Darstellung als „Homo Sovieticus“ einher:

„Sie sind Russen geworden, wobei das Russenbild nicht nur als Synonym mangelnder Integrationsfähigkeit in die Standards der Leistungsgesellschaft und ihrer sozialen Normen fungiert, sondern auch mit mafiösen und damit gefährlichen Strukturen identifiziert wird.“<sup>159</sup>

Mit der Zeit werden also aus den kulturell interessierten, Deutschland bereichernden Juden „falsche“ Juden, die nicht ins Bild der Flüchtlinge passen und dem Zweck ihrer Einwanderung – der Wiederbelebung der jüdischen Gemeinden – nicht entsprechen können.<sup>160</sup>

Eine Untersuchung zum Thema Berichterstattung über russische Juden im deutschen Fernsehen hat Karl H. Müller-Sachse durchgeführt.<sup>161</sup> Im März und April 1993 überprüfte er die informierenden Angebote der Sender ARD, ZDF, RTL plus, SAT1, der dritten Programme und der Deutschen Welle auf Beiträge über russische Juden hin. Das Ergebnis der Studie war, dass in dem untersuchten Zeitraum insgesamt vier Sendungen und drei kurze Beiträge in Nachrichtensendungen ausgestrahlt worden waren, in denen russische Juden erwähnt wurden – meist im Zusammenhang mit prominenten Juden und deren Äußerungen oder bestimmten Ereignissen. Müller-Sachse erklärt dieses Ergebnis damit, dass Judentum ein kompliziertes, schwer zu erklärendes Thema sei, das zudem mit Informationsdefiziten und Berührungsängsten seitens der Zuschauer einherginge. Hinzu käme im Fall des Fernsehens der Mangel an Bildern zu diesem Thema. Der Autor stellt fest, dass russische Juden nur im Zusammenhang mit allgemeinen jüdischen Themen (meist handele es sich dabei um Antisemitismus, Verfolgungsgeschichte, Religion und Kultur) erwähnt und damit in eine Sonderrolle gedrängt würden. Seiner Ansicht nach gewinnen jüdische Themen mit der Zeit an Aufmerksamkeit, wofür er drei Gründe nennt: Erstens die Zunahme antisemitischer Straftaten, zweitens die Personalisierung jüdischer Personen in der Öffentlichkeit (z. B. Ignatz Bubis) und drittens die „Klezmerisierung“<sup>162</sup> des Judentums. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass die mediale Inszenierung des Judentums fern der Realität liege.

---

<sup>159</sup> S. Becker (2001), S. 72.

<sup>160</sup> Vgl. Becker (2001), S. 81f. Bei der Fälschungsdebatte macht Becker z. B. auf die Tatsache aufmerksam, dass in keinem Zeitungsartikel erwähnt wird, dass viele Kontingentflüchtlinge mit dem Kauf von Dokumenten auch versucht hätten, ihre jüdische Herkunft wieder zurück zu erlangen, die sie oder ihre Vorfahren aufgrund des staatlichen Antisemitismus in der Sowjetunion zu verstecken versucht haben. Vgl. Becker (2003), S. 24.

<sup>161</sup> Vgl. MÜLLER-SACHSE, Karl H. (1996): Wie selektiv ist die deutsche Fernsehöffentlichkeit? Zur Berichterstattung über russische Juden im März/April 1993, In: SCHOEPS, Julius H./JASPER, Willi /VOGT, Bernhard (Hrsg.): Russische Juden in Deutschland. Integration und Selbstbehauptung in einem fremden Land. Weinheim 1996, S. 340-352. Der folgende Absatz bezieht sich auf diesen Artikel.

<sup>162</sup> S. ebd., S. 351.

## 5.2. Die Fälschungsdebatte

Die Anfang der 90er eilig getroffene und umstrittene Regelung, Flüchtlinge, die ihre jüdische Identität nachweisen können, sowie deren Familienangehörige in die Bundesrepublik einreisen zu lassen, gab willigen Fälschern zahlreiche Möglichkeiten zum Betrug. Die Regelung per se beinhaltet bereits das Problem, dass teilweise mehrköpfige Familien einreisen dürfen, unter denen nur ein Familienangehöriger laut den religiösen jüdischen Gesetzen Jude ist. Hinzu kommt noch die strittige Frage, wie sich die jüdische Identität der Ausreisewilligen nachweisen lässt. Da Judentum in der Sowjetunion als Nationalität und nicht als Religion betrachtet wurde, wurde die Zugehörigkeit zum Judentum im Pass sowjetischer Bürger unter Punkt Fünf (Nationalität) festgehalten. Dieser so genannte „fünfte Punkt“ gilt als Nachweis für die deutschen Behörden. Weiterhin werden Geburtsurkunden akzeptiert, die ebenfalls die Nationalität der Eltern dokumentieren. Beide Nachweise ließen sich sowohl in den letzten Umbruchjahren der Sowjetunion als auch heute noch leicht erkaufen. Somit kamen einige Einwanderer nach Deutschland, die sich zwar als Juden auswiesen, de facto aber keinerlei Verbindungen zum Judentum hatten. Das Problem wurde durch die – aus der deutschen Geschichte resultierende – halbherzige Überprüfung der Einreisenden durch deutsche Beamte verschärft. Nach mehreren bekannt gewordenen Fälschungsfällen wurden die Kontrollen allerdings verstärkt.

Nachdem die kurze Euphorie der deutschen Medien angesichts des Erstarkens der jüdischen Gemeinden mithilfe der russischen Zuwanderer wieder vorüber war, und Fehler des Einreisensystems auffielen, wurden die Probleme zunehmend auch in Presseberichten thematisiert. Dazu gehört auch die Fälschungsdebatte: Es wurde die Frage aufgeworfen, wie viele der Zuwanderer tatsächlich jüdisch seien. Bei der Untersuchung der Medien fällt auf, dass anfangs nur Gemeindemitglieder vorsichtig zitiert wurden, die die Zugehörigkeit der Zuwanderer zum Judentum öffentlich in Frage stellten. So schreibt z. B. Jacob Augstein in einer Seite-Drei-Reportage der Süddeutschen Zeitung über die Probleme der Gemeinden mit den russischen Juden:

„In Rußland kann man ganze Stammbäume kaufen', heißt es in der Gemeinde, und eigentlich ist man dort verärgert, daß die deutschen Behörden die Papiere nur oberflächlich prüfen und die Wahrheitsfindung auf die Gemeinde abwälzen. Im Zweifel wird für den Bewerber entschieden, aber der Zweifel bleibt.“<sup>163</sup>

---

<sup>163</sup> S. Augstein (09.09.1994). Über Zitate der Gemeindemitglieder werden auch Informationen über die Fälschungen veröffentlicht. So wird z. B. die Mitarbeiterin des Jüdischen Kulturvereins in Berlin mit der Angabe zitiert, dass gefälschte Papiere in Russland etwa 8000 Dollar kosteten. Vgl. „Lied'l fum goldenen Land“ (02.10.1995). Für Literaturhinweise aus Spiegel und Focus gilt: Bis zum Jahr 2000 wurden die meisten Artikel in diesen Magazinen ohne Autornamen veröffentlicht.

Einen ersten auffallend kritischen Bericht über die russisch-jüdischen Zuwanderer veröffentlichte der Spiegel im Dezember 1995. In diesem werden Einwanderer einerseits unter den Generalverdacht gestellt, der russischen Mafia anzugehören, gleichzeitig wird auch das Fälschungsproblem angesprochen. Zu dem im Artikel verwendeten Beispiel der jüdischen Gemeinde Hannover heißt es, dort würden die Papiere von einem Mann auf Fälschung überprüft, der angeblich selbst Verbindungen zur Mafia und zu Dokumentenfälschern habe.<sup>164</sup> Ähnlich kritisch äußert sich das Nachrichtenmagazin in einem Bericht über ein Politikergespräch zum Thema Begrenzung der russisch-jüdischen Einwanderung im Jahr 1996. Hierin werden Angaben des Auswärtigen Amtes zitiert, die besagen, dass die Zahl der Fälschungen vor allem in der Ukraine zunehme. Weiter verweist der Autor auf ähnliche Betrugereien bei Auswanderern nach Israel. Inwiefern der Gedanke an die deutsche Vergangenheit bei dieser Diskussion eine Rolle spielt, zeigt das Ende des Artikels. Als letzten Satz wird nämlich die deutsche Botschafterin aus Moldawien zitiert: „Es ist makaber. Früher haben die Deutschen den Nachweis verlangt, daß einer kein Jude ist. Heute verlangen sie den Nachweis, daß einer Jude ist.“<sup>165</sup>

Die eigentliche Fälschungsdebatte in den Medien löst aber erst ein Artikel des Nachrichtenmagazins Focus im Februar 1997 aus. Unter der Überschrift „Gekaufte Urkunden“ berichtet das Magazin von einer Familie aus Kiew, die mit gefälschten Papieren nach München eingewandert sein soll. Dennoch sei es dem Kreisverwaltungsreferat nicht gelungen, die besagte Familie „wieder nach Hause zu schicken“<sup>166</sup>. Der Missbrauch des Kontingentflüchtlingsgesetzes wird vom Focus als „Dauerproblem“ bezeichnet. Weiterhin wird in dem Bericht der ehemalige deutsche Botschafter aus Kiew Alexander Arnot zitiert, nach dessen Ansicht höchstens 40 Prozent der eingereisten Kontingentflüchtlinge tatsächlich Juden seien. Es wird von der enttäuschten Hoffnung auf das Wiederbeleben der jüdischen Gemeinden gesprochen, die Neuankömmlinge werden als „nichtjüdische Trittbrettfahrer oder am religiös-kulturellen Leben uninteressiert“ bezeichnet. Die Fälscher, so der Focus, kämen z. B. nur nach Deutschland, um dem gefürchteten Militärdienst in den GUS-Ländern zu entkommen. Ein Mitarbeiter des Zentralrats der Juden wird zitiert, nach dessen Ansicht falsche Papiere in den GUS-Ländern lediglich 500 Mark kosteten, und 90 Prozent der Einwanderer in Berlin „reine Paßjuden“ seien. Weiterhin kommen Politiker, wie der bayerische Innenminister Günther Beckstein zu Wort, die beklagen, dass die Kontingentflüchtlingsregelung aufgrund der jüngeren deutschen Geschichte vorerst nicht zu ändern sei:

„Die Aufnahme von Juden aus der Sowjetunion erfolgt auf ausdrücklichen Wunsch des Zentralrats der Juden in Deutschland. Eine Änderung des Aufnahmeverfahrens,

---

<sup>164</sup> Vgl. Warnung aus Odessa (04.12.1995).

<sup>165</sup> S. So leise wie möglich (27.05.1996).

<sup>166</sup> S. Gekaufte Urkunden (08.02.1997). Die folgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

zum Beispiel die Bevorzugung von religiös-kulturellen Juden und eine echte zahlenmäßige Begrenzung, wird sich nur auf höchster politischer Ebene auf entsprechendes Drängen des Zentralrats der Juden erreichen lassen.“<sup>167</sup>

Der Focus zitiert außerdem Insider, die beklagen, dass Kritiker sich nur unter vorgehaltener Hand über die Großzügigkeit der Regelung monieren dürften. Beschwichtigend äußert sich in dem langen Artikel nur der damalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin Jerzy Kanal, der die Fälschungsdebatte mit der Aussage, schwarze Schafe gebe es überall, relativiert.

Dieser Bericht löste sowohl eine Diskussion um die Fälschungen als auch Kritik aus. Die Berliner *tageszeitung* berichtete von einer Familie, deren Foto die Focusredaktion angesichts fehlender Täterbilder unter dem Artikel veröffentlicht hatte, und die nun darunter zu leiden habe.<sup>168</sup> Nach Angaben der *taz* blieben die deutschen Kunden der Familie, die einen Friseursalon betreibe, seit dem Erscheinen des Focus-Berichts aus. Der Focus-Fotograf habe der Familie erzählt, der Artikel solle sich jüdischen Geschäftsleuten in Berlin widmen. Die Familie wolle nun das Nachrichtenmagazin verklagen. Die Vorwürfe des Focus gegen die Kontingentflüchtlinge werden von der *tageszeitung* als „Juden, Schieber, Spekulanten“ zusammengefasst, dem Magazin wird Schwarzmalerei und das Festhalten an Klischees vorgeworfen.<sup>169</sup> So wird berechtigterweise gefragt: „Sind ‚falsche‘ Juden die ohne Glauben, die ‚echten‘ dagegen stets ins Gebet vertieft?“. Nach Angaben der *taz* hat sich auch der Kronzeuge des Focus-Artikels, der ehemalige Botschafter aus Kiew, nicht gerade erfreut über den Bericht gezeigt. Er habe zwar einen vertraulichen Bericht über ukrainische Auswanderer an den Fürther CSU-Landtagsabgeordneten Günther Gabsteiger geschickt, dieser habe ihn aber missbraucht und an Focus weitergeleitet, um sich zu profilieren. Trotz der Vorwürfe an den Focus gesteht die *taz* ein, dass es illegale Ausreisende gebe.

Zu den Fälschungsvorwürfen wurde auch der damalige Zentralratsvorsitzende Ignatz Bubis vom Focus befragt. Auf die Frage, ob es zutreffe, dass die Mehrheit der eingereisten Kontingentflüchtlinge gar keine echten Juden seien, erklärte dieser, dass diese Zahl nicht auf Fälschungen beruhe, sondern mit der Einreiseregulung zusammenhänge, die es nicht-jüdischen Familienangehörigen erlaubt, nach Deutschland zu kommen. Der Focus, der die Betrugsthese zu forcieren scheint, spricht in diesem Interview auch vom Sozialbetrug. Bubis muss sich für die Kontingentflüchtlinge rechtfertigen und erklärt, dass die Zuwanderer rechtmäßig Anspruch auf Sozialhilfe haben. Weiterhin widerspricht er im Interview dem damaligen Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger, der den Kontingentflüchtlingen, die

---

<sup>167</sup> S. Gekaufte Urkunden (08.02.1997).

<sup>168</sup> Vgl. Bullion (25.07.1997). Die folgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

<sup>169</sup> Wörtlich heißt es in dem Artikel: „Daß bis heute nur wenige gläubig sind, scheint *Focus* zu bekümmern. Von ‚leeren Synagogen‘ liest man da. Von Juden, die ‚am religiös-kulturellen Leben uninteressiert‘ sind. Und ein paar Zeilen weiter heißt die Sache dann: ‚Betrug‘“. S. ebd.

gar keinen Rentenanspruch haben, vorgeworfen haben soll, sie würden das deutsche Rentensystem sehr stark belasten: „Wenn es jemandem zuviel ist, der meint, man soll die Kontingentflüchtlinge nicht reinlassen, der findet immer eine Ausrede.“<sup>170</sup> Bubis spricht von einer Kampagne der Botschaften, die Familienangehörige von Migranten mit einer Aufnahmeerlaubnis des Bundesverwaltungsamtes und eines Bundeslandes abgewiesen haben sollen. Er weigert sich weiterhin, über die von Kritikern hergestellte Verbindung zwischen den Zuwanderern und der russische Mafia zu diskutieren, indem er sie als Vorurteil abweist.

In einem anderen Interview zum selben Thema hatte Bubis ein Jahr zuvor die Zuwanderer jedoch keinesfalls in Schutz genommen, sondern machte deutlich, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland kein Interesse daran habe, dass „die entgegenkommende Haltung der deutschen Behörden dazu benutzt würde, das Asylrecht zu umgehen“<sup>171</sup>. Der Repräsentant der Juden in Deutschland beteuerte, die Gemeinden würden das Auswärtige Amt auf von ihnen erkannte Fälschungsfälle aufmerksam machen. In einem Interview zum selbigen Thema fragt der Spiegel nach, ob Petenten aufgrund von Fälschungsverdacht abgeschoben worden seien. Diese Frage muss Bubis verneinen.<sup>172</sup> Keinesfalls verteidigend äußern sich in der deutschen Presse auch andere Vertreter des deutschen Judentums, so z. B. der Historiker Julius Schoeps, der die Zahl der Fälscher auf 30 bis 40 Prozent schätzt.<sup>173</sup> Der spätere Zentralratsvorsitzende Paul Spiegel sagte anfangs zur Presse, dass er die Trittbrettfahrer für eine Randerscheinung halte.<sup>174</sup> Diese Ansicht vertritt Spiegel aber spätestens dann nicht mehr, als er ein Jahr später sagt: „Es darf kein Erwachen geben, dass plötzlich ein großer Teil von uns gar keine Juden sind.“<sup>175</sup> Dies wertet die Autorin der Süddeutschen Zeitung als einen Vertrauensverlust des Zentralratschefs.

Einen weiteren ausführlichen Bericht über die Fälscher veröffentlicht das Magazin „Der Spiegel“ im März 1999. Hierin will der Autor aufzeigen, wie schwierig Ermittlungen in diesem heiklen Feld sind. Als Anlass dient ein Kamingespräch bei der Innenministerkonferenz, das der bayerische Innenminister Günther Beckstein initiiert haben soll, und dessen Thema angeblich die Fälschungen unter Kontingentflüchtlingen waren. Das Gespräch wird laut Spiegel von dem damaligen Bundesinnenminister Otto Schily schnell beendet, der das Thema als „hoch sensibel“<sup>176</sup> bezeichnet haben soll. Der Spiegel berichtet darin weiter, viele Innenminister hielten die Vorsicht, mit der diese Fälschungsfälle bearbeitet würden, für übertrieben. Die Tatsache, dass neben wirtschaftlichen Flüchtlingen auch

---

<sup>170</sup> S. „Das ist eine Kampagne der Botschaften“ (08.02.1997).

<sup>171</sup> S. „Eine neue Ausreisewelle“ (24.01.1994).

<sup>172</sup> Vgl. „Eine gewisse Unsicherheit“ (27.05.1996).

<sup>173</sup> Vgl. Hildebrandt (28.09.2005a).

<sup>174</sup> Vgl. Gefährdete Renaissance (22.04.2000).

<sup>175</sup> S. Spahn (04.08.2001).

<sup>176</sup> S. „Sehr schwieriges Ermittlungsfeld“ (29.03.1999).

„zweilichtige Geschäftsmacher“<sup>177</sup> mithilfe der gefälschten Papiere einwandern würden, sieht der Spiegel als die Spitze des Eisbergs. In einem anderen Bericht spricht das Nachrichtenmagazin von einem blühenden Handel mit gefälschten Papieren unter den Kontingentflüchtlingen.<sup>178</sup>

Öffentliche Kritik an Ermittlungsmethoden äußern Politiker laut Tagesspiegel aber auf der anderen Seite, als die Göttinger Gemeinde im Februar 2001 von Polizei und Staatsanwaltschaft durchsucht wird, weil gegen die Vorsitzende der Gemeinde Eva Tichauer Moritz wegen Schleuserverdacht ermittelt wurde.<sup>179</sup> Moritz sagte dazu der *taz*, sie könne sich das Verfahren „ohne eine Vorgenommenheit“<sup>180</sup> nicht erklären. Weiterhin berichtet der Tagesspiegel zum selben Thema im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag am Düsseldorfer S-Bahnhof im Jahr 2001 auf zehn Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, die Polizei verdächtige u. a. jemanden, der einem oder mehreren der Opfer gefälschte Papiere verschafft haben soll und keine Bezahlung dafür erhalten hatte.

Mit den Jahren verstummt die eigentliche Debatte um die Fälschungen, nur noch in der Argumentation für eine Begrenzung der jüdischen Zuwanderung taucht sie auf. Es finden sich in der Medienberichterstattung jedoch wiederholt Hinweise darauf, dass die Kontrollen sowohl von deutscher als auch von Seiten der jüdischen Gemeinde verschärft worden sind.<sup>181</sup>

Insgesamt lässt sich feststellen, dass vor allem die beiden Nachrichtenmagazine Spiegel und Focus – offenbar auf der Suche nach investigativen Nachrichten und Themen – die Fälschungsdebatte immer wieder aufgewärmt und voran getrieben haben. Auffällig ist hier besonders der oben erwähnte Bericht des Focus, der die Kontingentflüchtlinge pauschal als Fälscher bzw. als an der Religion uninteressierte Sozialbetrüger abstempelt.

### **5.3. Der Fall Gollwitz – Kontingentflüchtlinge als Opfer**

In zahlreichen Artikeln werden die russischen Juden als Opfer dargestellt – sei es als Opfer des Antisemitismus, der Behörden oder auch Opfer von Gruppierungen, die die russischen Juden, die in diesem Zusammenhang von den Medien teilweise als eine homogene, willenlose Einheit dargestellt werden, für ihre Ziele vereinnahmen wollen. Dabei kommen sie in nahezu allen Berichten nicht als Einzelpersonen vor und auch nicht zu Wort.

---

<sup>177</sup> Vgl. „Sehr schwieriges Ermittlungsfeld“ (29.03.1999). Als Beispiel wird hier ein russischer Zuhälter aus Niedersachsen genannt, der mit seiner jüdischen Ehefrau eingewandert sein soll. Die Echtheit der Papiere des Ehepaars sei ungeklärt.

<sup>178</sup> Vgl. „Ein richtiger Mustopf.“ (13.10.1997).

<sup>179</sup> Vgl. *Gesellig* (06.02.2001).

<sup>180</sup> S. Voges (09.09.2003).

<sup>181</sup> Vgl. u. a. Heuwagen (04.03.2000); Neumann (01.10.1997); Schlötzer-Scotland (26.03.1997).

Vor allem in den Anfangsjahren der Einwanderung werden die russischen Juden hauptsächlich als bemitleidenswerte Opfer des Antisemitismus in der Sowjetunion dargestellt, dem sie entfliehen wollten. So wird einerseits von dem staatlich verordneten und im Berufsleben diskriminierenden Antisemitismus berichtet, andererseits von der durch das Erstarken der rechtsextremen, nationalistischen und antisemitischen Organisation Pamjat alltäglichen Angst der Juden in den GUS-Ländern, das Haus zu verlassen. Oft wird dabei in der Presse darauf hingewiesen, dass sich die Zuwanderer in der Sowjetunion nur deshalb als Juden fühlten, weil sie als solche diskriminiert worden waren.<sup>182</sup>

Im Zusammenhang mit dem Antisemitismus in Deutschland – einem Thema, dem sich vor allem der Spiegel überproportional häufig widmet – kommen auch die Kontingentflüchtlinge als besondere – weil neu eingewanderte und sich in Deutschland oft noch fremd fühlende – Opfer vor. So wird z. B. von einem russisch-jüdischen Arzt erzählt, der, nachdem er in Halle-Neustadt den an eine Hauswand gesprühten Spruch „Russen raus, Juden vergasen“ gesehen hat, daran zweifelte, ob es richtig gewesen sei, vor dem Antisemitismus ausgerechnet nach Deutschland fliehen zu wollen.<sup>183</sup> In einem anderen Bericht, der sich dem Thema jüdische Kinder in Deutschland und ihre Angst vor dem Antisemitismus widmet, heißt es: „Am schwersten haben es die erst vor wenigen Jahren eingewanderten Kinder aus der ehemaligen UdSSR, ihre neue Heimat einzuschätzen. Sie waren es im Herkunftsland gewohnt, ihr Judentum zu verbergen. Nun schwanken ihre Darstellungen zwischen Unsicherheit und dem Willen, sich in Deutschland besser zu fühlen.“<sup>184</sup>

Der berühmteste Fall einer öffentlichen Diskriminierung russischer Juden – und einer damit einhergehenden Darstellung als Opfer – ist wohl der Fall Gollwitz. Das Brandenburger Dorf (Gemeinderatsmitglieder, Bürgermeister und Bewohner) hatte sich im Herbst 1997 geweigert, jüdische Kontingentflüchtlinge aufzunehmen<sup>185</sup>, war damit in die – auch internationale – Kritik (sowohl seitens der Medien als auch der Politiker) geraten und hatte eine Diskussion um Antisemitismus in Deutschland sowie einen Streit zwischen dem damaligen brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe und dem Zentralratsvorsitzenden Ignatz Bubis ausgelöst. Die Medien verfolgten die Entwicklung in Gollwitz mit täglichen Berichten, Reportagen und kritischen Kommentaren. So fragte die *tageszeitung* nach den

---

<sup>182</sup> Vgl. u. a. Hinrichs (21.12.1995); Melzer (06.08.1996); Schmitz (20.08.1994).

<sup>183</sup> Vgl. „Dann bin ich weg über Nacht“ (28.12.1992).

<sup>184</sup> S. Komisches Gefühl (07.03.1994).

<sup>185</sup> Dabei fanden sich in den Medien Zitate von Gollwitzern wie: „Ich ziehe einen meterhohen Zaun um mein Grundstück, wenn die kommen.“ Gleichzeitig hat die Ausländerbeauftragte des Landkreises Valeri Tschechoswki jegliche Antisemitismus- und Rassismusvorwürfe mit der Begründung von sich gewiesen, die Gollwitzer hätten ja nur ihre Meinung gesagt und immerhin nicht das Herrenhaus angezündet, in dem die Zuwanderer hätten untergebracht werden sollen. Vgl. Kugler (25.09.1997). Andere Bewohner sprachen davon, dass die Juden nach Israel gehen sollten, und die Russen die Mafia mitbrächten. Somit wurden den Kontingentflüchtlingen sowohl die gegenüber Juden als auch die gegenüber Russen gängigen Vorurteile entgegen gebracht. Ein Gemeinderat soll gesagt haben: „Russen im Herrenhaus? Eine Katastrophe! Die wohnen unser Schloß kaputt, und nach einem halben Jahr stehen dicke Autos vor der Tür!“. Vgl. Schmitz (10.02.1997).

ersten Vorwürfen und dem darauf folgenden plötzlichen Verschwinden der Verantwortlichen unter der Überschrift „Antisemitismus aktuell“ kritisch, „ob Gollwitz ein antisemitisches Nest ist – oder nur ein fremdenfeindliches, was nicht weniger peinlich wäre“<sup>186</sup>. Kritik brachten die Medien auch dem brandenburgischen Ministerpräsidenten entgegen, der von einem „Planungsfehler“<sup>187</sup> sprach und nach den Protesten der Gollwitzer die Entscheidung getroffen hatte, dass das Dorf vorerst keine Flüchtlinge aufzunehmen brauche. So beginnt eine Reportage der Süddeutschen Zeitung unter der Unterüberschrift „In dem Dorf, das sich weigert, russische Emigranten aufzunehmen, läßt Kritik daran eine eigenartige Solidarität gedeihen“ mit den ironischen Sätzen:

„Die treuesten Landeskinder findet Manfred Stolpe in Gollwitz. 404 Menschen leben hier in diesem Klecksdorf, das zwischen Sonnenblumenfeldern und Großmärkten etwa neunzig Kilometer westlich von Berlin liegt. Und wohl alle sehen in Ministerpräsident Stolpe einen fürsorglichen Landesvater, der ‚zu uns hält‘.“<sup>188</sup>

Der Artikel erklärt den offenen Antisemitismus und die Fremdenfeindlichkeit, die sich in Sätzen wie „Wir haben nichts gegen Juden. Aber russische Juden? Ausgerechnet hier?“ und „Wenn die Russen kommen, müssen wir Alarmanlagen einbauen. Man traut sich dann nicht mehr auf die Straße“ äußert, mit der seit der Wende herrschenden Hoffnungslosigkeit im ostdeutschen Gollwitz. Das von einer Gollwitzer Bürgerin angesprochene Tabu, Juden nicht kritisieren zu dürfen, wird vom Autor nicht weiter kommentiert: „Ich sag’, was ich denke. Lange genug durften wir ja gar nichts sagen, jetzt wundern sich alle, wenn wir reden.“ Aber auch wenn der Journalist die Gollwitzer nicht direkt kritisiert, wird zwischen den Zeilen immer wieder deutlich, wie er zu den Geschehnissen steht, wenn er z. B. am Schluss schreibt:

„Die plötzliche Öffentlichkeit hat der Seele des Dorfes offenbar keinen Schaden zugefügt, im Gegenteil. Je mehr Journalisten kommen und böse Fragen stellen, desto weniger sind die Gemeinderäte von ihrem Nein abzubringen – und desto mehr halten sie alle zusammen.“<sup>189</sup>

Als sich der Gollwitzer Gemeinderat nach zahlreichen öffentlichen Diskussionen und Vorwürfen dazu entschloss, zumindest Gespräche über eine mögliche Zuwandereraufnahme zu führen, kommentierte das die *taz* mit den Worten: „Retten, was zu retten ist, lautete am

---

<sup>186</sup> S. Kugler (25.09.1997).

<sup>187</sup> Vgl. Kugler (02.10.1997).

<sup>188</sup> S. Schmitz (10.02.1997). Die folgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

<sup>189</sup> Vgl. ebd.. Dieser Reportage folgten einige Leserbriefe, deren Verfasser sich auch auf die Seite der Gollwitzer stellten. So war in einem Leserbrief zu lesen: „Fast jeder Satz in der Reportage muß auch von ‚ganz normalen Bürgern‘ in Gollwitz als arrogante Provokation verstanden werden“, während ein anderer erzählte: „In unserem Dorf [...] hat unsere Gemeindeverwaltung ein Haus gekauft und ausgebaut, um dort ca. 40 Russen und Asylanten unterzubringen. Es ist kaum zu beschreiben, was sich seitdem hier abspielt. [...] Ich kann nur hoffen, daß das den Gollwitzer Bürgern erspart bleibt.“ Vgl. Leserbriefe: Eine Folge von Angst vor den Fremden (18.10.1997).



Donnerstag abend die Devise des Gemeinderats von Gollwitz.“<sup>190</sup> In einem abschließenden Kommentar zum Thema heißt es dann verharmlosend, nachdem Gollwitz es nicht geschafft habe, das Dorf in eine „national befreite Zone“ zu verwandeln, Stolpe sich bei Bubis entschuldigt und die Brandenburger SPD versprochen habe, jüdische Zuwanderer zukünftig in großen Städten unterzubringen, seien alle Beteiligten nun glücklicher.<sup>191</sup>

Auch das Nachrichtenmagazin Spiegel berichtete von dem Fall Gollwitz. Auffallend hierbei ist folgender Untertitel: „Der Unwille der Bewohner des brandenburgischen Dorfes Gollwitz, russische Juden aufzunehmen, hat die Debatte um den Grad des deutschen Antisemitismus neu entfacht. Währenddessen blüht der Handel mit gefälschten Papieren für die ‚Kontingentflüchtlinge‘.“<sup>192</sup> Die Tatsache, dass das Magazin letzteres – mit Sicherheit erörterungswürdiges – Thema in gerade diesen Zusammenhang stellt, wirft Fragen bezüglich seiner Intention auf. Es wird die These aufgestellt, dass die um sich greifende Empörung angesichts der Fremdenfeindlichkeit des brandenburgischen Dorfes nur Folge der Tatsache sei, dass die Opfer Juden seien. Er formuliert es folgendermaßen: „Erst wenn der Verdacht auf Antisemitismus dazukommt, gehen überall im Lande die Alarmsirenen an.“<sup>193</sup> Das Verhältnis der Politiker zu Juden bezeichnet er als Lackmustest und kritisiert die wohlwollenden Regelungen für jüdische Einwanderer:

„Jüdische Flüchtlinge beziehungsweise Vertriebene aus Osteuropa, die mühelos auch nach Israel gehen könnten, werden in der Bundesrepublik im Rahmen einer Kontingentflüchtlingsregelung aufgenommen. Osteuropäische Juden, die illegal oder mit einem Touristenvisum einreisen, bekommen in der Regel eine ‚Duldung‘ und müssen im Gegensatz zu jugoslawischen Bürgerkriegsflüchtlingen keine Abschiebung fürchten.“<sup>194</sup>

Den Rest des Artikels widmet er den Fälschungsvorwürfen gegenüber den russischen Juden und den Problemen, die sie in den jüdischen Gemeinden nach sich ziehen. Hier wird also der Fall Gollwitz als Anlass genommen, Kritik an den russisch-jüdischen Zuwanderern zu üben.

Von einer ähnlichen Diskriminierungsgeschichte, die jedoch nicht so viel Wirbel verursachte, berichten die Medien, vor allem die Süddeutsche Zeitung, kritisch bereits im Jahr 1995, als die Gemeinde Schönebeck in Sachsen-Anhalt russisch-jüdischen Zuwanderern die Ausstellung von Wohnberechtigungsscheinen verweigert hatte. Als die in einem Übergangwohnheim lebenden Kontingentflüchtlinge den damals in den neuen Bundesländern noch üblichen Wohnberechtigungsschein ausfüllen wollten, bekamen sie

---

<sup>190</sup> S. Kugler (11.10.1997).

<sup>191</sup> Vgl. Scheub (17.10.1997).

<sup>192</sup> S. „Ein richtiger Mustopf“ (13.10.1997).

<sup>193</sup> S. ebd.

<sup>194</sup> S. ebd.

folgendes Schreiben in Deutsch und Russisch ausgehändigt: „Sie haben die Möglichkeit, in anderen Städten eine Wohnung zu finden. Hier in Schönebeck gibt es zur Zeit keine Möglichkeit, eine Wohnung für Sie zu finden.“<sup>195</sup> Dies wurde von dem Landesvorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Sachsen-Anhalt Peter Ledermann als „blanker Antisemitismus“<sup>196</sup> gewertet. Auch im Fall einer jüdischen Familie aus Ansbach, die trotz vorgelegter Nachweise über die jüdische Abstammung abgeschoben werden sollte, hatte sich der Vorsitzende der Starnberger Osteuropahilfe empört und dem zuständigen Verwaltungsgericht „antisemitische Haltung und Vorgehensweise“<sup>197</sup> vorgeworfen. So entsteht bei der Lektüre der Medien das Bild, dass die Kontingentflüchtlinge von unterschiedlichen Gruppierungen (ihren „Schutzengeln“) vom Antisemitismus geschützt werden sollen – diese selbst werden jedoch von den jeweiligen Journalisten weder zu den Ereignissen noch zu den Vorwürfen befragt. Ähnliches geschieht auch bei der Debatte um eine mögliche Begrenzung der Zuwanderung: Auch hier äußert sich der Zentralrat dahingehend, dass das Auswärtige Amt eine Kampagne gegen die Kontingentflüchtlinge gestartet habe, diese selbst kommen jedoch nicht zu Wort.

Die russisch-jüdischen Einwanderer erscheinen in den Medien auch als Opfer von direktem Rechtsradikalismus. Dazu gehören u. a. Anschläge auf jüdische Gemeinden oder Friedhöfe<sup>198</sup> sowie der Bombenanschlag auf mehrere Kontingentflüchtlinge am Düsseldorfer S-Bahnhof.<sup>199</sup> Dies ist eines der wenigen Themen, in denen auch einzelne Zuwanderer, in diesem Fall Opfer des Anschlags, beschrieben und interviewt werden.<sup>200</sup> Einen weiteren konkreten antisemitischen Anlass zur Berichterstattung bietet den Medien die im Jahr 2002 in Potsdam organisierte NPD-Demonstration unter dem Motto „Schluss mit der Masseneinwanderung russischer Juden. Deutschland den Deutschen“.<sup>201</sup>

Zum Teil werden die Kontingentflüchtlinge aber auch als Marionetten – und damit Opfer – in den Händen verschiedener, zumeist jüdischer, Gruppierungen dargestellt. Dabei werden sie als eine willens- und ahnungslose homogene Gruppe beschrieben. So zitiert die Süddeutsche Zeitung im Zusammenhang mit einem Fall von Wahlfälschungen in der Hannoveraner Gemeinde ein Mitglied: „Beim Wahlvorgang stand dann hinter jedem Russen eine Person der ‚Fürst-Gruppe‘ und zeigte, wo das Kreuz zu machen sei.“<sup>202</sup> Auch der frühere Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland Ignatz Bubis hatte eine

---

<sup>195</sup> S. Löblich (01.02.1995). Immer wieder erscheinen in den Medien Berichte über Kontingentflüchtlinge, die in der ein oder anderen Form Opfer von Behördenwillkür werden. Vgl. u. a. Zitouni (22.12.2004).

<sup>196</sup> S. ebd.

<sup>197</sup> S. Lochte (26.01.1996).

<sup>198</sup> Oft heißt es in den Medien, solche Übergriffe ließen die allgemeine, mit der Migration zusammen hängende Verunsicherung bei den Zuwanderern steigen. Vgl. u. a. Kleffner (12.02.2001).

<sup>199</sup> Vgl. u. a. Beucker (27.07.2001); Jansen (11.07.2001); Kanis (31.07.2000); Kleffner (12.02.2001). Wenn es um mögliche Täter beim Anschlag geht, wird oft die Frage gestellt, ob die Einwanderer Opfer von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit oder arabischem Hass geworden seien.

<sup>200</sup> Vgl. Beucker (27.07.2001); Kanis (31.07.2000).

<sup>201</sup> Vgl. Kleffner (14.09.2002).

<sup>202</sup> S. Hinrichs (21.12.1995).

Instrumentalisierung der russischen Juden durch verschiedene Gruppierungen festgestellt und bemängelt.<sup>203</sup> Wie sehr die russischen Juden vereinnahmt werden, zeigt die Aussage eines russischen Wahlkandidaten für die jüdische Gemeindeversammlung in Berlin, der als Zugehöriger dieser Gruppe nach seiner Wahlniederlage ebenfalls meinte, seine Landsleute seien manipuliert worden.<sup>204</sup> Bei der Lektüre fällt auf, dass nahezu alle Berichte die russischen Juden – die betroffenen Opfer also – nicht zu Wort kommen lassen, obwohl sie das Thema dieser darstellen. Als Beispiel hierfür soll ein Bericht der Süddeutschen Zeitung mit der Überschrift „Russische Juden fühlen sich als Stiefkinder“ dienen, der sich ausschließlich dem Streit in der Israelitischen Gemeinde Schwabens widmet, bei dem die Kontingentflüchtlinge vom Vorstand ignoriert und vom Stimmrecht ausgeschlossen worden sein sollen.<sup>205</sup> Obwohl die so genannten Russen im Bericht die Haupt(opfer)rolle spielen, werden sie nicht dazu befragt.

Ein anderes immer wiederkehrendes Thema ist die versuchte Missionierung der russischen Juden durch evangelische Gruppen, die ihre Arbeit partiell als „Wiedergutmachung“ sehen, die Juden „retten“ wollen und diese „lieben“<sup>206</sup>. Es wird davon berichtet, wie die Missionare die vor allem frisch eingereisten Kontingentflüchtlinge in den Übergangswohnheimen, in denen diese untergebracht sind, oder sogar vor den jüdischen Gemeinden ansprechen, sie mit christlichen Traktaten überschütten und mit Geschenken bzw. Unterstützung beim Einleben im neuen Land in die Kirchen locken. Auch hier werden die Kontingentflüchtlinge mit dem Verweis auf deren mangelndes Religionswissen als „leichte Beute“ für die Missionare beschrieben.<sup>207</sup> Auch die jüdischen Missionare – die orthodoxe Bewegung Chabad – nehmen sich der russischen Juden in ähnlicher Weise an. Diese, so die *taz*, seien mit einem russischsprachigen Rabbiner und Emotionalität leicht in deren Gemeinden zu locken.<sup>208</sup>

Interessant ist die Tatsache, dass die in den Medien auffallend selten zitierten Zuwanderer in den Fällen, wo dies doch geschieht, sich selbst als Opfer der jüdischen Gemeinden darstellen. Damit schaffen sie einen Gegenentwurf zu den in den Medien sonst häufig geäußerten Vorwürfen der alteingesessenen Gemeindemitglieder, die „Russen“ würden diese nur als Sozialanlaufstellen sehen und kein Interesse an der jüdischen Religion zeigen. So zitiert die *taz* einen Zuwanderer, der einen „Aktiven Beirat der Zuwanderer“ ge-

---

<sup>203</sup> Vgl. DPA (21.03.1997).

<sup>204</sup> Vgl. Kugler (03.06.1997).

<sup>205</sup> Vgl. Reitschuster (13.08.1997).

<sup>206</sup> S. „Die Juden zuerst“ (13.06.1998).

<sup>207</sup> Vgl. u. a. „Die Juden zuerst“ (13.06.1998); Gessler (24.02.2001); Judenmission (18.06.1999); Viel Böses (23.12.1996).

<sup>208</sup> Vgl. Bergemann (22.04.2004).

gründet haben soll, mit den Worten: „Man hat uns eingeladen, hier zu leben. Überall haben wir Hilfe bekommen. Nur in der jüdischen Gemeinde kümmert man sich nicht um uns.“<sup>209</sup>

#### 5.4. Die Begrenzungsdebatte

Nach Berichten des Spiegel soll das Auswärtige Amt bereits 1995 eine Konsularkonferenz in Kiew mit Teilnehmern der Auslandsvertretungen der GUS-Länder einberufen haben, um eine mögliche Änderung der Einwanderungsregelung für Kontingentflüchtlinge zu diskutieren.<sup>210</sup> Ein Memorandum des Auswärtigen Amtes zu diesem Thema kommentiert das Nachrichtenmagazin kritisch: „... scheuten sich Kinkels Ministerialen nicht zu schreiben: 'Offen ist nach wie vor die politische Grundsatzfrage, ob wir angesichts des weitgehenden Wegfalls des mit der Aufnahme ursprünglich angestrebten Zwecks das Aufnahmeverfahren überhaupt noch fortführen wollen.'“<sup>211</sup> In dem Papier habe es weiterhin geheißen, das Jahr 1995 – das 50-jährige Jubiläum des Kriegsendes – eigne sich nicht für diese Grundsatzfrage. An dieser Stelle sieht man deutlich, wie das vermeintliche Tabu des Umgangs mit Juden in Deutschland wirkt: Während hochrangige Politiker hinter verschlossenen Türen darüber diskutieren, wie man die Einwanderung russischer Juden begrenzen könnte, trauen dieselben sich nicht – schon gar nicht in einem bedeutendem Jahr wie 1995 – das Thema in der Öffentlichkeit oder dem Zentralrat der Juden gegenüber anzusprechen. Auf dieses Phänomen macht auch der Spiegel aufmerksam, wenn er schreibt: „Jetzt will Kohl Rücksicht nehmen auf die Stimmung hierzulande, die – zumal wenn Mißbrauch betrieben wird – sich schnell in Feindschaft gegenüber Zuwanderern äußert.“<sup>212</sup> Norma Drimmer, Vorstand der Jüdischen Gemeinde Berlin, sprach in diesem Zusammenhang von „versuchte[n] politische[n] Tabubrüchen“<sup>213</sup>. Dass die Zeit für einen tatsächlichen Tabubruch nach Ansicht der Politiker aber noch nicht reif war, zeigt der Umgang des damaligen Außenministers Klaus Kinkel mit dem Thema. Dieser hatte zu dem Memorandum seiner Mitarbeiter gesagt, das Thema sei zu heikel, er wolle sich die Finger „nicht verbrennen“ und auf der Akte „Nichts unternehmen“ notiert – zwei Mal unterstrichen.<sup>214</sup>

Der Spiegel macht auch die deutsch-israelischen Beziehungen für den Wandel in der Einwanderungspolitik gegenüber den Kontingentflüchtlingen verantwortlich, indem er darauf aufmerksam macht, dass Israel schon seit langem gegen die Emigration von Juden nach Deutschland opponiere. Als Argument dient den Gegnern der Zuwanderung auch das Argument, von einer religiösen oder politischen Verfolgung von Juden in den Ländern der

---

<sup>209</sup> S. Tempel (26.10.1995).

<sup>210</sup> Vgl. So leise wie möglich (27.05.1996).

<sup>211</sup> S. ebd.

<sup>212</sup> S. ebd.

<sup>213</sup> S. Melzer (06.08.1996).

<sup>214</sup> S. Heikles Thema (09.09.1996).

ehemaligen Sowjetunion könne keine Rede mehr sein. Interessant scheint an dieser Stelle, dass das Nachrichtenmagazin im selben Artikel ausführlich von Dokumentenfälschungen unter den Kontingentflüchtlingen berichtet und damit eine besonders hohe Kriminalitätsrate unter diesen andeutet. In der Diskussion um eine mögliche Begrenzung spielt weiterhin das vom CSU-Entwicklungsminister Carl-Dieter Spanger eingebrachte und aus anderen Zuwanderungsdiskussionen bekannte Argument eine Rolle, Deutschland sei kein Einwanderungsland und müsse alleine deshalb den Zuzug ändern.<sup>215</sup>

Der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden Ignatz Bubis erfährt allerdings erst von diesen ersten Begrenzungsvorschlägen, als er in einem Interview darauf angesprochen wird. Er spricht sich in diesem gegen eine Quotierung und für ein Zuwanderungsgesetz aus, das alle Migrantengruppen, und nicht nur Juden betreffen sollte.<sup>216</sup> Ein paar Tage später wirft er dem Auswärtigen Amt vor, die Einwanderung zu „torpedieren“<sup>217</sup>.

Einen erneuten Vorstoß in dieselbe Richtung wagt die CDU Anfang 1997, als sie arbeitsrechtliche Schranken für Ausländer aus Nicht-EU-Ländern ins Gespräch bringt. In diesem Zusammenhang kommt auch der Vorschlag auf, Quoten für Juden aus der ehemaligen Sowjetunion einzuführen und deren Einreise über Drittländer zu verbieten.<sup>218</sup> Dieser Vorschlag wird von Ignatz Bubis als „Stammtischvorlage“<sup>219</sup> bezeichnet, er wirft den Unionspolitikern vor, mit falschen Argumenten Stimmung gegen die Zuwanderer zu machen. Bubis erinnert in diesem Zusammenhang an den Holocaust und warf den Unionspolitikern vor zu vergessen, dass auch die Nazis von Judenräten gefordert haben, an der Auswahl für die Vernichtung mitzuarbeiten. Diese Entwicklung kommentiert die Süddeutsche Zeitung unter der Überschrift „Papiere für die rechten Wähler“<sup>220</sup>. In dem Kommentar wird die These vertreten, der Zentralrat der Juden müsse sich keine Sorgen machen, denn der Entwurf diene nicht der Entwicklung tatsächlicher parlamentarischer Initiativen, sondern sei vielmehr der Versuch, Wähler des rechten Randes an die Union zu binden.<sup>221</sup> Die Süddeutsche Zeitung äußert sich zu diesem Thema dahingehend, dass die Debatte angesichts der geringen Einwandererzahlen übertrieben sei und die Belastung durch die Kontingent-

---

<sup>215</sup> Vgl. Kugler (12.06.1996).

<sup>216</sup> Vgl. „Eine gewisse Unsicherheit“ (27.05.1996).

<sup>217</sup> S. DPA/AP (17.06.1996).

<sup>218</sup> Vgl. TAZ/AFP (24.03.1997). Dies scheint aber die Initiative eines Einzelpolitikers zu sein. Auf eine Anfrage des Grünen-Politikers Volker Beck im Bundestag antwortet die Bundesregierung, über eine Änderung der Aufnahmeregelung werde nicht nachgedacht. Vgl. Deutscher Bundestag (1997): 13. Wahlperiode, Drucksache 13/7361. Berlin 1997; S. 1. Interessanterweise äußern sich CDU-Politiker ganz anders zu diesem Thema im Jahr 2002 während der Diskussion um die Aufnahme des aufgrund seiner antisemitischer Äußerungen umstrittenen parteilosen Politikers Jamal Karsli in die FDP-Fraktion in Nordrhein-Westfalen im Gespräch mit dem Präsidenten des Zentralrats Paul Spiegel. Eine Begrenzung des Zuzugs wird in der Diskussion von der Union abgelehnt und die integrative Leistung der jüdischen Gemeinden im Bundesland gelobt. Vgl. Heims (05.06.2002).

<sup>219</sup> S. Weiland (25.03.1997).

<sup>220</sup> S. Papiere für die rechten Wähler (25.03.1997).

<sup>221</sup> Vgl. Schlötzer-Scotland (26.03.1997).

flüchtlinge von der CDU dramatisiert werde. In einem Spiegel-Essay kommentiert auch der deutsch-israelische Schriftsteller, Journalist und Politologe Rafael Seligmann diese Debatte.<sup>222</sup> Ironisch spricht er dabei von der Angst der CDU-Politiker vor der „jüdischen Invasion Deutschlands“<sup>223</sup>. Auch er sieht den Grund für den Vorschlag in dem Wunsch der Union, rechte Wähler für die Partei zu gewinnen, und fügt hinzu: „... und zwar gerade weil Ignatz Bubis und andere gegen diese Kampagne sofort protestieren“<sup>224</sup>. Vier Jahre später schlägt der SPD-Politiker Fritz Behrens im Rahmen der Idee, obligatorische Deutsch-Kurse für Einwanderer einzuführen, ein gesetzliches Aufnahmeverfahren für jüdische Zuwanderer vor. Paul Spiegel zeigt sich irritiert ob dieses – wieder nicht mit dem Zentralrat abgesprochenen – Vorschlags, da das Thema insbesondere die jüdischen Gemeinden betreffe.<sup>225</sup>

Im selben Jahr beschäftigt sich auch die Regierungskommission zur Zuwanderungspolitik unter der Leitung von Rita Süßmuth mit dem Thema der jüdischen Zuwanderer aus den GUS-Ländern. In ihrem Bericht schlägt die Kommission vor, nur noch Ausreisebewerber aufzunehmen, die nach den jüdisch-religiösen Gesetzen jüdisch sind. Als Integrationshilfe sollen den Migranten bereits im Herkunftsland Deutschkurse und Informationsveranstaltungen über die Situation in Deutschland angeboten werden. Gleichzeitig soll sich die Verteilung der Neuzuwanderer auf die Bundesländer an den dort existierenden jüdischen Gemeinden orientieren.<sup>226</sup> Diese Empfehlungen lassen sich auf Vorschläge des Zentralrats der Juden zurückführen. Die *tageszeitung* stempelt die Kommission als feige ab, weil diese die Ideen des Zentralrats übernommen hat, ohne eigene Vorschläge einzubringen. So heißt es: „Die deutschen Mitglieder der Kommission stimmten der Initiative Spiegels bereitwillig zu, sie sahen die Regelung als innerjüdische Angelegenheit an und wuschen ihre Hände damit in Unschuld.“<sup>227</sup> In diesem Zusammenhang schließt Paul Spiegel zum ersten Mal eine Begrenzung der Zuwanderung – auf eine vorsichtige Weise – nicht aus:

„In den letzten Jahren sind 30 000 Menschen gegen unseren Rat hier aufgenommen worden, die nach unserem halachischen Religionsgesetz keine wirklichen Juden sind; sie stammen weder von einer jüdischen Mutter ab, noch sind sie nach Regeln des Rabbinatsgerichts übergetreten. Das Zuwanderungsgesetz soll sich an unsere strengeren Regeln halten. Wir nennen den Auslandsvertretungen dazu Experten, die die jüdische Abstammung richtig kontrollieren können.“<sup>228</sup>

---

<sup>222</sup> Vgl. Seligmann (07.04.1997).

<sup>223</sup> S. ebd.

<sup>224</sup> S. ebd.

<sup>225</sup> Vgl. Heims (12.05.2001).

<sup>226</sup> Vgl. Zuwanderung gestalten – Integration fördern (2001). Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin 04.07.2001; S. 187f.

<sup>227</sup> S. Semler (16.07.2001).

<sup>228</sup> S. „Deutschkurse für Juden“ (25.06.2001).

Kurze Zeit später sagt Spiegel: „Wenn man Juden nach Deutschland reinlässt, soll dies die jüdischen Gemeinden stärken.“<sup>229</sup> Liberale jüdische Gemeinden und Gemeindemitglieder sprechen sich gegen eine Zuzugsbeschränkung aus.<sup>230</sup>

Nach ein paar Wochen verstummt die Diskussion um eine Zuzugsbegrenzung, bis die Berliner Zeitung im Dezember 2004 berichtet, dass die Bundesregierung ab Januar 2006 nur noch Juden einreisen lassen wolle, die die deutsche Sprache beherrschten, höchstens 45 Jahre alt seien und voraussichtlich keine Sozialhilfe beziehen würden. Auch diesmal wird der Zentralrat der Juden erst ein paar Tage vor der Veröffentlichung des informierenden Papers darüber informiert, Paul Spiegel reagiert mit Kritik. Besonders widerstrebt den jüdischen Repräsentanten, dass die 27.000 Juden, die zu diesem Zeitpunkt bereits ihren Antrag auf Ausreise gestellt hatten, nach den neuen Aufnahmebedingungen überprüft werden sollten. Paul Spiegel sagt, diese Art der Selektion erinnere ihn an die Rampe von Auschwitz.<sup>231</sup> Auch einzelne Politiker kritisieren das Vorhaben, so z. B. der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen Volker Beck, der diese Art der Begrenzung als „zu restriktiv und so nicht akzeptabel“<sup>232</sup> bezeichnet. Claudia Roth kommentiert: „Wir begehen den 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, und dann sagen wir den Juden, die kommen wollen: Ihr seid unerwünscht.“<sup>233</sup> Dies führt auch zu Streit innerhalb der rot-grünen Koalition. Grünen- und FDP-Politiker werfen der SPD vor, Entscheidungen hinter verschlossenen Türen und ohne eine Bundestagsdebatte zu treffen. Politisch korrekt, wenn auch unlogisch äußerten sich diejenigen Politiker, die sich eigentlich für eine Zuzugsbegrenzung einsetzen, wenn sie die russisch-jüdische Zuwanderung dennoch öffentlich als „Erfolgsgeschichte“<sup>234</sup> bezeichnen.

Hintergrund der Begrenzungsinitiative ist die Nachricht, dass im Jahr 2004 mehr Juden nach Deutschland (9400) als nach Israel (8400) eingewandert waren.<sup>235</sup> Was für eine diplomatische Verwicklung diese Nachricht darstellt, zeigt die Tatsache, dass Vertreter des Bundesinnenministeriums gleichzeitig mit dem Zentralrat der Juden auch die israelische Regierung über dieses – nun auch außenpolitisch brisante – Vorhaben unterrichten. Obwohl der Vorschlag diesmal durch einen konkreten Anlass gerechtfertigt ist, findet die Diskussion in einer angespannten Atmosphäre statt. Dazu schreibt die Süddeutsche Zeitung:

---

<sup>229</sup> S. Spahn (04.08.2001).

<sup>230</sup> Vgl. Jude sein (13.12.2001).

<sup>231</sup> Vgl. Dahlkamp (19.01.2005). Dieser Meinung schließen sich aber nicht alle Zentralratsmitglieder an. So sagt der Generalsekretär Stephan Kramer: „Läuft das Programm so weiter wie bisher, führt es zum Untergang der jüdischen Gemeinden.“ S. ebd.

<sup>232</sup> S. Kritik an Plänen zur Zuwanderung von Juden (22.12.2004).

<sup>233</sup> S. Drobinski (19.01.2005).

<sup>234</sup> S. KNA (24.12.2004). Vgl. auch Dahlkamp (19.01.2005).

<sup>235</sup> Vgl. REUTERS/DPA (20.12.2004). Die Zahlen variieren allerdings in den diversen Berichten: So spricht die Frankfurter Rundschau von 10.000 Einwanderern nach Israel und etwa doppelt so vielen Migranten in die Bundesrepublik. Vgl. Pörzgen (20.12.2004). Gleichzeitig sickerte die Nachricht durch, dass etwa 50.000 Einwanderer aus Israel in die GUS-Länder zurückgekehrt sein sollen, um dort einen Antrag auf eine Einreise nach Deutschland zu stellen. Vgl. Hildebrandt (28.09.2005a).

„Heikel. Schwierig. Sensibel. Wer hier mitredet, wägt jedes Wort – ein falscher Satz, und die Emotionen schlagen noch höher, als sie es ohnehin schon tun; die Emotionen der Juden in Deutschland, die der Antisemiten.“<sup>236</sup>

Und in einem anderen Bericht wird gefragt: „Doch wie soll eine Debatte emotionsfrei bleiben, wenn das Thema so gefühlsbeladen und verzwickelt zugleich ist?“<sup>237</sup>.

In einem Kommentar der Süddeutschen Zeitung wird die Debatte als „hässlich“<sup>238</sup> bezeichnet. Nachdem der Autor konstatiert hat, dass es ein historisches Paradox sei, dass Juden ausgerechnet nach Deutschland einreisen wollten, räumt er ein, dass Bedenken angesichts der Fälschungsdebatte nicht unberechtigt sind. An dieser Stelle wird auch das vermeintliche Tabu, Juden nicht kritisieren zu dürfen, thematisiert: „Das heikle Thema erfundener jüdischer Identitäten wurde lange ausgespart.“<sup>239</sup> Der Autor erinnert die Verantwortlichen dennoch daran, dass die historische Dimension der Einwanderung nicht vergessen werden dürfe. Als einzige Ausnahme in der Berichterstattung zu diesem Thema wird hier außerdem der Fakt erwähnt, dass nicht jeder der Neuankömmlinge ein schlecht integrierter, an der jüdischen Religion nicht interessierter Problemfall sei. Der Kommentar endet mit dem Appell an die Bundesregierung, eine Neuregelung der Einwanderung mit dem Zentralrat abzusprechen. In einem anderen Kommentar der Süddeutschen Zeitung wird sowohl der deutschen, als auch der jüdischen Seite vorgeworfen, die Debatte nicht ehrlich genug zu führen. Dabei wird die Zuwanderung per se als „ein Wunder“ und „Geschichte eines Erfolgs“ bezeichnet.<sup>240</sup> Das Fazit, das der Autor aus der Diskussion zieht, erinnert an die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands: „Doch er [der deutsche Staat, Anm. d. Verf.] wird sich im Grundsatz entscheiden müssen: Soll er Juden wie alle Zuwanderer behandeln? Oder sollte er sich erinnern, dass es gute Gründe gab und gibt, genau dies nicht zu tun?“<sup>241</sup>

In dem zu diesem Thema erschienenen Kommentar des Tagesspiegel wird der Begriff „Kontingentflüchtlinge“ problematisiert. Das Wort „Flüchtlinge“, so der Autor, sei für Israel beleidigend gewesen, denn die Juden aus den GUS-Ländern hätten jederzeit ins Gelobte Land auswandern können. Die Neuregelung wird als ein Geschenk für den Zentralrat der Juden dargestellt, während der Autor der Bundesregierung vorwirft, durch die Nichtanerkennung der akademischen Abschlüsse der Zuwanderer viele gute Arbeitskräfte zu verschwenden und nicht genügend Hilfe für deren Integration zu leisten.<sup>242</sup> Auch der Spiegel veröffentlicht unter dem Titel „Teurer Exodus“ einen längeren Artikel zu diesem Thema und

---

<sup>236</sup> Vgl. Drobinski (22.12.2004).

<sup>237</sup> S. Drobinski (19.01.2005).

<sup>238</sup> S. Käppner (24.12.2004).

<sup>239</sup> S. ebd. Dieser Aussage widersprechen die Ergebnisse dieser Arbeit. Vgl. Abschnitt 5.2.

<sup>240</sup> S. Fluchtpunkt Deutschland (08.01.2005).

<sup>241</sup> S. ebd.

<sup>242</sup> Vgl. Avidan (04.01.2005).



kommentiert kritisch: „Die Frage ist, welche Juden künftig noch aus dem Osten kommen dürfen. Faktisch läuft es darauf hinaus, wie viele es noch sein werden.“<sup>243</sup>

Im Jahr 2005 lassen die Medien endlich auch die Zuwanderer zu Wort zu kommen. So veröffentlicht die Süddeutsche Zeitung einen Essay des russisch-jüdischen Historikers Paul Polian. Dieser sieht im kurz vor Jahresende 2004 verfassten, aber nicht zur Veröffentlichung bestimmten Teilbeschluss der Bundesregierung ein faktisches Ende des Zuzugs. Gleichzeitig wirft er den Regierungsmitgliedern vor, einerseits die russischen Juden nicht, dafür Israel umso mehr in die Debatte mit einzubeziehen. Und er wundert sich darüber, dass die Beteiligten der jüdischen Seite bereit seien, „über das Schicksal anderer Juden zu diskutieren“<sup>244</sup>. Die *taz* veröffentlicht eine Reportage über einzelne Zuwanderer, die sich auch zu diesem Thema äußern dürfen. So nennt eine Frau die Beschlüsse der Innenminister „objektiv nicht gerecht“<sup>245</sup>, weil ihrer Meinung nach Familien nicht getrennt werden sollten. Eine andere Migrantin macht darauf aufmerksam, dass Deutschkenntnisse leider nicht genügten, um einen Job zu finden. Die Idee, Informationsseminare bereits im Herkunftsland zu veranstalten, kann sie nur loben.<sup>246</sup>

Nach zahlreichen Diskussionen werden die Forderungen, nur noch Juden bis zu einem bestimmten Höchstalter oder mit besonders guten Berufsperspektiven einreisen zu lassen, zugunsten einer stärkeren Kontrolle der Bewerber fallen gelassen. Die *tageszeitung* freute sich über das Vergessen dieser „Schnapsidee“ und kommentiert diese Entwicklung mit den Worten: „In Deutschland wird kein nach religiösen Kriterien ‚sauberes‘ Judentum entstehen. Bedauerlich ist das nicht.“<sup>247</sup>

Am 1. Juli 2006 berichtet der Spiegel, dass die Bundesregierung mit einem Punkte-katalog den Zuzug von Kontingentflüchtlingen steuern wolle.<sup>248</sup> Von Opfern national-sozialistischer Verfolgung abgesehen sollten nach dieser Regelung nur noch solche Juden einwandern dürfen, die mindestens 50 von 105 Punkten bekämen. Punkte werden für Alter, Hochschulabschlüsse, Berufserfahrung, Verwandtschaft in Deutschland sowie eine zu erwartende Mitarbeit in jüdischen Gemeinden vergeben. Der Zentralrat der Juden stimmt diesem Vorschlag zu.<sup>249</sup>

In Wellen taucht die Debatte um eine mögliche Begrenzung des Zuzugs von russischen Juden in den Medien auf. Dabei fällt auf, dass alle untersuchten Medien – obgleich sie jederzeit die Probleme der Zuwanderung einräumen – in ihren Kommentaren die

---

<sup>243</sup> S. Dahlkamp (19.01.2005).

<sup>244</sup> S. Polian (08.01.2005).

<sup>245</sup> S. Bollwahn (19.01.2005).

<sup>246</sup> Vgl. ebd.

<sup>247</sup> S. Gessler (25.06.2005).

<sup>248</sup> Vgl. Punkte-katalog für Juden (24.07.2006).

<sup>249</sup> Vgl. Hardenberg (25.07.2006).

Politiker stets an die geschichtlich bedingten Pflichten gegenüber Juden erinnern und sich gegen strenge Begrenzungsregelungen aussprechen. Durch die Medienberichterstattung werden auch die Skrupel der Politiker deutlich, dieses Thema offen in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Zum Zentralrat der Juden bleibt zu sagen, dass dieser in der Diskussion mit der deutschen Regierung immer wieder an den Holocaust erinnerte.

## **5.5. Akademiker vs. Abzocker – das Bild der Zuwanderer in den Medien**

In den meisten Medienberichten werden die Kontingentflüchtlinge als Problemfälle dargestellt. Als positive Eigenschaften erscheinen andererseits ihre gute Ausbildung sowie die Fähigkeit, sich anzupassen. In diesem Teilabschnitt werden die in den Medien herausgearbeiteten negativen und positiven Bilder der russischen Juden gegenübergestellt sowie die Versuche des objektiven Journalismus, beide Seiten aufzuzeigen, beschrieben.

### **5.5.1. Die negativen Beispiele**

Die in den Medien am häufigsten angesprochenen Probleme im Zusammenhang mit russisch-jüdischen Zuwanderern sind wohl die Konflikte in den jüdischen Gemeinden. Meist beschweren sich dabei vor allem alteingesessene Mitglieder über die fehlenden Religionskenntnisse der Neuzuwanderer und werfen diesen gleichzeitig vor, die Gemeinden als Anlaufstellen für soziale Angelegenheiten zu missbrauchen. Solche Aussagen sind bereits im Jahr 1992 zu hören, als z. B. ein Mitglied der jüdischen Gemeinde Berlin sagt: „Die russischen Emigranten kommen in erster Linie zu uns, weil wir ihnen helfen. Wir vermitteln Unterkünfte, versuchen ihnen Arbeit zu verschaffen und betreuen sie, auch menschlich. Aber mit einem religiösen jüdischen Leben haben die gar nichts am Hut.“<sup>250</sup> In einem Interview mit dem Spiegel macht auch der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden Ignatz Bubis bereits 1994 auf die Probleme aufmerksam, die die Zuwanderung mit sich bringt. So stellt er ebenfalls fest, dass viele Zuwanderer keine Kenntnisse der jüdischen Traditionen mitbrächten und manche Alteingesessene diese Tatsache nicht akzeptieren wollten.<sup>251</sup> Immer wieder machen Gemeindeglieder deutlich, dass die Integration der russischen Zuwanderer heute die Hauptaufgabe der jüdischen Gemeinden sei.<sup>252</sup> Angesprochen wird in den Medien auch die Schwierigkeit der so genannten Russen, sich an das regulierende

---

<sup>250</sup> S. Lebert (12.12.1992). Vgl. auch Hinrichs (21.12.1995); Wagemann (22.07.1998).

<sup>251</sup> Vgl. „Eine neue Ausreisewelle“ (24.01.1994). Auch die europäischen Rabbiner zeigen sich über den anhaltenden Zustrom jüdischer Russen besorgt. Vgl. Jüdische Gemeinden in Deutschland überfüllt (19.12.1996).

<sup>252</sup> Vgl. u. a. AP/REUTERS (10.01.2000); Arning (27.01.2003); Burchard (16.03.2003); Heuwagen (27.07.1997); Thurnes (31.03.2006); Wallraff (14.12.1999). Oft wird dabei auch bemängelt, dass die deutsche Regierung kaum Hilfe bei der Integration der Zuwanderer leiste. Die Tendenz, die russischen Juden als Belastung für jüdische Gemeinden zu beschreiben, lässt sich auch an manchen Überschriften wie z. B. „Zuwanderer überfordern jüdische Gemeinden“ ablesen. S. Heuwagen (04.03.2000).

Deutschland nach einem Leben in der ehemaligen Sowjetunion zu gewöhnen.<sup>253</sup> Als Beleg für die mangelnde Integration der Zuwanderer wird z. B. die Tatsache erwähnt, dass Gemeindemitteilungen oft in zwei Sprachen erscheinen oder Veranstaltungen in Gemeinden auf Russisch stattfinden müssen.<sup>254</sup> Mit der Zeit gehen Vertreter der alteingesessenen Gemeindemitglieder so weit, von einem Aussterben des deutschen Judentums zu sprechen.<sup>255</sup> In einem Kommentar der *tageszeitung* zum jüdischen Leben in Deutschland heißt es:

„Es muss darum gehen, die etwa 7.500 russischsprachigen Zuwanderer in die Gemeinde zu integrieren – die derzeitige Repräsentanten-Versammlung ist immer noch vor allem durch die Gemeindestruktur des alten West-Berlin geprägt. Das religiöse Leben sollte gestärkt werden, denn langsam, aber sicher erodiert das religiöse Wissen.“<sup>256</sup>

Zusammenfassen lässt sich die zunehmende Haltung gegenüber den Neuzuwanderern mit der inzwischen in jüdischen Gemeinden gängigen Aussage, die auch der Spiegel zitiert: „Wir haben Juden erwartet, und es kamen Russen.“<sup>257</sup> In den vergangenen Jahren kamen zunehmend Artikel hinzu, die sich mit Konflikten innerhalb der Gemeinden beschäftigen, bei denen die so genannten Russen angeblich die Führung übernehmen wollen.<sup>258</sup>

Der erste Artikel, der mit den Worten des Autors eine „Russifizierung“ der jüdischen Gemeinden andeutet, ist eine *taz*-Reportage, die unter dem Titel „Der jüdische Geist Berlins ist heute russisch“ im Mai 1995 erscheint.<sup>259</sup> Der Autor räumt zwar ein, dass die Zuwanderung eine Chance für die jüdischen Gemeinden sei, sagt aber im selben Abschnitt, dass nicht wenige Zuwanderer die Gemeinde mit einem „Dienstleistungsunternehmen“ verwechselten. Als sich der Artikel den ansteigenden Mitgliederzahlen widmet, schreibt der Autor „Mazl-Tów“<sup>260</sup> und spielt damit darauf an, dass die Gemeinden mit den vielen Neumitgliedern überfordert sind. Die mit der Ankunft der Kontingentflüchtlinge einsetzende Entwicklung wird negativ wahrgenommen: „... die Gemeinde wird unterderhand immer mehr zu einer russischen Oase – mit einer russischen Subkultur, die für Deutsche nur schwer zugänglich ist.“ Ähnlich negativ beschreibt auch der Spiegel die russisch-jüdischen

---

<sup>253</sup> Vgl. Schmitz (16.02.1998).

<sup>254</sup> Vgl. u. a. Woltersdorf (04.05.2001).

<sup>255</sup> So sagt z. B. der Soziologe Alphons Silbermann, dass die russischen Juden in der Pflicht stünden, das Aussterben der jüdischen Gemeinden zu verhindern. Dies könne aber nicht geschehen, solange sich diese gettoisieren. Vgl. Als Servicecenter mißbraucht (22.07.1998). Der Historiker Julius Schoeps sagt bereits 2001 voraus, dass man in vier Jahren eine russische Gemeinde haben würde. Vgl. Gessler (20.03.2001).

<sup>256</sup> S. Gessler (17.03.2001).

<sup>257</sup> S. Dommer/Knauer (03.05.2004).

<sup>258</sup> Als Beispiel kann der Streit in der jüdischen Gemeinde Berlin der vergangenen beiden Jahre dienen. Dabei ist von Machtübernahme, kriminellen Russen und Beschimpfungen die Rede. Vgl. u. a. Drobinski (25.11.2005); Gessler (19.11.2005); Sontheimer (07.11.2005).

<sup>259</sup> Vgl. Kugler (06.05.1995). Die folgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

<sup>260</sup> Aus dem Hebräischen übersetzt bedeutet es: „Viel Glück“.

Zuwanderer, als er darauf aufmerksam macht, dass ein Großteil der Neuankömmlinge zwar kaum in die Gottesdienste gehe und auch schon in ihrer alten Heimat keinerlei Bezug zur jüdischen Religion hatte, die Einladung nach Deutschland aber „sehr gern in Anspruch“<sup>261</sup> nehmen würde. Der Spiegel ordnet die mit der Zuwanderung der russischen Juden einhergehende Entwicklung als das ein, „was passiert, wenn sozialistischer Dirigismus und freie Marktwirtschaft zusammentreffen“<sup>262</sup>. Interessanterweise wird dieser Satz zusammen mit einem Bericht über kriminelle Kontingentflüchtlinge in Schwerin in einem Artikel abgedruckt, der eigentlich den Fall Gollwitz behandelte.

Die Belastung der Gemeinden durch die russischen Zuwanderer beschreibt die Süddeutsche Zeitung in eigenen Worten folgendermaßen: „Unruhe prägt die Gemeinde. Der Neuen wegen, die kein Chanukka feiern, dafür Weihnachten, die kein Jiddisch sprechen, sondern Russisch, die Spielhallen betreiben und keine Anwaltskanzlei.“<sup>263</sup> In dem Artikel, der schon durch die Wahl des Titels „Die Last der fremden Brüder“ seine Meinung wiedergibt, wird auch die Frau des damals bereits verstorbenen Heinz Galinski, der sich 1990 für die Einwanderung der russischen Juden eingesetzt hatte, zitiert. Bei der Lektüre fällt auf, dass der Autor die Aussagen von Ruth Galinski verstärken will. Wenn sie z. B. äußert, dass die Russen Menschen „anderer Mentalität“ seien, fügt er hinzu, dass sie diese nur „vorsichtig“ so umschreibe. Unter anderem schreibt er:

„Wir’, sagt Ruth Galinski und meint die deutschen Mitglieder der Gemeinde, ‚wir verstehen das nicht, deshalb ziehen wir uns zurück.’ Sie und die meisten langjährigen Mitglieder fühlen sich alleingelassen, manche sagen ‚ausgestoßen’, weil sie die Gemeinde als ‚wilden Osten’ empfinden. Leise sagt Ruth Galinski: ‚Wir sterben sowieso langsam aus.“<sup>264</sup>

Zehn Tage später musste die Süddeutsche Zeitung allerdings einen Leserbrief der interviewten Ruth Galinski drucken, die den Aussagen des Autors widersprach. Sie schrieb:

„In diesem Interview habe ich auf keinen Fall gesagt, daß ich mich aufgrund der starken Zuwanderung von Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion zurückgezogen habe. Auch gab ich nicht zu verstehen, daß ich mich ‚alleingelassen’, ‚ausgestoßen’ bzw. die Jüdische Gemeinde zu Berlin als ‚wilden Osten’ empfinde. Im Gegenteil: Genau wie mein verstorbener Mann habe ich die Zuwanderung nach Berlin begrüßt und für nötig befunden.“<sup>265</sup>

---

<sup>261</sup> S. Rückkehr nach Charlottengrad (28.08.1995).

<sup>262</sup> S. „Ein richtiger Mustopf“ (13.10.1997).

<sup>263</sup> S. Schmitz (16.02.1998). Die folgenden Zitate stammen aus diesem Artikel.

<sup>264</sup> Weiterhin wird in diesem Artikel eine Diskussion in der jüdischen Gemeinde Berlin beschrieben, während der die Neuzuwanderer entweder geschlafen, geplaudert oder gefragt haben sollen, wie die Gemeinde ihnen zu helfen gedenkt.

<sup>265</sup> S. Leserbriefe: Juden aus Osteuropa bereichern Berlin (26.02.1998).

Wenn es in den Medien um die Probleme der Kontingentflüchtlinge geht, werden diese meist als eine homogene Gruppe dargestellt. So schreibt die Süddeutsche Zeitung: „Die Russen besitzen einen ungesicherten Aufenthaltsstatus, haben oft keine Arbeit, keine Wohnung, kommen bei Verwandten unter und können fast nie Deutsch.“<sup>266</sup> Auch schlichte Klischees werden zuweilen bemüht wie z. B.: „Frauen mit grellen Flokatiwesten und blond gefärbten Haaren, Männer mit verhornten Händen und USA-Sweatshirts.“<sup>267</sup> Diese Fokussierung auf Klischees innerhalb der Medien konstatiert auch die *tageszeitung*, wenn sie schreibt:

„Der Blick in die Medien entlarvt die Masken, die sich die Autoren aufsetzen: Selbst liberale Medien wie der *Tagesspiegel* oder die *Süddeutsche Zeitung* bilden oft nur ein höchst klischeehaftes Bild vom russischen Juden ab. Bei der verschwindend geringen Zahl an Juden in Deutschland spielt das in den Medien kolportierte Bild mangels eigener Erfahrungen aber eine wichtige Rolle ....“<sup>268</sup>

Auffallend ist auch die Entwicklung, dass Kontingentflüchtlinge zunehmend mit „Russen“ gleichgesetzt werden. Damit werden ihnen auch die gegenüber Russen gängigen Vorurteilen entgegen gebracht.<sup>269</sup> Dazu gehören vor allem die Klischees über neureiche Russen, die ihren Wohlstand überall vorzeigen müssen.<sup>270</sup> Damit geht auch die Entwicklung einher, dass die Russen und damit auch die Kontingentflüchtlinge mit Kriminellen in Verbindung gebracht oder sogar gleich gesetzt werden. Deutlich wird es z. B. in einem Artikel des Spiegel, der von einem jüdischen Zuwanderer berichtet, der alteingesessene Gemeindegliedern am Telefon bedroht haben soll – er war an seinem russischen Akzent erkennbar.<sup>271</sup> Die Süddeutsche Zeitung beschreibt in einem Artikel, der von Wahlen zu einer Repräsentantensammlung in der jüdischen Gemeinde Berlin handelt, die russischen Repräsentanten als Kriminelle, die mit Menschenhandel in Verbindung gebracht werden. Auch deutsche Bürger verbinden Russen und damit auch jüdische Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion mit Kriminellen. So heißt es in einer Reportage über ein ost-deutsches Dorf:

„So entstand, nachdem die Flüchtlinge ein paar Monate im Dorf gelebt hatten, das Gerücht, daß sie mit Drogen und Waffen handeln würden. Die zunächst offene

---

<sup>266</sup> S. Schmitz (16.02.1998).

<sup>267</sup> S. ebd. In einem anderen Artikel, der sich gar nicht mit russischen Juden per se beschäftigt, werden diese nur am Rande erwähnt und als Juden beschrieben, „die oft weder Deutsch sprechen noch ihre Religion kennen“. S. Mit Humor und Klugheit (06.11.1998). In der Süddeutschen Zeitung sieht nach eigener Aussage „typisch östlich“ aus, wer aschblondes Haar, hellen Teint habe und blassgrüne Kleidung trage. Vgl. Müller (12.06.2002).

<sup>268</sup> S. Arhndt (08.02.2000).

<sup>269</sup> Dies sehen auch die Medien selbst: „Nicht jeder, der hierzulande als Russe bezeichnet wird, ist einer. Oft werden Bürger aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion mit ‚Russe‘ gleichgesetzt.“ S. Topçu (08.10.2003).

<sup>270</sup> Der Spiegel macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass auch die Zuwanderer sich an den Allüren dieser Neureichen stören, weil sie besorgt sind, dass sie zunehmend mit diesen in Verbindung gebracht werden. Vgl. Rückkehr nach Charlottengrad (28.08.1995).

<sup>271</sup> Vgl. Warnung aus Odessa (04.12.1995).

Empörung verwandelte sich bald in ‚leises Gemunkel‘. Die Situation war brisant, denn es ging nicht mehr um ‚alltägliche Schiebereien, wie man sie von den Juden gewohnt ist‘.<sup>272</sup>

Als Problem wird auch die Tatsache dargestellt, dass viele Zuwanderer vor allem ab Mitte der 90er Jahre aus ökonomischen Gründen nach Deutschland kommen und nicht, um dem Antisemitismus in den GUS-Ländern zu entfliehen.<sup>273</sup>

Vorsichtig negativ äußern sich über die Probleme der jüdischen Kontingentflüchtlinge auch Politiker. Diese haben aber immer Bedenken, Probleme mit Juden in der Öffentlichkeit anzusprechen. So sprach der damalige Unionsfraktionschef Wolfgang Schäuble 1996 im Zusammenhang mit der jüdischen Zuwanderung von einer „schwierigen Geschichte“, die man „so leise wie möglich“ handhaben solle.<sup>274</sup>

Wenn russische Juden in den Medien selbst zu Wort kommen und über ihre Probleme berichten, dann wird am häufigsten angesprochen, dass sie keine Arbeit finden.<sup>275</sup> Oft sprechen sie auch von ihrer Sehnsucht nach dem kulturellen Leben, das sie in den GUS-Ländern geführt haben. Als Beispiel soll hier das Zitat eines älteren Einwanderers aus der *tageszeitung* dienen: „Es gibt keine Arbeit, keine Perspektiven, keine Kontakte mit Deutschen.“<sup>276</sup> In Bezug auf das Problem der Integration in die jüdischen Gemeinden wünschen sie sich mehr „Hilfe zur Selbsthilfe“<sup>277</sup> vom Zentralrat der Juden und den alteingesessenen Gemeindemitgliedern.<sup>278</sup> Traurig stimmt die Zuwanderer auch die Tatsache, dass sie im Zentralrat so gut wie gar nicht vertreten sind.<sup>279</sup> Einzelne zeigen sich außerdem ängstlich gegenüber dem Rechtsradikalismus in Deutschland.<sup>280</sup>

## 5.5.2. Die positiven Beispiele

Vereinzelt veröffentlichten die Medien auch Artikel, die ein positives Bild russischer Juden wiedergeben oder von ihrer Bereicherung für die jüdischen Gemeinden berichten. Vor allem in den Anfangsjahren der Einwanderung wurde die Atmosphäre in den Gemeinden als

---

<sup>272</sup> S. Trapp (25.09.1997).

<sup>273</sup> Vgl. Als Servicecenter mißbraucht (22.07.1998).

<sup>274</sup> S. So leise wie möglich (27.05.1996).

<sup>275</sup> Vgl. u. a. Spahn (21.09.2000).

<sup>276</sup> S. Ketschagmadse (12.05.1999).

<sup>277</sup> S. Gessler (10.01.2000).

<sup>278</sup> Vgl. v. a. Lagodinsky (10.07.2006). Der unter dem Titel „Die Arroganz der Altvorderen“ nach der Wahl von Charlotte Knobloch zur Vorsitzenden des Zentralrats der Juden veröffentlichte Artikel wurde von einem jüdischen Kontingentflüchtling verfasst. Der Autor wirft den alteingesessenen Gemeindemitgliedern vor, die Zuwanderer mit Überheblichkeit zu behandeln und ihnen eine Leitkultur aufzwingen zu wollen.

<sup>279</sup> So sagt z. B. ein Zuwanderer: „Niemand weiß, was die im Zentralrat machen.“ S. Gessler (21.09.2000).

<sup>280</sup> So schreibt die Süddeutsche Zeitung über eine Zuwanderin: „Da erschien Deutschland als das gelobte Land, und trotzdem: Auch hier fühlt Mascha sich nicht wirklich willkommen. Das Wohnheim mit den jüdischen Emigranten, wo sie vorher wohnte, wird jetzt von der Polizei bewacht.“ S. Spahn (21.10.2000).

sehr positiv dargestellt: Die alteingesessenen Gemeindemitglieder halfen den Neueinwanderern bei der Eingliederung, während diese die Gemeinden bereicherten und Dankbarkeit gegenüber den Gemeinden und der deutschen Gesellschaft zeigten.<sup>281</sup> In der Süddeutschen Zeitung wird z. B. eine Einwanderin mit den Worten zitiert: „Das war eine ganz andere Welt: Ich hatte die Freiheit, mich zum Judentum zu bekennen. Und ich kann heute alles erfahren über jüdische Geschichte und jüdische Kultur.“<sup>282</sup> Auch alteingesessene Gemeindemitglieder werden zitiert, die sich über die Neuankömmlinge freuen und diesen gerne behilflich sind.<sup>283</sup> Meistens wird dabei auch auf die Tatsache eingegangen, dass die meisten Einwanderer akademische Abschlüsse mitbringen, die hierzulande jedoch nicht anerkannt werden. So heißt es z. B. in der Süddeutschen Zeitung:

„Für die deutsche Bürokratie spielt es keine Rolle, dass Natascha und Michail zu Hause, in der Ukraine, nicht nur ihr Studium abgeschlossen, sondern auch zahlreiche wissenschaftliche Artikel veröffentlicht haben. Die beiden haben auch bereits praktische Erfahrungen in Chirurgie, Orthopädie und Onkologie sowie in der Pflege in einem tierärztlichen Beratungszentrum mit angeschlossener Klinik gesammelt.“<sup>284</sup>

Gleichzeitig gibt es in den Medien Beispiele dafür, wie eifrig die Juden versuchen, Arbeit zu finden, obwohl sie immer wieder an diesem Ziel scheitern.<sup>285</sup> Bewundert wird auch ihre Kreativität beim Überleben in Deutschland sowie die Hilfsbereitschaft.<sup>286</sup> Die *taz* schreibt:

„Man hilft sich selbst, Salon „Ko-ko“ ist zur Jobbörse geworden. Hier tauschen die Gäste Hilfsdienste wie ausgelesene Bücher. Ein Haarschnitt zu Bar-Mizwa gegen Tips für die Bewerbung. Nachhilfe in Mathe gegen eine Renovierung. Wo das nötige Kleingeld herkommt, verraten Visitenkarten auf dem Sims: Daniel Schauck verkauft Autos, Ilja Meiler bläst Ohren durch, Dr. Satanowsyky ist Unfallgutachter geworden.“<sup>287</sup>

---

<sup>281</sup> Auch wenn die Medien in den letzten fünf Jahren zunehmend über Probleme in den Gemeinden berichten, gibt es hin und wieder auch mal einen positiven Artikel zu diesem Thema. So veröffentlicht die Süddeutsche Zeitung einen Bericht über einen Würzburger, der ein jüdisches Kulturzentrum zur Förderung der Integration organisiert und sich über die Zuwanderung der russischen Juden freut. Vgl. Przybilla (17.01.2005).

<sup>282</sup> S. Berth (05.05.2000). Die *taz* schreibt dazu: „Der fast 70jährigen Kima Greidina kommen über die Aufnahme in Deutschland keinerlei Klagen über die Lippen.“ S. Weinreich/DPA (02.09.1994).

<sup>283</sup> So sagt eine nach dem Krieg in Deutschland geborene Jüdin, sie freue sich, dass man sich als Jude nicht mehr so alleine fühle. Gleichzeitig bringen die „Russen“ ihrer Meinung nach fröhliche Stimmung in die Gemeinden. Vgl. Bönnemann (12.12.1998).

<sup>284</sup> S. Köpp (14.07.2001).

<sup>285</sup> Vgl. u. a. Bönnemann (12.12.1998); Hillgruber (26.02.1993); Köpp (14.07.2001); Weinreich/DPA (02.09.1994).

<sup>286</sup> So arbeiten manche Zuwanderer ehrenamtlich in diversen Organisationen, wie z. B. in christlich-jüdischen Gesellschaften, oder gründen Lerngruppen. Vgl. Köpp (14.07.2001). Auch Integrationsinitiativen melden, dass jüdische Kontingentflüchtlinge besonders häufig ihren Deutschunterricht oder Informationsveranstaltungen besuchen. Vgl. Das eigene Leben auf Deutsch (22.05.2002).

<sup>287</sup> S. Bullion (25.07.1997).

Auch die Bereitschaft der russisch-jüdischen Einwanderer, die deutsche Sprache zu erlernen und hart dafür zu arbeiten, wird als positiv hervorgehoben. Meistens wird das Deutsch der Zuwanderer als akzentreich, aber „beeindruckend“<sup>288</sup> beschrieben. Die Süddeutsche Zeitung beschreibt z. B. einen 45-jährigen Wärme- und Klimatechnikingenieur als einen lern-, arbeits- und integrationswilligen Zuwanderer:

„Igor hat sein erstes deutsches Wort vor fünf Jahren gesprochen und versteht inzwischen alles. Doch sprechen wird er diese Sprache nie so, wie er es möchte, ‚wie Russisch eben‘, sagt er mit hartem Akzent. ‚Das wird immer ein Problem bleiben.‘ [...] Sein Ingenieur-Diplom habe man hier sofort anerkannt, doch wegen seines Alters hätte er wohl keine Chance, einen Job zu bekommen. So verdient er als Taxifahrer den Lebensunterhalt. [...] Letztlich könne hier kaum ein Immigrant seinen erlernten Beruf ausüben, genau wie seine Frau: obgleich Ärztin, arbeitet sie als Krankenschwester.“<sup>289</sup>

Positiv werden auch die – meist sehr erfolgreichen – Kinder der Einwanderer sowie die daraus resultierende Freude und Hoffnung der Eltern beschrieben: Die Kinder sind oft hoch begabt, studieren fast alle nach der Schule an Universitäten und integrieren sich sowohl ins Arbeits- als auch ins gesellschaftliche Leben.<sup>290</sup> Ein Beispiel für diese Familienentwicklung findet sich in der Frankfurter Rundschau:

„Der Ingenieur, der vor elf Jahren mit seiner Familie aus dem ukrainischen Kiew nach Kassel kam, ist hier ‚sehr zufrieden‘. Auch wenn er selbst und seine Frau – ebenfalls Ingenieurin – keine Arbeit gefunden haben. Sein Sohn arbeitet seit Jahren als Architekt in Nordhessen, seine Tochter schreibt ihre Diplomarbeit an der Göttinger Uni, auch der Neffe ist Ingenieur.“<sup>291</sup>

Den positiven Spagat zwischen den Kulturen beschreibt die *taz* am Besten im Zusammenhang mit einer aus Russland stammenden Familie:

„So wie die Einrichtung ihrer Wohnung in Berlin-Tiergarten eine Mischung aus Russland und Deutschland ist – eine Wanduhr mit dem Berliner Rathaus und Tassen mit Sehenswürdigkeiten aus St. Petersburg –, versuchen sie auch in ihrem Leben einen deutsch-russischen Spagat. Zwischen Wodka, Ernst Jünger, dem deutschen

---

<sup>288</sup> S. u. a. Bönnemann (12.12.1998).

<sup>289</sup> S. Bönnemann (12.12.1998).

<sup>290</sup> Vgl. u. a. Bönnemann (12.12.1998); Gleich (29.05.2005). Als positives Integrationsbeispiel werden russische Jugendliche z. B. in einer Theaterkritik von einem deutsch-jüdischen Musical dargestellt. So heißt es darin: „Elena, ihre Hauptdarstellerin, kennt die viel diskutierten ‚Integrationsprobleme‘ nicht. Sie kam vor zweieinhalb Jahren aus St. Petersburg. ‚Ich gehe nie wieder weg aus Deutschland‘, sagt sie und strahlt wieder.“ Vgl. Menne (25.03.2002). Auch in den Schulen fällt die Lernfähigkeit russisch-jüdischer Kinder auf. Vgl. Mai (19.04.2006).

<sup>291</sup> S. Pasch (08.11.2003).



Lieblingsautor von Igor Khubbeev, und Herbert Grönemeyer, dessen Musik Nora Gaydukova ‚tief und human‘ nennt.<sup>292</sup>

In den meisten Fällen, in denen die russischen Juden in einem positiven Licht erscheinen, wird argumentiert, dass sie eine Bereicherung für die jüdische Welt sind.<sup>293</sup> Dabei geht es aber selten darum, dass einzelne Personen etwas zum jüdischen Leben beitragen, sondern vielmehr um steigende Mitgliederzahlen in den Gemeinden, die z. B. zu Eröffnungen jüdischer Einrichtungen oder dem Wiedererstarken von Gemeinden allgemein führen. Von der Bereicherung der russischen Juden für deutsche Städte und Gemeinden berichtet eine Reportage der Süddeutschen Zeitung, die ein brandenburgisches Dorf beschreibt:

„Heute hat Ferch einen höheren Ausländeranteil als der Berliner Bezirk Kreuzberg. Von den 1300 Einwohnern sind ein Viertel Ausländer, unter ihnen einige Unternehmer, Künstler und Hochschulprofessoren, die meisten aber kamen als jüdische Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion. Viele haben sich sehr aktiv in das Gemeindeleben eingebracht, man kennt sich als Nachbarn, als Personen, als Freunde.“<sup>294</sup>

Weiterhin heißt es in dem Artikel, für die Freundlichkeit und Gastfreundschaft der deutschen Fercher würden die Einwanderer sich mit kreativen Ideen für das Gemeindeleben revanchieren.

Positiv berichtet wird auch über einzelne – zumeist kreative – Initiativen russischer Juden.<sup>295</sup> Dazu gehört z. B. die Wiedereröffnung des jiddischen Theaters in Berlin.<sup>296</sup> Hier wird betont, dass sowohl der Regisseur als auch mehrere Schauspieler eine professionelle Ausbildung und überdurchschnittliches Talent mitbrächten. Bewundert wird auch ihre Kreativität, wenn es darum geht, das Theater ohne große finanzielle Ausstattung zu leiten: So bezahlen sie z. B. Bühnenbilder sowie Kostüme von ihrer Sozialhilfe. Damit wird aus Sicht der deutschen Medien die Tradition der jüdischen Kultur in Deutschland zu neuem Leben erweckt, der Zweck der russischen Einwanderer wird also erfüllt. So heißt es in der *taz*: „Unter widrigsten Bedingungen lassen die russischen Juden die Welt des jiddischen Theaters auferstehen. Und versuchen so, vor allem den aus Osteuropa eingewanderten

---

<sup>292</sup> S. Bollwahn (19.01.2005).

<sup>293</sup> Vgl. u. a. Gerlach (17.03.2004); Hildebrandt (28.09.2005a); Schäfermeier (16.11.2001). So heißt es in der Süddeutschen Zeitung: „Es gibt wieder jüdische Kindergärten, Religionslehrerinnen, junge Rabbiner in Deutschland – ist nicht erst das ein Sieg über Hitlers Vernichtungswillen?“. Vgl. Drobinski (02.05.2006). Ein konkretes Beispiel hierfür ist die Eröffnung jüdischer Schulen. Vgl. u. a. Eck (14.09.1995); Gessler (23.06.2000).

<sup>294</sup> S. Kahane (24.10.1998).

<sup>295</sup> Der wohl berühmteste Vertreter der neuen russisch-jüdischen Kultur ist der Schriftsteller Wladimir Kaminer. Vgl. u. a. Broder (18.09.2000); Margolina (22.08.2002). Insgesamt wird aber – außer in Veranstaltungshinweisen – kaum über die zahlreichen zugewanderten Künstler berichtet.

<sup>296</sup> Vgl. u. a. Schmitz (20.08.1994).

Juden ein Stück Identität zu vermitteln.“<sup>297</sup> Ein Beispiel für erfolgreiche russisch-jüdische Unternehmer bietet immer wieder der Zeitungsherausgeber Boris Feldmann, der sein Zeitungsimperium russischsprachiger (und teilweise jüdisch-thematischer) Periodika immer weiter ausweitet und damit Stoff sowohl für Wirtschafts- als auch für Medienseiten der Zeitungen bietet.<sup>298</sup>

Auch Vertreter der jüdischen Seite, die in den Artikeln zu Wort kommen, äußern sich vor allem in den Anfangsjahren sehr positiv über die Zuwanderung. So spricht der Historiker Julis Schoeps 1996 voller Begeisterung von einem „erneute[n] Erblühen“<sup>299</sup> des jüdischen Lebens. Ignatz Bubis sagt 1997: „Die Integration der Zuwanderer läuft bis auf drei, vier Gemeinden problemlos.“<sup>300</sup> Und Benjamin Bloch, Direktor der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland äußerte sich noch positiver: „Doch es ist nicht so, daß die Neuankömmlinge kein Interesse am Judentum hätten. Ganz im Gegenteil! Die sagen: Wir sind interessiert, doch ihr müßt verstehen, daß es ein bißchen dauern wird, weil wir erst den Weg zurückfinden müssen.“<sup>301</sup> Etwas skeptischer hört sich Paul Spiegel 1999 an, der das Potential der Akademiker und Künstler nur in einem Nebensatz erwähnt: „Drei Viertel der Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, überwiegend hoch qualifizierte Leute, sind Sozialhilfeempfänger und zahlen keine Kultussteuer. Die jüdischen Gemeinden helfen, wo sie können. Die Zugezogenen sprechen zunächst kein Deutsch ....“<sup>302</sup> Auch positive Entwicklungen unter den russischen Juden im Laufe der Zeit werden von jüdischer Seite durchaus konstatiert. So sagt der scheidende Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Berlin Alexander Brenner 2004: „Auch an den Gottesdiensten nehmen zunehmend Gemeindeglieder teil, die aus der UdSSR stammen.“<sup>303</sup> Und sein Nachfolger Albert Mayer spricht von einer „intellektuelle[n] Erneuerung“<sup>304</sup> der Gemeinde durch die vielen Akademiker und Künstler. Auch wenn sich die Artikel, die ein positives Bild der russischen Zuwanderer wiedergeben, meist nicht in den letzten Jahren veröffentlicht wurden, fällt auf, dass – neben der allgemeinen Freude über die wachsenden Gemeinden – die Probleme immer dann kleiner und die Kontingentflüchtlinge positiver erscheinen, wenn sich die Journalisten mit einzelnen Personen und nicht mit der Gruppe an sich befassen.

---

<sup>297</sup> S. Schmitz (20.08.1994).

<sup>298</sup> Vgl. u. a. Kohlenberg (12.02.2001); Klussmann/Sontheimer (19.12.2005); Leue (15.08.1996); Spahn (04.04.2001).

<sup>299</sup> S. Junge (26.03.1996). Ein paar Jahre später spricht er allerdings vom Aussterben des deutschen Judentums.

<sup>300</sup> S. DPA (25.08.1997).

<sup>301</sup> S. Bönnemann (12.12.1998). Ähnlich positiv äußert sich auch der damalige Vizepräsident des Zentralrats der Juden und TV-Moderator Michel Friedmann: „Bei allen Problemen, die es natürlich auch gibt, ist die Zuwanderung ein Glücksfall für die jüdischen Gemeinden. Sie bedeutet eine Revitalisierung und Verjüngung, eine Dynamisierung, die man gar nicht hoch genug einschätzen kann. Für mich ist das wirklich etwas ganz Außerordentliches.“ Vgl. „Jetzt Farbe bekennen“ (22.04.2000).

<sup>302</sup> S. „80 Prozent sind hoch verschuldet“ (27.12.1999).

<sup>303</sup> S. Gessler (07.01.2004).

<sup>304</sup> S. Keller (07.02.2004).

### 5.5.3. Die „objektive“ Berichterstattung

Viele der zum Thema jüdische Zuwanderung erschienen Artikel lassen sich weder in die Kategorie der Berichte fassen, die die Kontingentflüchtlinge kritisieren, noch zu jenen Artikeln zuordnen, die ausschließlich die positive Seite dieses Zuwanderungsprozesses aufzeigen. Ein Beispiel hierfür ist die 1992 veröffentlichte Reportage der Süddeutschen Zeitung, die von Kontingentflüchtlingen in Frankfurt am Main berichtet.<sup>305</sup> Am Beispiel einzelner Familien beschreibt die Autorin einerseits die Schwierigkeiten, die die Kontingentflüchtlinge bewältigen müssen, wie z. B. die Tatsache, dass ihre akademischen Abschlüsse nicht anerkannt werden. Gleichzeitig wird darauf eingegangen, wie sehr sich die Zuwanderer bemühen, sich in Deutschland einzugliedern, und wie sehr sie sich darüber freuen, dass sie das Judentum in Deutschland ohne staatliche Diskriminierung und damit ohne Ängste kennen lernen können. Deutlich werden diese journalistischen Versuche, objektiv zu sein, zuweilen bereits an den Titeln oder den Unterüberschriften wie z. B. „Die Integration russischer Zuwanderer wird trotz mancher Probleme als große Chance gesehen“<sup>306</sup>.

Meist wird dabei – auch in grundsätzlich negativ anmutenden Artikeln<sup>307</sup> – vor allem hervorgehoben, dass die Zuwanderer trotz der Probleme eine große Bereicherung für die jüdischen Gemeinden bedeuteten, und dass diese Tatsache gerade in Deutschland ein großes Wunder sei.<sup>308</sup> Positiv wird in solchen Artikeln oft auch das kulturelle Interesse der russisch-jüdischen Zuwanderer hervorgehoben, wenn die vielen mit ihrer Hilfe gegründeten jüdisch-kulturellen Organisationen oder Namen berühmter eingereister Künstler aufgezählt werden. Dennoch wird gleichzeitig gefragt, ob damit tatsächlich die jüdische Kultur, die man aus der Vorkriegszeit kannte, auferstehen könne, und nicht vielmehr die russische Kultur in Deutschland gestärkt werde.<sup>309</sup> Manchmal werden die Vor- und Nachteile der Zuwanderung auch an verschiedenen Generationen deutlich: Während bei der Beschreibung der älteren Erwachsenen meist aufgezählt wird, welche angesehenen Berufe diese im Herkunftsland ausgeübt hatten, um gleichzeitig festzustellen, dass sie hierzulande kaum Chancen haben, eine Arbeit zu finden, wird gleichzeitig beschrieben, wie erfolgreich und schnell sich deren Kinder in die deutsche Gesellschaft integrieren.<sup>310</sup>

In dieser Art abwägend äußern sich oft auch alteingesessene Gemeindemitglieder in den Medien, wenn sie betonen, dass sie sich über die Zuwanderer freuen, dass die Integ-

---

<sup>305</sup> Vgl. Roll (11.08.1992).

<sup>306</sup> S. Heuwagen (16.04.1993).

<sup>307</sup> Als Beispiel soll ein Artikel der Süddeutschen Zeitung dienen, der bereits in der Unterüberschrift „Vor allem kleinere jüdische Gemeinden fühlen sich von Einwanderern aus der früheren UdSSR überrannt, denen sie manchmal nicht über den Weg trauen“ seine Meinung wiedergibt, in dem aber erwähnt wird, dass viele Gemeinden wie z. B. Speyer ohne die Zuwanderer nicht existieren würden. Vgl. Kahlweit (13.10.1998).

<sup>308</sup> Vgl. u. a. Gessler (11.10.1999); Hildebrandt (28.09.2005b); „Lied`l fum goldenen Land“ (02.10.1995); Neumann (30.08.2002).

<sup>309</sup> Vgl. u. a. Augstein (09.09.1994); „Lied`l fum goldenen Land“ (02.10.1995); Löhe (28.10.2004).

<sup>310</sup> Vgl. u. a. Melzer (06.08.1996).

ration sich aber als schwierig gestalte.<sup>311</sup> So erzählt der frühere Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Berlin Andreas Nachama in einem *taz*-Interview zwar einerseits, dass zumeist diejenigen Zuwanderer in die Gemeinde kämen, die entweder beruflich nicht integriert oder einsam seien, andererseits gibt er genauso zu, dass z. B. die Jüdische Oberschule und auch viele Veranstaltungen ohne die Kontingentflüchtlinge gar nicht entstanden wären.<sup>312</sup> Manchmal scheint es dabei so, als würden die deutschen Medien diese positive Sichtweise widerlegen wollen. So heißt es in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung, der unter der Unterüberschrift „In vielen deutschen Städten blüht jüdische Kultur zaghaft auf“ erschienen ist und sich eigentlich dem Erstarken der jüdischen Gemeinden in Deutschland widmet: „Trotz des Wachstums: Von einer neuen Blüte jüdischer Kultur darf hierzulande eigentlich nicht gesprochen werden.“<sup>313</sup>

Es fällt weiterhin auf, dass Anfang der 90er Jahre von jüdischer Seite kaum Kritik an den „Russen“ zu hören war. Diese negative Seite zu beschreiben, blieb also die Aufgabe der Journalisten. Ganz deutlich wird es an einem 1995 erschienenen Artikel im Spiegel.<sup>314</sup> So heißt es darin über einen Mitarbeiter der jüdischen Gemeinde Berlin, der sich in einem Interview positiv über die Zuwanderer geäußert hatte: „Kanal hält sich diplomatisch zurück und spricht nicht von den Schwierigkeiten, die innerhalb der Gemeinde existieren.“<sup>315</sup> Und weiterhin kann man dann lesen: „Die meisten, die seit ihrer Geburt in Berlin leben, haben Schwierigkeiten mit den Ostjuden. Damit lassen sich die Alteingesessenen nicht zitieren, aber sie reden darüber unterderhand.“<sup>316</sup> Ähnliches ist auch in einem Interview mit dem Vorsitzenden der Berliner Gemeinde Alexander Brenner zu beobachten, als der Journalist in seinen Fragen immer wieder auf die Probleme der Zuwanderer hinweist und Brenner damit unterstellt, seine positive Sicht auf die Zuwanderung sei nur gespielt.<sup>317</sup>

Zuweilen wird auch über Projekte berichtet, die bei allen Problemen versuchen, ein positives Miteinander in den jüdischen Gemeinden zu erschaffen, die Integration zu fördern und damit Hoffnung schaffen, anstatt nur über Schwierigkeiten zu sprechen. Ein Beispiel hierfür ist die Aktion jüdischer Studenten, die in Köln ein deutsch-russisches Gebetbuch zu den Hohen Feiertagen erarbeitet hatten. Dieses wurde von beiden Seiten positiv aufgenommen.<sup>318</sup> Ein anderes Beispiel sind Berichte über einzelne Zuwanderer, die sich ehrenamtlich in Gemeinden oder anderen Organisationen engagieren und z. B. ihre

---

<sup>311</sup> Vgl. u. a. Berth/Gümbel (25.02.1999); „Jetzt Farbe bekennen“ (22.04.2000); Juden in Deutschland (16.10.2000); Kanis (31.07.2000); Neumann (01.10.1997).

<sup>312</sup> Vgl. „Man muß das Kind beim Namen nennen“ (15.07.1998).

<sup>313</sup> S. Hoch (22.09.1998).

<sup>314</sup> Vgl. „Lied'l fum goldenen Land“ (02.10.1995).

<sup>315</sup> S. ebd.

<sup>316</sup> S. ebd.

<sup>317</sup> Vgl. Gessler (15.07.2002).

<sup>318</sup> Vgl. u. a. Gefährdete Renaissance (22.04.2000); Weingärtner (06.10.1998).

vielfachen Kenntnisse als Lehrer an Kinder weitergeben.<sup>319</sup> Es fällt außerdem auf, dass bei Problemaufzählungen oft positive Geschichten einzelner Neuzuwanderer als Gegenbeispiele dienen.<sup>320</sup>

Auch aus der Sicht der Einwanderer hat die Zuwanderung zwei Seiten: Oft machen die Medien darauf aufmerksam, dass die Kontingentflüchtlinge in der ersten Zeit nach ihrer Ankunft von Deutschland begeistert sind, mit der Zeit aber immer mehr auch die Schwierigkeiten sehen und ob der Probleme resignieren.<sup>321</sup> Dieser Gegensatz wird z. B. an der Überschrift eines Artikels der Süddeutschen Zeitung „Der falsche Traum vom glanzvollen Neustart“<sup>322</sup> deutlich.

## 5.6. Zusammenfassung der Ergebnisse

Bei der Medienlektüre fällt in erster Linie auf, dass die russischen Juden selbst erstaunlich selten in Artikeln, die sich mit ihnen, ihrer Zukunft und Vergangenheit beschäftigen, zu Wort kommen. Dabei ist es unerheblich, ob sich die jeweilige Berichterstattung den gegen die Kontingentflüchtlinge erhobenen Vorwürfen, Debatten über eine mögliche Zuzugsbegrenzung oder anderen Themen widmet: Nur in Ausnahmefällen werden die Protagonisten zu den Ereignissen befragt. Eine Ursache dafür könnte darin liegen, dass die russischen Juden nicht in einer Dachorganisation versammelt sind und damit auch keine offiziellen Sprecher haben. Als ihre Repräsentanten fungieren meist Mitglieder des Zentralrats der Juden in Deutschland, in dem aber kaum russische Juden vertreten sind und der diese oft kritisiert. Meistens erscheinen die Kontingentflüchtlinge als eine sehr homogene, zahlenmäßig große Gruppe, die einerseits die jüdischen Gemeinden auffüllt, andererseits aber zu Konflikten in diesen führt. Besonders pauschalisierend scheint die Berichterstattung im Zusammenhang mit der Fälschungsdebatte zu sein. Dabei werden die Kontingentflüchtlinge häufig in ihrer Beschreibung mit Russen gleichgesetzt, damit geht das Bild von dem ungelungenen, kriminellen „Homo Sovieticus“ einher. Als Beispiel kann das Problem der Arbeitslosigkeit unter den russischen Juden dienen: Während darüber berichtet wird, wie hoch diese ist, wird kaum erwähnt, dass die meisten Kontingentflüchtlinge überdurchschnittlich hoch ausgebildete Akademiker sind, die häufig – trotz vieler Bewerbungen – deshalb keine Arbeit finden, weil ihre Abschlüsse nicht anerkannt werden.

---

<sup>319</sup> Im selben Artikel wird mehrfach eine Mitarbeiterin des Jüdischen Kulturvereins in Berlin zitiert, die sich u. a. darüber beschwert, dass viele Zuwanderer nur solange in die Gemeinde kämen, solange sie Probleme hätten. Vgl. Gerlach (07.01.2000). Eine ähnliche Entwicklung wird in einem Artikel deutlich, in dem beschrieben wird, wie schwer es für die Gemeinden sei, den Neuzuwanderern Wissen über die Religion beizubringen. Gleichzeitig widmen sich mehrere Absätze dem jüdischen Chor der Wuppertaler Gemeinde, der nur mithilfe der begabten Russen gegründet werden, auf Tour gehen und CDs produzieren konnte. Vgl. Kläßen (26.01.2002).

<sup>320</sup> Vgl. Dorhöfer (16.04.2004); Gefährdete Renaissance (22.04.2000); Mai (01.03.2000).

<sup>321</sup> Vgl. Mittler (24.08.1996).

<sup>322</sup> S. Holzamer (10.06.2000).

Wenn die Medien – meist in Reportagen – von einzelnen russisch-jüdischen Zuwanderern berichten, verändert sich das Bild. Ohne dass die Probleme in diesen Artikeln vernachlässigt werden, wird deutlich, dass viele Kontingentflüchtlinge sich häufig darum bemühen, die deutsche Sprache zu erlernen, Arbeit zu suchen, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren und dieser für ihre Aufnahme durchaus dankbar sind. Deutlich wird in diesen Berichten auch, dass die zweite Generation der Zuwanderer, also diejenigen, die als Kinder oder Jugendliche nach Deutschland gekommen sind, kaum Integrationsprobleme haben und meist in Schule, Studium und Beruf sehr erfolgreich sind.

Anhand der Medienlektüre lässt sich auch der Umgang deutscher Politiker mit dem Thema der russisch-jüdischen Zuwanderung ablesen. Obwohl viele sich insgeheim seit langem eine Zuzugsbegrenzung wünschen und hinter verschlossenen Türen auch darüber diskutieren, haben die Wenigsten den Mut, dieses Thema in der Öffentlichkeit anzusprechen und ihre Meinung zu rechtfertigen. Vorstöße in diese Richtung dienen der Opposition oft als Anlass für moralisch aufgeladene Erinnerungen an die deutsche Verantwortung gegenüber Juden. Auch für den Zentralrat der Juden ist die deutsche Geschichte ein wichtiges Argument in der Begrenzungsdebatte.

Diese Ergebnisse zeigen, dass das vermeintliche Tabu, Juden dürften in Deutschland nicht kritisiert werden, zumindest seit Mitte der 90er für die Medien nicht mehr zutrifft. Die russischen Juden werden in der Berichterstattung durchaus angegriffen und auch mit Klischees konfrontiert. Dabei fällt jedoch auf, dass die Kritik sich ausschließlich gegen die Juden aus der ehemaligen Sowjetunion richtet, die von den „deutschen“ alteingesessenen (also den „richtigen“) Juden deutlich abgegrenzt werden.

## 6. Schlussbetrachtung

Wie werden die aus der Sowjetunion eingewanderten Juden von den deutschen Medien wahrgenommen – und werden sie es überhaupt? Hat sich die Art der Wahrnehmung und Beschreibung im Laufe der Zeit verändert? Welche Rolle spielen die deutsch-jüdischen Beziehungen für diese Entwicklung? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die vorliegende Arbeit.

Dabei ist deutlich geworden, dass die Shoa bereits seit langer Zeit die deutsch-jüdischen Beziehungen nicht nur belastet, sondern auch (mit)bestimmt. Auf beiden Seiten herrschte Vorsicht im Umgang miteinander. Diese wird aber laut Benz von Antisemiten instrumentalisiert, wenn diese mit dem vermeintlichen Tabu, Juden dürften in Deutschland nicht kritisiert werden, brechen wollen. Vor diesem Hintergrund wurde die Frage gestellt, inwiefern dieses Tabu tatsächlich existiert, und ob sowie auf welche Weise es auf die öffentliche Meinung mitbildenden Medien wirkt. Dies sollte am Beispiel der Berichterstattung über die sowjetischen Juden untersucht werden.

Es wurde festgestellt, dass der Beschluss, sowjetische Juden erst in die DDR und später in die Bundesrepublik aufzunehmen, als Resultat der deutschen Vergangenheit zu sehen ist: Einerseits sah man die Aufnahme der Juden aus den GUS-Ländern als einen Versuch der „Wiedergutmachung“, andererseits wollte man in der Zeit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung, als die ganze Welt auf Deutschland schaute, ein Zeichen setzen und zeigen, dass das „neue Deutschland“ ein anderes sei. In den historischen Zusammenhang sind auch die einzelnen, sehr großzügigen Regelungen für die Kontingentflüchtlinge einzuordnen. Als Beispiel hierfür sei die anfängliche Skepsis bei dem Gedanken an eine Überprüfung der ausreisewilligen Juden genannt. Weiterhin wurde anhand von Studien zur Migration der Kontingentflüchtlinge dargestellt, welche Konsequenzen diese Zuwanderung nach sich zog: Einerseits kamen Menschen mit einem hohen Potential an Bildung und Fähigkeiten für die deutsche Wirtschaft, das Deutschland für sich aber ungenutzt ließ. Daraus resultiert für die Zuwandererseite eine hohe Arbeitslosigkeit, die Migranten bewegen sich meist nur im eigenen Kreis und konnten zu einem Großteil nicht in die deutsche Gesellschaft integriert werden. Diese ambivalente Entwicklung gilt auch für die jüdischen Gemeinden: Auf der einen Seite haben die russischen Juden zum Wiederaufbau dieser beigetragen, auf der anderen Seite sorgen sie auch für Konflikte.

Die systematische Untersuchung der Medien Frankfurter Rundschau, der Süddeutschen Zeitung, des Tagesspiegel, der *tageszeitung* sowie der Nachrichtenmagazine Spiegel und Focus hat ergeben, dass anfangs eine regelrechte Euphorie herrschte ob des Gedanken, dass Juden ausgerechnet nach Deutschland einwandern wollen. Man erwartete ein Wiederaufleben der jüdischen Kultur, wie man sie in Deutschland vor dem National-

sozialismus gekannt hatte. Diese Euphorie wurde jedoch schnell durch eine Ernüchterung abgelöst, als man feststellte, dass die ankommenden Juden nicht alle „Einsteins“ oder „Heines“ waren, oft – aufgrund der Erfahrungen mit dem religionsfeindlichen sozialistischen System – kaum etwas über die jüdische Religion wussten und mehr russische als jüdische Kultur mitbrachten. Bezeichnend hierfür ist, dass die Kontingentflüchtlinge in den Medien zunehmend als Russen und nicht als Juden dargestellt wurden (damit einhergehend wurden sie oft mit den entsprechenden Klischees wie der Russenmafia in Verbindung gebracht). Bei der Medienlektüre wurde deutlich, dass die russischen Juden seit Mitte der 90er nicht nur kritisiert wurden, sondern dass die Kritik oft mit einer Pauschalisierung einherging. Dabei wurden die russischen Juden oft als eine homogene Gruppe beschrieben; sobald sich die Journalisten mit einzelnen Kontingentflüchtlingen beschäftigten, schien das Bild positiver.

Als Fazit lässt sich aus dieser Untersuchung ziehen, dass das vermeintliche Tabu, Juden nicht kritisieren zu dürfen, – zumindest für die untersuchten Medien und in Bezug auf Juden aus der ehemaligen Sowjetunion – nicht existiert. Wenn sich auch in der Berichterstattung häufig – durchaus auch mahnende – Verweise auf die deutsche Geschichte finden, halten die Journalisten gleichzeitig ihre – meist auch berechnete – Kritik nicht zurück. Dies scheint ein Hinweis auf ein sich normalisierendes deutsch-jüdisches Verhältnis zu sein, das die Vergangenheit zwar nicht ignoriert, sich von dieser aber auch nicht reglementieren lässt. Gleichzeitig bestätigt diese Untersuchung die These von Wolfgang Benz, dass das von Antisemiten, zuletzt wohl in einer öffentlichkeitswirksamen Aktion von Jürgen Möllemann, instrumentalisierte Tabu nur herbeigeredet wird.

Im Hinblick auf weitere Forschung in diesem Bereich wäre die Frage nach dem Bild der russischen Juden in der deutschen Gesellschaft interessant zu erörtern. Angesichts der Tatsache, dass private Erfahrungen mit dieser Migrantengruppe kaum vorhanden sein dürften, scheint es interessant, den Einfluss des in den Medien dargestellten Bildes auf die Wahrnehmung der russischen Juden durch die Öffentlichkeit zu messen. Auch qualitative Interviews mit Politikern würden einen genauen Überblick darüber geben, wie sich die öffentlichen Einstellungen zu diesem Thema im Laufe der Zeit verändert haben. An der auch in dieser Arbeit dargestellten Debatte um eine mögliche Begrenzung der russisch-jüdischen Zuwanderung kann man bereits folgende Entwicklung ablesen: Während sich Anfang der 90er Jahre noch alle Politiker parteiübergreifend für eine Aufnahme der jüdischen Kontingentflüchtlinge ausgesprochen hatten, wurden im Laufe der Zeit immer wieder Forderungen nach einer Zuzugsbegrenzung geäußert. Dabei fällt auf, dass diese Vorschläge anfangs nur hinter verschlossenen Türen ausgesprochen wurden, bis sie zunehmend auch in der Öffentlichkeit diskutiert wurden. Interessant scheint auch eine Überprüfung der von den Medien wiedergegebenen Bilder im Hinblick auf ihre Übereinstimmung mit der Wirklichkeit.



Wenn man bedenkt, dass das Thema Judentum in Deutschland aus historischen Gründen immer aktuell bleiben wird, scheint auch eine ausführlichere Beschäftigung mit dem Stand der deutsch-jüdischen Beziehungen vonnöten. Wenn die Ergebnisse dieser Untersuchung bestätigt werden können und die öffentliche Kritik an Juden in Zukunft nicht in Antisemitismus umschlagen wird, ließen sich eine offenere Diskussion zum Thema und damit eine weitere Normalisierung des Verhältnisses erwarten.

## 7. Literaturverzeichnis

### 7.1. Quellen

Deutscher Bundestag (1990a): 11. Wahlperiode, Drucksache 11/8315. Bonn 1990.

Deutscher Bundestag (1990b): 11. Wahlperiode, Drucksache 11/8439. Bonn 1990.

Deutscher Bundestag (25.10.1990): 11. Wahlperiode, 231. Sitzung, 25.10.1990.

Deutscher Bundestag (1997): 13. Wahlperiode, Drucksache 13/7361. Berlin 1997.

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2005): Migrationsbericht 2004. Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 15/5090. Berlin 2005.

Eckpunkte für die Neuregelung eines Verfahrens zur Aufnahme jüdischer Emigranten (2003), abrufbar unter:

[http://www.bundesrat.de/Site/Inhalt/DE/3\\_20Konferenzen/3.2\\_20Innenminister-Konferenz/3.2.5\\_20Beschl\\_C3\\_BCsse\\_20und\\_20Berichte/3.2.5.1\\_20Sitzung\\_20vom\\_2021.11.2003/NI/Anlage\\_20zu\\_20Nr.\\_2028,property=Dokument.pdf](http://www.bundesrat.de/Site/Inhalt/DE/3_20Konferenzen/3.2_20Innenminister-Konferenz/3.2.5_20Beschl_C3_BCsse_20und_20Berichte/3.2.5.1_20Sitzung_20vom_2021.11.2003/NI/Anlage_20zu_20Nr._2028,property=Dokument.pdf), [Stand: 30.07.06].

Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (1990): 09.07.1990, abrufbar unter: [http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/auslg\\_1990/gesamt.pdf](http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/auslg_1990/gesamt.pdf), [Stand: 30.07.06].

Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge (1980), 22.07.1980, abrufbar unter: <http://www.aufenthaltstitel.de/humhag.html>, [Stand: 30.07.06].

Interview mit Almuth Berger (28.07.2006), Ausländerbeauftragte der letzten DDR-Regierung, 28.07.2006.

Interview mit Dr. Lothar de Maizière (03.08.2006), letzter Ministerpräsident der DDR, 03.08.2006.

Interview mit Prof. Dr. Axel Azzola (03.08.2006), juristischer Berater des Zentralrats der Juden in Deutschland, 03.08.2006.

Regierungserklärung von Ministerpräsident Lothar de Maizière (19.04.1990), 19.04.1990, In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, Bd. 5 Mai 1990, S. 795-809.

Zuwanderung gestalten – Integration fördern (2001). Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin 04.07.2001.

## 7.2. Medien

„80 Prozent sind hoch verschuldet“ (27.12.1999), In: Focus, 27.12.1999, ab S. 46.

AHRNDT, Mareike (08.02.2000): „Wenig hilfsbereit“, In: die tageszeitung, 08.02.2000, S. 17.

Als Servicecenter mißbraucht (22.07.1998), In: Focus, 22.07.1998, ab S. 36.

AP (05.12.1990): Baden-Württemberg stimmt Aufnahme sowjetischer Flüchtlinge zu, In: Der Tagesspiegel, 05.12.1990, o. S.

AP/REUTERS (10.01.2000): Paul Spiegel will jüdische Zuwanderer integrieren, In: Süddeutsche Zeitung, 10.01.2000, S. 6.

ARNING, Matthias (27.01.2003): Es ist normal, dass noch nicht alles normal ist, In: Frankfurter Rundschau, 27.01.2003, S. 2.

AUGSTEIN, Jacob (09.09.1994): Sprechproben zwischen Vergangenheit und Zukunft, In: Süddeutsche Zeitung, 09.09.1994, S. 3.

AVIDAN, Igal (04.01.2005): Mehr Hilfe – für weniger Einwanderer, In: Der Tagesspiegel, 04.01.2005, S. 8.

BERGEMANN, Wibke (22.04.2004): Orthodoxes Brooklyn in Berlin, In: die tageszeitung, 22.04.2004, S. 22.

BERTH, Felix (05.05.2000): „Nationalität unklar“, In: Süddeutsche Zeitung, 05.05.2000, S. 2.

BERTH, Felix/GÜMBEL, Miryam (25.02.1999): „Ich bin nicht die Polizei vom lieben Gott“, In: Süddeutsche Zeitung, 25.02.1999, S. 5.

BEUCKER, Pascal (27.07.2001): Ein Attentat, das Rätsel aufgibt, In: die tageszeitung, 27.07.2001, S. 4.

BINDER, Elisabeth (12.01.1991): Sie sitzen schon auf gepackten Koffern, In: Der Tagesspiegel, 12.01.1991, S. 15.

BODEMANN, Michael (14.09.1990): Geschichtsbuch zugeklappt, In: die tageszeitung, 14.09.1990, S. 10.

BOLLWAHN, Barbara (19.01.2005): Erst einreisen, dann ankommen, In: die tageszeitung, 19.01.2005, S. 4.

Bonn bremst Einreise von Juden aus der Sowjetunion (14.09.1990), In: Frankfurter Rundschau, 14.09.1990, S. 2.

Bonn will Einreise von Juden aus der Sowjetunion stoppen (13.09.1990), In: Der Tagesspiegel, 13.09.1990, S. 7.

BÖNNEMANN, Barbara (12.12.1998): Das Wort „Jewrej“ im Paß, In: Süddeutsche Zeitung, 12.12.1998, S. 6.

BRODER, Henryk M. (18.09.2000): Glückliche in der Russen-Zelle, In: Der Spiegel, 18.09.2000, ab S. 246.

BULLION, Constanze von (25.07.1997): Ein Stückchen enger zusammengerückt, In: die tageszeitung, 25.07.1997, S. 9.

Bundesrepublik bereit zur Aufnahme von Juden aus der UdSSR (26.10.1990), In: Der Tagesspiegel, 26.10.1990, S. 1.

BURCHARD, Amory (16.03.2003): „Tradition verpflichtet“, In: Der Tagesspiegel, 16.03.2003, S. 12.

DAHLKAMP, Jürgen (21.02.2005): Teurer Exodus, In: Der Spiegel, 21.02.2005, ab S. 68.

„Dann bin ich weg über Nacht“ (28.12.1992), In: Der Spiegel, 28.12.1992, ab S. 48.

Das eigene Leben auf Deutsch (22.05.2002), In: Frankfurter Rundschau, 22.05.2002, S. 1.

„Das ist eine Kampagne der Botschaften“ (08.02.1997), In: Focus, 08.02.1997, ab S. 70.

„Deutschkurse für Juden“ (25.06.2001), In: Der Spiegel, 25.06.2001, ab S. 19.

„Die Juden zuerst“ (13.06.1998), In: Der Spiegel, 13.06.1998, ab S. 106.

DOMMER, Martin/KNAUER, Sebastian (03.05.2004): „Viele Zimmer unterm Dach“, In: Der Spiegel, 03.05.2004, ab S. 66.

DORHÖFER, Pamela (16.04.2004): Trotz intensiver Suche findet Raja Grise keine Arbeit, In: Frankfurter Rundschau, 16.04.2004, S. 41.

DPA/AP (01.11.1990): Alle Bundestagsparteien einig über Aufnahme sowjetischer Juden, In: Der Tagesspiegel, 01.11.1990, S. 8.

DPA/AP (17.06.1996): Bubis sieht Kampagne gegen Juden aus der GUS, In: Süddeutsche Zeitung, 17.06.1996, S. 5.

DPA (21.03.1997): Bubis: Spaltung der jüdischen Gemeinden möglich, In: die tageszeitung, 21.03.1997, S. 22.

DPA (25.08.1997): Bubis rügt Augsburger Juden, In: Süddeutsche Zeitung, 25.08.1997, S. 38.

DROBINSKI, Matthias (22.12.2004): Angst vor falschem Signal, In: Süddeutsche Zeitung, 22.12.2004, S. 1.

DROBINSKI, Matthias (19.01.2005): Fingerspitzen-Gefühl für einen heiklen Plan, In: Süddeutsche Zeitung, 19.01.2005, S. 2.

DROBINSKI, Matthias (25.11.2005): Machtkämpfe in der Diaspora, In: Süddeutsche Zeitung, 25.11.2005, S. 12.

DROBINSKI, Matthias (02.05.2006): Der Mahner mit dem Blick fürs Positive, In: Süddeutsche Zeitung, 02.05.2006, S. 3.

ECK, Michaela (14.09.1995): Blume der Hoffnung, In: die tageszeitung, 14.09.1995, S. 22.

„Ein richtiger Mustopf“ (13.10.1997), In: Der Spiegel, 13.10.1997, ab S. 36.

„Eine gewisse Unsicherheit“ (27.05.1996), In: Der Spiegel, 27.05.1996, ab S. 24.

„Eine neue Ausreisewelle“ (24.01.1994), In: Der Spiegel, 24.01.1994, ab S. 54.

Fluchtpunkt Deutschland (08.01.2005), In: Süddeutsche Zeitung, 08.01.2005, S. 4.

Gefährdete Renaissance (22.04.2000), In: Focus, 22.04.2000, ab S. 118.

„Geht doch nach Israel“ (05.03.1990), In: Der Spiegel, 05.03.1990, ab S. 66.

Gekaufte Urkunden (08.02.1997), In: Focus, 08.02.1997, ab S. 68.

GERLACH, Julia (07.01.2000): Wenn es nicht so richtig funken will, In: die tageszeitung, 07.01.2000, S. 13.

GERLACH, Thomas (17.03.2004): Der Stumpf treibt kräftige Zweige, In: die tageszeitung, 17.03.2004, S. 5.

GESELLIG, Reimar Paul (06.02.2001): Racheakt in Göttingen?, In: Der Tagesspiegel, 06.02.2001, S. 5.

GESLER, Philipp (11.10.1999): „Ist es nicht ein Wunder?!“, In: die tageszeitung, 11.10.1999, S. 22.

GESLER, Philipp (10.01.2000): Ein neues jüdisches Selbstverständnis, In: die tageszeitung, 10.01.2000, S. 3.

GESLER, Philipp (23.06.2000): Erstes Abi an jüdischer Schule, In: die tageszeitung, 23.06.2000, S. 24.

GESLER, Philipp (21.09.2000): Gefangen in Traditionen, In: die tageszeitung, 21.09.2000, S. 4.

GESLER, Philipp (24.02.2001): Die christliche Synagoge, In: die tageszeitung, 24.02.2001, S. 27.

GESLER, Philipp (17.03.2001): Aufgaben liegen auf der Hand, In: die tageszeitung, 17.03.2001, S. 23.

GESLER, Philipp (20.03.2001): Jüdische Gemeinde: Die Russen kommen, In: die tageszeitung, 20.03.2001, S. 20.

GESLER, Philipp (15.07.2002): „Ich bin ein nicht orthodoxer Orthodoxer“, In: die tageszeitung, 15.07.2002, S. 23.

GESLER, Philipp (07.01.2004): „Das war teilweise etwas zu viel für mich.“, In: die tageszeitung, 07.01.2004, S. 23.

GESLER, Philipp (25.06.2005): Jüdischer Vater, jüdische Mutter, In: die tageszeitung, 25.06.2005, S. 11.

GESLER, Philipp (19.11.2005): Berliner Muppetschow, In: die tageszeitung, 19.11.2005, S. 5.

GLEICH, Michael (29.05.2005): Vom Kommen und vom Gehen, In: Der Tagesspiegel, 29.05.2005, S. 3.

HARDENBERG, Nina von (25.07.2006): Punktesystem für Einwanderer, In: Süddeutsche Zeitung, 25.07.2006, S. 6.

Heikles Thema (09.09.1996), In: Der Spiegel, 09.09.1996, ab S. 18.

HEIMS, Hans-Jörg (05.06.2002): Paul Spiegel bittet um deutliches Signal des Landtags, In: Süddeutsche Zeitung, 05.06.2002, S. 45.

HEIMS, Hans-Jörg (12.05.2001): Überrascht und irritiert, In: Süddeutsche Zeitung, 12.05.2001, S. 9.

HEUWAGEN, Marianne (16.04.1993): Kyrillische Tafeln weisen den Weg, In: Süddeutsche Zeitung, 16.04.1993, o. S.

HEUWAGEN, Marianne (27.07.1997): Andreas Nachama Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin, In: Süddeutsche Zeitung, 27.07.1997, S. 4.

HEUWAGEN; Marianne (04.03.2000): Zuwanderer überfordern jüdische Gemeinden, In: Süddeutsche Zeitung, 04.03.2000, S. 6.

HILDEBRANDT, Antje (28.09.2005a): Ausgerechnet Deutschland, In: Frankfurter Rundschau, 28.09.2005, S. 23.

HILDEBRANDT, Antje (28.09.2005b): „Großes Potential“, In: Frankfurter Rundschau, 28.09.2005, S. 25.

HILLGRUBER, Katrin (26.02.1993): Neuorientierung in der Diaspora, In: Süddeutsche Zeitung, 26.02.1993, o. S.

HINRICHS, Ulrike (21.12.1995): „Es geht um Eitelkeiten“, In: Süddeutsche Zeitung, 21.12.1995, S. 10.

HOCH, Marc (22.09.1998): Leben im Land der Täter, In: Süddeutsche Zeitung, 22.09.1998, S. 1.

HOLZAMER, Hans-Herbert (10.06.2000): Der falsche Traum vom glanzvollen Neustart, In: Süddeutsche Zeitung, 10.06.2000, S. 1.

JANSEN, Frank (11.07.2001): Ein mysteriöser Anschlag, In: Der Tagesspiegel, 11.07.2001, S. 3.

„Jetzt Farbe bekennen“ (22.04.2000), In: Focus, 22.04.2000, ab S. 122.

Jude sein (13.12.2001), In: Süddeutsche Zeitung, 13.12.2001, S. 17.

Juden in Deutschland (16.10.2000), In: Focus, 16.10.2000, ab S. 74.

Judenmission (18.06.1999), In: Süddeutsche Zeitung, 18.06.1999, S. 2.

Jüdische Gemeinden in Deutschland überfüllt (19.12.1996), In: Süddeutsche Zeitung, 19.12.1996, S. 8.

JUNGE, Barbara (26.03.1996): Hoffnung auf ein neues deutsches Judentum, In: die tageszeitung, 26.03.1996, S. 12.

KAHANE, Anetta (24.10.1998): Ein Dorf, das anders ist, In: Süddeutsche Zeitung, 24.10.1998, S. 6.

KAHLWEIT, Cathrin (13.10.1998): Ein Fall für den Mond, In: Süddeutsche Zeitung, 13.10.1998, S. 3.

KANIS, Annette (31.07.2000): Gegen den Hass, In: die tageszeitung, 31.07.2000, S. 6.

KÄPPNER, Joachim (24.12.2004): Neues Leben im Land der Mörder, In: Süddeutsche Zeitung, 24.12.2004, S. 4.

KELLER, Claudia (07.02.2004): Der Anti-Klezmer, In: Der Tagesspiegel, 07.02.2004, S. 8.

KETSCHAGMADSE, Nino (12.05.1999): „Kein Kontakt zu Deutschen“, In: die tageszeitung, 12.05.1999, S. 22.

KLÄSGEN, Michael (26.01.2002): Zum Kiddusch in den Warteraum, In: Süddeutsche Zeitung, 26.01.2002, S. 53.

KLEFFNER, Heike (12.02.2001): Endpunkt einer jahrelangen Entwicklung, In: die tageszeitung, 12.02.2001, S. 21.

KLEFFNER, Heike (14.09.2002): Auf den rechten Auge blind, In: die tageszeitung, 14.09.2002, S. 37.

KLUSSMANN, Uwe/SONTHEIMER, Michael (19.12.2005): Engel mit russischer Seele, In: Der Spiegel, 19.12.2005, ab S. 100.

KNA (24.12.2004): Streit über Zuwanderung von Juden entschärft, In: Süddeutsche Zeitung, 24.12.2004, S. 6.

KOHLBERG, Kerstin (12.02.2001): Katastrophen und Kapitalismus, In: Der Tagesspiegel, 12.02.2001, S. 31.

Komisches Gefühl (07.03.1994), In: Der Spiegel, 07.03.1994, ab S. 66.

KÖPP, Dirke (14.07.2001): Programm mit Haken, In: Süddeutsche Zeitung, 14.07.2001, S. 25.

KRAUß, Martin (10.12.1998): Nicht ganz kosher, In: die tageszeitung, 10.12.1998, S. 20.

Kritik an Plänen zur Zuwanderung von Juden (22.12.2004), In: Frankfurter Rundschau, 22.12.2004, S. 24.

KUGLER, Anita (02.06.1990): Ein Paß reicht nicht aus, um Jude zu sein, In: die tageszeitung, 02.06.1990, S. 34.

KUGLER, Anita (17.07.1990): Zehn Personen in einem kleinen Raum, In: die tageszeitung, 17.07.1990, S. 22.

KUGLER, Anita (01.10.1990): Antragsfreiheit bald vorbei?, In: die tageszeitung, 01.10.1990, S. 4.

KUGLER, Anita (08.06.1991): Zuhause doch fremd, In: die tageszeitung, 08.06.1991, S. 74.

KUGLER, Anita (06.05.1995): Der jüdische Feist Berlins ist heute russisch, In: die tageszeitung, 06.05.1995, S. 3.

KUGLER, Anita (12.06.1996): Zahlenspiele mit jüdischen Zuwanderern, In: die tageszeitung, 12.06.1996, S. 2.

KUGLER, Anita (03.06.1997): Juden in Berlin wählten ihr Parlament, In: die tageszeitung, 03.06.1997, S. 5.

KUGLER, Anita (25.09.1997): Antisemitismus aktuell, In: die tageszeitung, 25.09.1997, S. 5.

KUGLER, Anita (02.10.1997): Fremdenhaß gibt es auch auf der Alb, In: die tageszeitung, 02.10.1997, S. 6.

KUGLER, Anita (11.10.1997): Gollwitz tritt auf die Bremse, In: die tageszeitung, 11.10.1997, S. 6.

LAGODINSKY, Sergey (10.07.2006): Die Arroganz der Altvorderen, In: Süddeutsche Zeitung, 10.07.2006, S. 2.

LEBERT, Stephan (12.12.1992): Tritt fassen unter der Last des Grauens, In: Süddeutsche Zeitung, 12.12.1992, o. S.

Leserbriefe: Eine Folge von Angst vor den Fremden (18.10.1997), In: Süddeutsche Zeitung, 18.10.1997, S. 13.

Leserbriefe: Juden aus Osteuropa bereichern Berlin (26.02.1998), In: Süddeutsche Zeitung, 26.02.1998, S. 10.

LEUE, Gunnar (15.08.1996): Boris im Glück mit eigener Zeitung, In: die tageszeitung, 15.08.1996, S. 27.

„Lied`l fum goldenen Land“ (02.10.1995), In: Der Spiegel, 02.10.1995, ab S. 134.

LÖBLICH, Eberhard (01.02.1995): „Blanker Antisemitismus“, In: die tageszeitung, 01.02.1995, S. 5.

LOCHTE, Thomas (26.01.1996): Richter klagt wegen Beleidigung, In: Süddeutsche Zeitung, 26.01.1996, S. 43.

LÖHE, Fabian (28.10.2004): Bornheim und Westend bevorzugt, In: Frankfurter Rundschau, 28.10.2004, S. 42.

MAI, Marina (01.03.2000): Computerspezialisten im Wartestand, In: die tageszeitung, 01.03.2000, S. 22.

MAI, Marina (19.04.2006): „Ostlehrer integrieren Migrantenkinder besser“, In: die tageszeitung, 19.04.2006, S. 18.

„Man muß das Kind beim Namen nennen“ (15.07.1998), In: die tageszeitung, 15.07.1998, S. 19.

MARGOLINA, Sonja (22.08.2002): Über die ethnischen Eigenarten des Abzockens beim Kartenspiel, In: Süddeutsche Zeitung, 22.08.2002, S. 16.

MELZER, Ralf (06.08.1996): Deutschland, das gelobte Land?, In: die tageszeitung, 06.08.1996, S. 14.

MENNE, Marion (25.03.2002): Sabbat im Paradies, In: Süddeutsche Zeitung, 25.03.2002, S. 48.



Mit Humor und Klugheit (06.11.1998), In: die tageszeitung, 06.11.1998, S. 19.

MITTLER, Dietrich (24.08.1996): Es werden wieder zehn, In: Süddeutsche Zeitung, 24.08.1996, o. S.

MÜLLER, Sandra (12.06.2002): Deutsch pauken für Integration, In: Süddeutsche Zeitung, 12.06.2002, S. 1.

NEUMANN, Conny (01.10.1997): Schatten überm jüdischen Neujahrsfest, In: Süddeutsche Zeitung, 01.10.1997, S. 61.

NEUMANN, Moritz (30.08.2002): Wissen um die eigene Religion entscheidend für die Zukunft, In: Frankfurter Rundschau, 30.08.2002, S. 37.

OESTERLE-SCHWERIN, Jutta (27.04.1989): Wer ist Jude? Wer ist Deutscher?, In: die tageszeitung, 27.04.1989, S. 8.

Papiere für die rechten Wähler (25.03.1997), In: Süddeutsche Zeitung, 25.03.1997, S. 4.

PASCH, Ralf (08.11.2003): „Juden leben mit uns, nicht neben uns“, In: Frankfurter Rundschau, 08.11.2003, S. 34.

POLIAN, Paul: Sprecht mit uns! (08.01.2005), In: Süddeutsche Zeitung, 08.01.2005, S. 13.

PÖRZGEN, Gemma (20.12.2004): Höhere Schranke für jüdische Einwanderer, In: Frankfurter Rundschau, 20.12.2004, S. 6.

PRZYBILLA, Olaf (17.01.2005): „Shalom Europa“ – ein Signal aus Würzburg, In: Süddeutsche Zeitung, 17.01.2005, S. 47.

Punktecatalog für Juden (24.07.2006), In: Der Spiegel, 24.07.2006, ab S. 16.

REITSCHUSTER, Boris (13.08.1997): Russische Juden fühlen sich als Stiefkinder, In: Süddeutsche Zeitung, 13.08.1997, S. 46.

REUTERS/DPA (20.12.2004): „Reiche Juden dürfen kommen“, In: Süddeutsche Zeitung, 20.12.2004, S. 9.

ROLL, Evelyn (11.08.1992): Die neue Welt der Kinder vom Hotel Ambassador, In: Süddeutsche Zeitung, 11.08.1992, o. S.

Rückkehr nach Charlottengrad (28.08.1995), In: Der Spiegel, 28.08.1995, ab S. 60.

SCHÄFERMEIER, Peter (16.11.2001): Knobloch wünscht sich Dialog der Religionen, In: Süddeutsche Zeitung, 16.11.2001, S. 3.

SCHEUB, Ute (17.10.1997): Rassisten raus! Nur wohin?, In: die tageszeitung, 17.10.1997, S. 12.

SCHLÖTZER-SCOTLAND (26.03.1997), Christiane: Falsches Spiel durch jüdische Emigranten aus der früheren Sowjetunion wird dramatisiert, In: Süddeutsche Zeitung, 26.03.1997, S. 2.

SCHLÖTZER-SCOTLAND, Christiane (26.03.1997): Falsches Spiel mit Einwanderern, In: Süddeutsche Zeitung, 26.03.1997, S. 2.

SCHMITZ, Thorsten (20.08.1994): Fiedler in der Kretschme, In: die tageszeitung, 20.08.1994, S. 40.

SCHMITZ, Thorsten (10.02.1997): Das Herrenhaus soll sauber bleiben, In: Süddeutsche Zeitung, 10.02.1997, S. 3.

SCHMITZ, Thorsten (16.02.1998): Die Last der fremden Brüder, In: Süddeutsche Zeitung, 16.02.1998, S. 3.

„Sehr schwieriges Ermittlungsfeld“ (29.03.1999), In: Der Spiegel, 29.03.1999, ab S. 70.

SELIGMANN, Rafael (07.04.1997): Neue Heimat Deutschland, In: Der Spiegel, 07.04.1997, ab S. 57.

SEMLER, Christian: Wer ist richtiger Jude? (16.07.2001), In: die tageszeitung, 16.07.2001, S. 6.

So leise wie möglich (27.05.1996), In: Der Spiegel, 27.05.1996, ab S. 22.

SONTHEIMER, Michael (07.11.2005): „Halt mal die Schnauze“, In: Der Spiegel, 07.11.2005, S. 66.

SPAHN, Susanne (04.04.2001): Der pädagogische Zeigefinger, In: Süddeutsche Zeitung, 04.04.2001, S. 8.

SPAHN, Susanne (04.08.2001): Die Mutter entscheidet, In: Süddeutsche Zeitung, 04.08.2001, S. 5.

SPAHN, Susanne (21.10.2000): Eine unheimliche Zuflucht, In: Süddeutsche Zeitung, 21.09.2000, S. 10.

STAMER, Sabine (11.06.1991): Mediengerechte Juden?, In: die tageszeitung, 11.06.1991, S. 12.

STOOP, Paul (06.12.1990): Quälende Ungewißheit und behördliche Willkür, In: Der Tagesspiegel, 06.12.1990, S. 28.

TAZ/AFP (24.03.1997): Union restriktiv gegen Ausländer, In: die tageszeitung, 24.03.1997, S. 4.

TEMPEL, Sylke (26.10.1995): Russische Juden proben den Aufstand, In: die tageszeitung, 26.10.1995, S. 5.

THURNES, Mario (31.03.2006): Jüdische Gemeinde hat neuen Rabbi, In: Frankfurter Rundschau, 31.03.2006, S. 31.

TOPÇU, Canan (08.10.2003): Mehr als 2000 Russen leben in Frankfurt, In: Frankfurter Rundschau, 08.10.2003, S. 35.

TRAPP, Christoph (25.09.1997): Angst vor Fremden und Forschern, In: die tageszeitung, 25.09.1997, S. 5.

Viel Böses (23.12.1996), In: Der Spiegel, 23.12.1996, ab S. 46.

VOGES, Jürgen (09.09.2003): Keine Einwanderer eingeschleust, In: die tageszeitung, 09.09.2003, S. 7.

- WAGEMANN, Jutta (22.07.1998): Einführung ins Judentum, In: die tageszeitung, 22.07.1998, S. 18.
- WALLRAFF, Lukas (14.12.1999): Rivalen um Bubis großen Hut, In: die tageszeitung, 14.12.1999, S. 7.
- Warnung aus Odessa (04.12.1995), In: Der Spiegel, 04.12.1995, ab S. 104.
- Wegen Pogromstimmung nach Deutschland geflüchtet (14.10.1990), In: Der Tagesspiegel, 14.10.1990, S. 10.
- WEILAND, Severin (25.03.1997): Empörung bei Bubis, In: die tageszeitung, 25.03.1997, S. 4.
- WEINGÄRTNER, Daniela (06.10.1998): Verbindendes zum Versöhnungstag, In: die tageszeitung, 06.10.1998, S. 13.
- WEINREICH, Irma/DPA: „Heime sind wie der Sumpf, wie Rußland“ (02.09.1994), In: die tageszeitung, 02.09.1994, S. 24.
- WOLTERS DORF, Adrienne (04.05.2001): Die „Regeln der Demokratie“: Brenner löst Nachama ab, In: Frankfurter Rundschau, 04.05.2001, S. 5.
- ZITOUNI, Mounir (22.12.2004): Nur ein lästiger Sozialfall, In: Frankfurter Rundschau, 22.12.2004, S. 3.

### **7.3. Sekundärliteratur**

- ARNDT, Theodor A. u. a. (Hrsg.) (1988): Juden in der DDR. Geschichte – Probleme – Perspektiven. Leiden 1988.
- BECKER, Franziska (2001): Ankommen in Deutschland. Einwanderungspolitik als biographische Erfahrung im Migrationsprozeß russischer Juden. Berlin 2001.
- BECKER, Franziska (2003): Migration and Recognition: Russian Jews in Germany, In: East European Jewish Affairs, Bd. 33 Winter 2003, Nr. 2, S. 20-34.
- BELLERS, Jürgen (1990): Moralkommunikation und Kommunikationsmoral. Über Kommunikationslatenzen, Antisemitismus und politisches System, In: BERGMANN, Werner/ERB, Rainer (Hrsg.): Antisemitismus in der politischen Kultur. Opladen 1990, S. 278-291.
- BENZ, Wolfgang (1991a): Der schwierige Status der jüdischen Minderheit in Deutschland nach 1945, In: BENZ, Wolfgang (Hrsg.): Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik. Berlin 1991, S. 9-21.
- BENZ, Wolfgang (Hrsg.) (1991b): Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik. Berlin 1991.
- BENZ, Wolfgang (2004a): Die Juden und die nationale Identität. Antisemitismus als gesellschaftliches Problem in Deutschland, In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Bd. 1 2004, S. 475-484.
- BENZ, Wolfgang (2004b): Was ist Antisemitismus?. München 2004.

BERGMANN; Werner (1997): Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989. Frankfurt am Main/New York 1997.

BODEMANN, Y. Michael (1996): Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung. Hamburg 1996.

BODEMANN, Y. Michael/OSTOW, Robin (1993): Federal Republic of Germany, In: The American Jewish Committee (Hrsg.): American Jewish Year Book 1993, Bd. 93 1993, New York u. a., S. 282-300.

BRANDT, Leon (1979): Ein anormales Miteinander, ein Zustand ohne Zukunft, In: BRODER, Henryk M./LANG, Michel R. (Hrsg.): Fremd im eigenen Land. Juden in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main 1979, S. 69-75.

BRENNER, Michael (1995): Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945-1950. München 1995.

BRENNER, Michael (1998): Mehr als ein Epilog. Deutsch-jüdische Geschichte nach 1945, In: Die politische Meinung, 43. Jg. August 1998, S. 83-88.

BRODER, Henryk M./LANG, Michel R. (Hrsg.) (1979): Fremd im eigenen Land. Juden in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main 1979.

BRUMLIK, Micha (1996): Kein Weg als Deutscher und Jude. Eine bundesrepublikanische Erfahrung. München 1996.

BURGAUER, Eva (1992): Jüdisches Leben in Deutschland (BRD und DDR). 1945 – 1990. Zürich 1992.

DICHANZ, Horst/BREIDENBACH, Barbara (2001): Antisemitismus in den Medien. Beispiele und Analysen, In: TUOR-KURTH, Christina (Hrsg.): Neuer Antisemitismus – alte Vorurteile. Stuttgart u. a. 2001, S. 117-136.

DIETZ, Barbara (2000): German and Jewish migration from the former Soviet Union to Germany: background, trends and implications, In: Journal of Ethnic and Migration Studies, Bd. 26 Oktober 2000, Nr. 4, S. 635-652.

DIETZ, Barbara/LEBOK, Uwe/POLIAN, Pavel (2002): The Jewish Emigration from the Former Soviet Union to Germany, In: International Migration, Bd. 40 2002, Nr. 2, S. 29-48.

DIETZ, Barbara (2003): Jewish Immigrants from the Former Soviet Union in Germany: History, Politics and Social Integration, In: East European Jewish Affairs, Bd. 33 Winter 2003, Nr. 2, S. 7-17.

DINER, Dan (1986): Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz, In: DINER, Dan (Hrsg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zur Historisierung und Historikerstreit. Frankfurt am Main 1987, S. 185-197.

DITTMAR, Peter (1977): DDR und Israel. Ambivalenz einer Nichtbeziehung, Teil 1, In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, Bd. 10 1977, S. 736-754.

DOOMERNIK, Jeroen (1995): Soviet Jewish Immigrants in Berlin and their Strategies of Adaption to German Society, In: CLAUSEN, Lars (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995. Frankfurt am Main u. a. 1995, S. 413-426.

DOOMERNIK, Jeroen (1997): Going West: Soviet Jewish Immigrants in Berlin since 1990. Aldershot u. a. 1997.

DUWIDOWITSCH, Ljudmila (1996): „Alles oder nichts“ – Die Emigration ist wie ein Spiel – Gespräche mit russisch-jüdischen Kindern und Jugendlichen, In: SCHOEPS, Julius H./JASPER, Willi /VOGT, Bernhard (Hrsg.): Russische Juden in Deutschland. Integration und Selbstbehauptung in einem fremden Land. Weinheim 1996, S. 324-339.

ERB, Rainer (1995): Gesellschaftliche Reaktionen auf Antisemitismus, In: BENZ, Wolfgang (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils. München 1995, S.217-230.

GLADILINA, Nataliya/BROVKINE Vadim (2005): Sprache und Identität jüdischer Immigranten in Deutschland, In: SCHOEPS, Julius H. u. a. (Hrsg.): Russische Juden und transnationale Diaspora. (Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 2004), Berlin u. a. 2005, S. 151-182.

GRUBER, Sabine/RÜßLER, Harald (2002): Hochqualifiziert und arbeitslos. Jüdische Kontingentflüchtlinge in Nordrhein-Westfalen. Problemaspekte ihrer beruflichen Integration. Eine empirische Studie. Opladen 2002.

HARRIS, Paul A. (1997): Jüdische Einwanderung nach Deutschland. Politische Debatte und administrative Umsetzung, In: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit. Neue Zuwanderung ins Bundesgebiet, 1997, Nr. 1, S. 36-39.

HARRIS, Paul A. (1999): Russische Juden und Aussiedler: Integrationspolitik und lokale Verantwortung, In: BADE, Klaus J./OLTMER, Jochen (Hrsg.): Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. (Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Bd. 8). Osnabrück 1999, S. 247-263.

HAUG, Sonja (2005): Jüdische Zuwanderer in Deutschland. Ein Überblick über den Stand der Forschung, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.), Working Papers 3/2005.

HESS, Rainer/KRANZ, Jarden (2000): Jüdische Existenz in Deutschland heute. Probleme des Wandels der Jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland infolge der Zuwanderung russischer Juden nach 1989. Berlin 2000.

KAMINER, Wladimir (2002): Russendisko. München 2002.

KESSLER, Judith (1995): Von Aizenberg bis Zaidelman. Jüdische Zuwanderer aus Osteuropa in Berlin und die Jüdische Gemeinde heute, In: Die Ausländerbeauftragte des Senats (Hrsg.): Miteinander leben in Berlin. Berlin 1995.

KESSLER, Judith (1997): Jüdische Immigration seit 1990. Resümee einer Studie über 4000 jüdische Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion in Berlin, In: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit. Neue Zuwanderung ins Bundesgebiet, 1997, Nr. 1, S. 40-46.

KNOBLOCH, Clemens (2005): Der „Fall Möllemann“ und der „Fall Schirmmacher/Walser“: Vom „Tod eines Kritikers“ zum Tod eines Fallschirmspringers. Der Antisemitismus-Vorwurf als diskursive Ressource, In: DÖRING, Jörg (Hrsg.): Antisemitismus in der Medienkommunikation. Frankfurt am Main 2005, S. 85-108.

KÖRBER, Karin: Juden, Russen, Emigranten. Identitätskonflikte jüdischer Einwanderer in einer ostdeutschen Stadt. Frankfurt am Main/New York 2005.

KUSCHNER, Doris (1977): Die jüdische Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Analyse. Köln 1977.

- LAURENCE, Jonathan (1999): (Re)constructing Community in Berlin. Of Jews, Turks and German Responsibility, In: Discussion Paper FS III 99-102, Wissenschaftszentrum Berlin 1999.
- LUBRICH, Oliver: Are Russian Jews Post-Colonial? Wladimir Kaminer and Identity Politics, In: East European Jewish Affairs, Bd. 33 Winter 2003, Nr. 2, S. 35-53.
- MÜLLER-SACHSE, Karl H. (1996): Wie selektiv ist die deutsche Fernsehöffentlichkeit? Zur Berichterstattung über russische Juden im März/April 1993, In: SCHOEPS, Julius H./JASPER, Willi /VOGT, Bernhard (Hrsg.): Russische Juden in Deutschland. Integration und Selbstbehauptung in einem fremden Land. Weinheim 1996, S. 340-352.
- OSTOW, Robin (1988): Jüdisches Leben in der DDR. Frankfurt am Main 1988.
- OSTOW, Robin (2003): From Objects of Administration to Agents of Change: Fourteen years of Post-Soviet Jewish Immigration to Germany, In: East European Jewish Affairs, Bd. 33 Winter 2003, Nr. 2, S. 1-6.
- RICHARZ, Monika (1988): Juden in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945, In: BRUMLIK, Micha u. a. (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945. Frankfurt am Main 1988, S. 13-30.
- RUNGE, Irene (1995): „Ich bin kein Russe“. Jüdische Zuwanderung zwischen 1989 und 1994. Berlin 1995.
- SALEIN, Kirsten (2005): Was heißt Russisch?, In: Anthropolitan, Mitteilungsblatt der Frankfurter Gesellschaft zur Förderung der Kulturanthropologie e.V., 2005, Nr. 2, S. 5-11.
- SALLEN, Herbert/SILBERMANN, Alphons (1991): Bekenntnis zur jüdischen Identität. Selbstbild und Fremdbild der Juden in Westdeutschland 1990, In: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 30. Jg. 1991, Nr. 18, S. 122-130.
- SCHOEPS, Julius H./JASPER, Willi /VOGT, Bernhard (Hrsg.) (1996): Russische Juden in Deutschland. Integration und Selbstbehauptung in einem fremden Land. Weinheim 1996.
- SCHOEPS, Julius H./JASPER, Willi/VOGT, Bernhard (1999): Jüdische Zuwanderung aus der GUS – zur Problematik von sozio-kultureller und generationsspezifischer Integration. Eine empirische Studie des Moses Mendelssohn Zentrum 1997-1999, In: SCHOEPS, Julius H./JASPER, Willi/VOGT, Bernhard (Hrsg.): Ein neues Judentum in Deutschland?. Fremd- und Eigenbilder der russisch-jüdischen Einwanderer. (Bd. 2), Potsdam 1999.
- SCHOEPS, Julius H. (2004): Ein neues Judentum in Deutschland?. Zur Debatte um die Zukunftsperspektiven jüdischer Zuwanderer aus der früheren Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten, In: SCHOEPS, Julius H. u. a. (Hrsg.): Russische Juden und transnationale Diaspora. (Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 2004), Berlin u. a. 2005, S. 119-132.
- SCHWAN, Gesine (1997): Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens. Frankfurt am Main 1997.
- SPÜLBECK, Susanne (1997): Ordnung und Angst. Russische Juden aus der Sicht eines ostdeutschen Dorfes nach der Wende. Frankfurt am Main/New York 1997.
- STERN, Frank (1991): Philosemitismus statt Antisemitismus: Entstehung und Funktion einer neuen Ideologie in Westdeutschland, In: BENZ, Wolfgang (Hrsg.): Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik. Berlin 1991, S. 47-61.

- TCHERNINA, Natalia/TCHERNIN, Efim (2004): Traditionelle Rollen im Wechsel. Integration und Adaption jüdischer Immigranten aus der früheren Sowjetunion in Bremen, In: SCHOEPS, Julius H. u. a. (Hrsg.): Russische Juden und transnationale Diaspora. (Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 2004), Berlin u. a. 2005, S. 199-234.
- TRESS, Madeleine (1997): Foreigners or Jews?. The Soviet Refugee Populations in Germany and the United States, In: East European Jewish Affairs, Bd. 27 Winter 1997, Nr. 2, S. 21-38.
- TRESS, Madeleine (1998): Welfare state type, labour markets and refugees: a comparison of Jews from the former Soviet Union in the United States and the Federal Republic of Germany, In: Ethnic and Racial Studies, Bd. 21 Januar 1998, S. 116-135.
- WIPPERMANN, Wolfgang (1994): Geschichte der deutschen Juden. Darstellung und Dokumente. Berlin 1994.
- WODAK, Ruth (1988): Textlinguistische Analyse öffentlichen Sprachgebrauchs in den Medien im Österreich des Jahres 1986, In: Sozialforschung, Jg. 28 1988, Nr. 1, S. 117-136.
- WOLFSSOHN, Michael (1998): Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen. München 1998.